RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin: Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick

Das Ressort Äusseres war im Berichtsjahr 2012 sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene sehr aktiv. Einen Überblick über die zentralen Felder des aussenpolitischen Handelns Liechtensteins sowie die diesbezüglichen Aktivitäten des Ressorts, des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und der diplomatischen Vertretungen bietet der im Dezember veröffentlichte Bericht «Prioritäten der Liechtensteinischen Aussenpolitik».

Die bilateralen Beziehungen, insbesondere zu den Nachbarländern Schweiz und Österreich sowie zu Deutschland und den USA, wurden im Berichtsjahr weiter gepflegt und vertieft. Zum ersten Mal konnte das traditionelle Dreiertreffen der Aussenminister/innen Liechtensteins, Österreichs und der Schweiz mit der Teilnahme Deutschlands zu einem Vierertreffen erweitert werden. Ein wichtiger Schritt in den Beziehungen zu Deutschland war zudem die Ratifizierung des Doppelbesteuerungsabkommens. Die liechtensteinische Botschaft in den USA beging 2012 ihr zehnjähriges Jubiläum, was Anlass zu einem Arbeitsbesuch von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Washington zur Pflege der Kontakte mit der US-Regierung bot.

Im multilateralen Bereich sind die Ratifikation von zwei EFTA-Freihandelsabkommen, mit Hongkong und Montenegro, sowie die Weiterführung der lösungsorientierten Zusammenarbeit mit den EWR/EFTA-Partnern bzw. der EU besonders zu erwähnen. Liechtensteins konstruktive Haltung fand Anerkennung durch die sehr positive Bewertung der Beziehungen zu Liechtenstein durch den EU-Rat im Rahmen der regelmässig erfolgenden Überprüfung der Beziehungen der EU zu den EFTA-Staaten. Das Ressort hatte weiterhin den Vorsitz der Arbeitsgruppe Europäische Integration inne.

Im Menschenrechtsbereich war Liechtenstein weiterhin zu den Schwerpunktthemen Frauenrechte, Kinderrechte und Bekämpfung der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen aktiv. Das Ressort setzte sein Engagement zum Thema «Women, Peace and Security» fort, u.a. indem es im Januar den Workshop «Implementing the Women, Peace and Security Agenda in Afghanistan» in Schaan veranstaltete. Im Dezember präsentierte das Ressort die dritte Aktualisierung des jährlich erscheinenden Berichts mit dem Titel «Menschenrechte in Liechtenstein: Zahlen und Fakten 2012».

Liechtenstein ratifizierte als erster Staat die Zusätze zum Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) zum Verbrechen der Aggression und fördert deren Ratifikation und Umsetzung durch eine globale Kampagne. Um den politischen Rückhalt für den ICC zu verstärken, wurde unter der Leitung der Ressortinhaberin ein informelles Ministernetzwerk ins Leben gerufen.

Auch in diesem Berichtsjahr hatte das Ressort Äusseres im Bereich der Menschenrechte und der Verbrechensbekämpfung die Federführung bei diversen Evaluationen und Berichterstattungen zu Liechtenstein.

Für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) wendete Liechtenstein im Berichtsjahr insgesamt CHF 25.8 Mio. auf. Das Verhältnis des Gesamtbetrags für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit gemäss OECD-Kriterien zum Bruttonationaleinkommen beläuft sich gemäss den neuesten verfügbaren Zahlen (2010) auf 0.62%. In der Folge der eingeleiteten Sparmassnahmen der Regierung im Bereich der IHZE ist dieser Wert erwartungsgemäss etwas gesunken (2009: 0.68%).

Vom 25. März bis 4. Juni befand sich die Ressortinhaberin im Mutterschaftsurlaub und wurde von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer vertreten.

Bericht «Prioritäten der Liechtensteinischen Aussenpolitik»

Nur mit einer aktiven Aussenpolitik kann Liechtenstein seinen Interessen auf europäischer und globaler Ebene Gehör verschaffen und diesen zum Durchbruch verhelfen. Die beschränkten Ressourcen der liechtensteinischen Aussenpolitik zwingen dazu, klare Prioritäten zu definieren. 2012 gab das Ressort Äusseres einen Bericht heraus, in welchem es die aktuellen Prioritäten des aussenpolitischen Handelns Liechtensteins darlegt und auf rund 80 Seiten Auskunft über die Aktivitäten in diesen Bereichen gibt. Der Bericht konzentriert sich dabei auf die Aktivitäten des Ressorts Äusseres sowie diejenigen des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und der diplomatischen Vertretungen Liechtensteins.

Der Bericht bringt zum Ausdruck, dass die verantwortlichen Akteure Aussenpolitik in erster Linie als Interessenwahrungspolitik für Liechtenstein, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft verstehen. Insgesamt sechs Themenfelder werden als prioritär betrachtet: Nachbarschaftspolitik und weitere Schwerpunktländer; Europäische Integration; Multilateralismus; Aussenwirtschafts- und Finanzplatzpolitik; Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie Internationale Solidarität.

Liechtenstein hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass es ein engagierter und verlässlicher Partner ist, sei dies etwa im Rahmen der europäischen Integration oder sei dies durch seinen Einsatz für den Internationalen Strafgerichtshof. Besonderes Augenmerk hat die Aussenpolitik der Pflege der Beziehungen mit den Nachbarstaaten Schweiz und Österreich sowie mit weiteren Schwerpunktländern geschenkt. Insbesondere die Beziehungen zu Deutschland konnten auf eine neue Ebene gestellt werden. Von grosser Bedeutung ist zudem eine aktive Aussenwirtschaftspolitik, deren zentrales Anliegen in der Schaffung von möglichst günstigen Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Handel besteht. Zugleich kann Interessenpolitik nicht nur auf rein wirtschaftliche Interessen reduziert werden. Das Engagement in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie internationale Solidarität soll künftig aktiv weitergeführt werden.

Der Bericht wurde am 17. Dezember von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und Botschafter Dr. Martin Frick der Öffentlichkeit präsentiert. Er ist auf Deutsch und Englisch erhältlich und kann beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten bezogen oder von dessen Homepage heruntergeladen werden.

Europäische Integration

Die Ressortinhaberin hatte weiterhin den Vorsitz in der «Arbeitsgruppe Europäische Integration» der Regierung inne. Im Berichtsjahr führte das Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel die Arbeiten für die von der Regierung in Auftrag gegebene fachliche Studie durch. Diese Studie soll das bisherige Funktionieren des EWR-Abkommens analysieren und mögliche Optionen für eine künftige Weiterentwicklung des Abkommens unter Berücksichtigung der neuen Situation in der EU aufzeigen. Der EWR funktioniert aus liechtensteinischer Sicht weiterhin gut. Unabhängig von zukünftigen Alternativen in der Gestaltung der europäischen Integration erachtet es die Regierung als erste Priorität, die Beziehungen zur EU aufgrund der bestehenden Verträge weiterzuführen und zu entwickeln. Die Ergebnisse der Studie werden im März 2013 präsentiert.

Im Berichtsjahr konnten die Rückstände bei der Überführung von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen teilweise abgebaut werden.

Noch nicht gelöst werden konnte die Frage der Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in das System der bereits seit Anfang 2011 tätigen Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden, da sowohl in Norwegen als auch in Island verfassungsrechtliche Vorbehalte gegenüber den Entscheidungsbefugnissen dieser Behörden bestehen. Liechtenstein betonte diesbezüglich wiederholt die Bedeutung der Gewährleistung von Homogenität im Finanzdienstleistungsbereich und rief seine Gegenüber auf, baldmöglichst zu einer Lösung in dieser Frage zu kommen. Der raschen Übernahme der Richtlinie über die Verwalter von Alternativen Investmentfonds (AIFM-Richtlinie) in den EWR unabhängig von der Lösung des Problems der Einbindung in die EU-Finanzaufsichtsbehörden wurde von Seiten Liechtensteins besondere Priorität eingeräumt.

Aussenwirtschaftspolitik und Finanzplatz

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Fokus auf dem weiteren Ausbau des Netzwerkes an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten sowie auf der Pflege und Weiterentwicklung bereits abgeschlossener Freihandelsabkommen. Das Hauptaugenmerk war dabei weiterhin auf Asien gerichtet. Im Berichtsjahr konnten zwei EFTA-Freihandelsabkommen (Hongkong und Montenegro) ratifiziert werden.

Im Rahmen der WTO erfolgten im Berichtsjahr die Vorbereitungsarbeiten zur Überprüfung der Handelspolitik (Trade Policy Review) der Schweiz und Liechtensteins, welche im April 2013 abgeschlossen wird. Weiterhin wurden die Entwicklungen in Bezug auf die laufende Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde), die jedoch nicht wie vorgesehen innert nützlicher Frist zu Ende geführt werden kann, und die Suche nach Alternativen dazu, etwa in Form eines plurilateralen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen, verfolgt. Das am 30. März in Genf beschlossene Protokoll zur Änderung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen wurde vom Landtag genehmigt.

Im Berichtsjahr fand am 3. September in Vaduz ein erstes informelles Treffen zwischen Liechtenstein und der Schweiz zur Revision des bestehenden Steuerabkommens zwischen beiden Ländern statt. Ausserdem erfolgten Verhandlungen zum Abschluss eines Abgeltungssteuerabkommens und zur Revision des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Liechtenstein und Österreich. Am 19. Dezember wurden in Vaduz die Ratifikationsurkunden zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland ausgetauscht. Im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich der Doppelbesteuerung und des Informationsaustausches in Steuersachen wurden die Ratifikationsdokumente für alle neuen Steuerabkommen über das Ressort bereitgestellt. Das Ressort war über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten im Berichtsjahr weiterhin in der Arbeitsgruppe Doppelbesteuerung vertreten.

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege

Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege gehörten zu den Tätigkeitsschwerpunkten des Ressorts. Die internationale Entwicklung in diesen Bereichen wurde im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates durch die Teilnahme und Vertretung der liechtensteinischen Interessen an Konferenzen und in Expertengremien zur Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Internetkriminalität, des Terrorismus und der Geldwäscherei weiterverfolgt. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein – vertreten durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten – auch am 6. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und der drei Zusatzprotokolle zur Bekämpfung des Menschenhandels, des Migrantenschmuggels und des illegalen Feuerwaffenhandels teil. Im Rahmen der Durchführung des Überprüfungsmechanismus des UNCAC beteiligte sich das Amt an der Evaluation des Sultanats Brunei Darussalam. Vom 12. bis 16. März 2012 fand in diesem Zusammenhang ein Länderbesuch in Brunei Darussalam statt. Vertreten durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten nahm das Ressort an der 1. Vertragsparteienversammlung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie teil, welche vom 29. bis 30. November in Wien stattfand. Das Amt stellte weiterhin die Vertretung Liechtensteins an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) sicher. Liech-

tenstein durchlief im Berichtsjahr die erste und zweite GRECO-Evaluationsrunde.

Die liechtensteinische Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) stellt weiterhin einen Schwerpunkt des aussenpolitischen Handelns dar. Im Berichtsjahr ratifizierte Liechtenstein als erster Staat die Zusätze zum Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zum Verbrechen der Aggression und startete eine weltweite Kampagne zu deren Ratifikation und Umsetzung. Unter der Leitung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hat Liechtenstein ein informelles Ministernetzwerk mit dem Ziel ins Leben gerufen, Verantwortungsträger zusammen zu bringen, die sich für den Internationalen Strafgerichtshof engagieren. Der ICC ist auf politische Unterstützung angewiesen, wobei das Aufkommen von relevanten Problemstellungen häufig sofortiges Handeln verlangt. Das Ministernetzwerk wurde anlässlich des Besuchs der Ressortinhaberin in New York im September lanciert. Es steht auch anderen Vertragsstaaten des Römer Statuts als Informationsquelle und Diskussionsforum offen, und seine Aktivitäten können auf Twitter mitverfolgt werden.

Menschenrechte

Das Engagement Liechtensteins im Menschenrechtsbereich findet schwerpunktmässig im Rahmen der UNO, des Europarats und der OSZE statt. Auch im aktuellen Berichtsjahr war das Ressort über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten sowie über die entsprechenden Aussenstellen insbesondere in den Schwerpunktthemen Frauenrechte, Kinderrechte und Bekämpfung der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen aktiv. Im Rahmen des Europarats nahm Liechtenstein zudem an den Arbeiten zur Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und an den Verhandlungen über den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) teil. Im Januar veranstaltete das Ressort in Schaan einen internationalen Workshop zum besseren politischen Einbezug sowie zum besseren Schutz von Frauen in Afghanistan. Im Rahmen der obligatorischen Berichterstattungen befasste sich das Ressort mit dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung (CERD) (Präsentation des Länderberichts im August) und der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) durch den UNO-Menschenrechtsrat (Erstellung und Einreichung des Länderberichts im Oktober).
Auf nationaler Ebene wirkte das Ressort über das Amt für Auswärtige Angelegenheiten in diversen Arbeitsgruppen zu Themen mit menschenrechtlichem Bezug mit. Die im Menschenrechtsbereich tätigen liechtensteinischen NGOs wurden im Berichtsjahr bereits zum vierten Mal zum jährlichen Treffen eingeladen. Dieses soll Gelegenheit bieten, um einen Dialog mit der Zivilgesellschaft über die Umsetzung der Empfehlungen internationaler Menschenrechtsgremien sowie zu allgemeinen Menschenrechtsthemen zu führen. Des Weiteren präsentierte das Ressort im Dezember die dritte Aktualisierung des jährlich erscheinenden Berichts mit dem Titel «Menschenrechte in Liechtenstein: Zahlen und Fakten 2012».

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein
Am 27. Januar traf Gregory So Kamleung, Secretary of Commerce and Economic Development der Sonderverwaltungszone Hongkong, Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten, insbesondere das am 21. Juni 2011 unterzeichnete EFTA-Freihandelsabkommen sowie das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und Hongkong.

Am 16. und 17. Februar besuchte der amerikanische Botschafter D.S. Beyer Liechtenstein. Im Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick wurden zentrale Punkte der bilateralen Beziehungen beider Länder sowie multilaterale Themen besprochen. Ausserdem wurde Botschafter Beyer für seine Unterstützung zur Lösung der Dual-Use-Problematik gedankt. Bei einem Abendessen mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer, an dem verschiedene Wirtschaftsvertreter teilnahmen, wurde mit Botschafter Beyer über die Entwicklungen des Wirtschaftsstandorts und des Bankenplatzes Liechtenstein diskutiert.

Am 12. März besuchte die Finanzministerin von Timor Leste, Emilia Pires, Liechtenstein. Sie stattete S.D. Fürst Hans-Adam II. sowie Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Höflichkeitsbesuche ab. Anlass des Besuchs von Finanzministerin Pires war die Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding mit der LGT.

Am 28. März stattete der EU-Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein, Richard Jones, Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer seinen Antrittsbesuch ab. Ausserdem fanden Gespräche mit Frau Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabstelle EWR, sowie mit Botschafter Dr. Martin Frick statt. Im Zentrum der Gespräche standen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Liechtensteins zur EU sowie generelle Fragen der Europäischen Integration.

Ebenfalls am 28. März weilte der belgische Botschafter Jan Luykx zu einem Besuch in Liechtenstein. Er traf sich u.a. mit Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer und Botschafter Dr. Martin Frick.

Am 25. Mai weilte Botschafter Jaroslav Kurfürst, Generaldirektor der Europaabteilung im tschechischen Aussenministerium, für den ersten politischen Dialog zwischen Liechtenstein und Tschechien in Vaduz. Im Mittelpunkte der Gespräche standen die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Nebst der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Thema Europäische Integration wurde die Arbeit der ge-

meinsamen Historikerkommission diskutiert. Deren Präsident auf liechtensteinischer Seite, Dr. Peter Geiger, informierte im Rahmen eines Arbeitsessens über die Tätigkeit der Kommission. Zudem fand ein Höflichkeitsbesuch bei Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer statt.

Am 18. Juni fand die traditionelle Informationsveranstaltung der Regierung für die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter statt. In ihrer Rede hob Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick insbesondere Liechtensteins Engagement für Frauenrechte heraus.

Vom 28. bis 29. Juni fand der Besuch der Stagiaires des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes in Liechtenstein statt. Den EDA-Stagiaires wurden u.a. der Industriestandort Liechtenstein und Liechtenstein Marketing vorgestellt.

Auf Einladung der Regierung weilten die vier liechtensteinischen Honorarkonsuln in den USA vom 15.-17. August zu Besuch in Liechtenstein (Bruce S. Allen, Honorarkonsul für Georgia und die Region Süd/Südost der USA mit Sitz in Macon; Leodis Matthews, Honorarkonsul für Kalifornien und die Region West/Südwest der USA mit Sitz in Los Angeles; Mary Jean Thompson, Honorarkonsulin für Oregon und den Pazifischen Nordwesten mit Sitz in Portland; Paul Donahue, Honorarkonsul für den Mittleren Westen mit Sitz in Chicago). Der Besuch diente dazu, die Honorarkonsuln mit den neuesten Entwicklungen in Liechtenstein vertraut zu machen. Sie trafen mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zusammen und wurden von S.D. Erbprinz Alois zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Des Weiteren führten die Honorarkonsuln Gespräche mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer, Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, der Aussenpolitischen Kommission des Landtags und Vertretern der Universität Liechtenstein. Ausserdem wurde den Honorarkonsuln die nationale und internationale Umweltpolitik Liechtensteins vorgestellt.

Vom 15.-17. August informierten sich acht leitende Mitarbeiter des amerikanischen Kongresses bei zahlreichen Veranstaltungen über den Wirtschafts- und Finanzstandort Liechtenstein. Während des Informationsbesuches trafen sie neben S.D. Erbprinz Alois auch mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick sowie verschiedenen Vertretern des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Liechtenstein zusammen. Themenschwerpunkte der Treffen waren aussen- und finanzpolitische Fragen sowie eine Vorstellung der LIFE-Klimastiftung.

Am 20. August weilte der kolumbianische Vizeaussenhandelsminister, Gabriel Duque Mildenberg, zu einem Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Nach einem Höflichkeitsbesuch bei S.D. dem Erbprinzen fand ein Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick statt. Im Zentrum des Gesprächs standen die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Kolumbien im Bereich der Wirtschaftspolitik. Der Vizeaussenhandelsminister bekundete Interesse an einer verstärkten Kooperation in Wirtschaftsfragen.

Am 22. August empfing Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in Vaduz den Schweizer Aussenminister Didier Burkhalter, den österreichischen Vizekanzler und Aussenminister Michael Spindelegger sowie den deutschen Aussenminister Guido Westerwelle zu einem offiziellen Arbeitsgespräch. Das traditionelle Dreiertreffen der Aussenminister/innen wurde mit der Teilnahme Deutschlands erstmals zu einem Vierertreffen erweitert. Im Zentrum der Gespräche standen Fragen der Europapolitik, der gemeinsamen Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen sowie die Entwicklungen im Nahen Osten und in Afghanistan. Im Anschluss an das Arbeitsgespräch wurden die Aussenminister von S.D. Erbprinz Alois empfangen.

Am 3. September besuchten die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter den traditionellen Gastvortrag an der LIGHA in Schaan. Als Gastreferent sprach der langjährige CSU-Politiker Dr. Peter Gauweiler über die Euro-Krise und die Zukunft Europas. Beim Rundgang durch die LIGHA konnte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick den anwesenden Botschafterinnen und Botschaftern die vielfältigen Alleinstellungsmerkmale der liechtensteinischen Industrie näher bringen.

Der Präsident des Europäischen Patentamts, Benoît Battistelli, weilte am 13. und 14. September zu einem Besuch in Liechtenstein. Er stattete S.D. dem Erbprinzen einen Höflichkeitsbesuch ab und führte ein Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick. Battistelli traf sich ausserdem mit Vertretern der Industrie und der Liechtensteinischen Patentanwaltschaft zu einem Meinungsaustausch. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Stärkung der Rolle des Patentsystems als Innovationsmotor für die Wirtschaft sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Patentamt und den Mitgliedsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens.

Ivonne Baki, Staatssekretärin der Republik Ecuador, wurde am 17. September von S.D. Fürst Hans-Adam II. zu einem Höflichkeitsbesuch auf Schloss Vaduz empfangen. Ausserdem begrüsste Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Staatssekretärin Baki zu einem Gespräch im Regierungsgebäude. Dabei wurden multilaterale Themen besprochen, insbesondere die Yasuni-ITT-Initiative, deren Vorsitzende Staatssekretärin Baki ist.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Am 25. Januar nahmen Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick an der Eröffnungsfeier des World Economic Forum in Davos teil. Sie nutzten die Gelegenheit vor Ort u.a. zu Gesprächen mit Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf.

Am 29. Juni traf sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mit Bundesrat Didier Burkhalter zu einem Arbeitsgespräch in Bern. Im Zentrum des Gesprächs standen die bilateralen Beziehungen der Schweiz und Liechtensteins, wobei als aktuelle bilaterale Themen v.a. die konsularische Zusammenarbeit und offene Fragen bei der Visaerteilung diskutiert wurden.

Am 18. und 19. Oktober befand sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick auf einem Arbeitsbesuch in den USA. In Washington traf sie mit dem stellvertretenden US-Aussenminister Thomas R. Nides, dem Staatssekretär für Wirtschaft, Energie und Landwirtschaft, Robert D. Hormats, sowie mit der Europa-Direktorin im Nationalen Sicherheitsrat (NSC), Elizabeth Sherwood-Randall, zusammen und hielt einen Vortrag an der Rechtsfakultät der American University über das liechtensteinische Engagement für den Internationalen Strafgerichtshof. In Atlanta beinhaltete das vom dortigen liechtensteinischen Honorarkonsul Bruce Allen organisierte Programm u.a. ein Treffen mit der Kulturdirektorin der Stadt, Camille Russell Love.

Multilaterale Zusammenarbeit: Besuche und Arbeitsgespräche

Besuche und Arbeitsgespräche in Liechtenstein

Am 19. Januar fand ein Arbeitsgespräch zwischen Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und Pascale Moreau, Direktorin der UNHCR-Regionalvertretung für Westeuropa, statt. Frau Moreau wurde von Susin Park, Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein, begleitet. Themen des Gesprächs waren die Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und dem UNHCR im Bereich der Flüchtlings- und Migrationshilfe, der Beitritt Liechtensteins zu Schengen/Dublin, die liechtensteinische Asylpolitik sowie die Umsetzung der Konvention zur Verminderung der Staatenlosigkeit.

Am 24. Februar weilte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, zu einem Besuch in Liechtenstein. Der Besuch war Teil der Überprüfungen durch den Europarat im Menschenrechtsbereich, denen alle Mitgliedsstaaten unterzogen werden. Hammarberg traf sich mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Menschenrechtsbereich und informierte sich über die aktuelle Menschenrechtssituation in Liechtenstein. U.a. fanden Gespräche mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick als Aussen- und Justizministerin und Regierungsrätin Dr. Renate Müssner als Ministerin für Soziales und Gesundheit statt.

Auf Einladung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick weilte am 1. und 2. März der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, zu einem Besuch in Liechtenstein. Generalsekretär Jagland führte Gespräche mit der Delegation des Landtags bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick. Zudem fanden Höflichkeitsbesuche bei S.D. dem Erbprinzen und bei Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen aktuelle Schwerpunktthemen des Europarats, für die sich auch Liechtenstein einsetzt, wie die Reformen des Europarats und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Der Besuch unterstrich, dass Liechtensteins Engagement im Rahmen des Europarats geschätzt wird.

Der neue Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), der Isländer Kristinn F. Árnason, stattete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick am 11. Oktober seinen Antrittsbesuch ab. In einem Arbeitsgespräch wurde den EWR-Agenden besondere Bedeutung zugemessen, da Liechtenstein im Januar 2013 wieder den EWR-Vorsitz übernimmt.

Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Am 14. Mai fand in Brüssel die halbjährliche Sitzung der Aussenminister/innen der EWR/EFTA-Staaten Liechtenstein, Island und Norwegen mit ihren Partnern auf Seiten der EU statt. Im Zentrum des Treffens, an dem Liechtenstein durch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer vertreten war, stand neben den aktuellen Entwicklungen im Rahmen des EWR-Abkommens abermals die Bewältigung der andauernden Finanzkrise.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm am 28. Juni am EFTA-Ministertreffen unter dem Vorsitz von Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Gstaad teil. Die Minister/innen der EFTA-Staaten sowie die Wirtschaftsministerin Georgiens unterzeichneten im Rahmen des Treffens eine Zusammenarbeitserklärung. Diskussionsschwerpunkte waren die aktuelle Wirtschaftslage, die Eurokrise und deren Auswirkungen auf den internationalen Handel sowie der Stand und die Herausforderungen bei den laufenden Freihandelsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina, mit der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, Indien, Indonesien, Vietnam und Zentralamerika (Costa Rica, Guatemala, Honduras, Panama).

Vom 24. bis 30. September hielt sich Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick in New York auf, um an der 67. Generaldebatte der UNO-Generalversammlung (GV) teilzunehmen. Am 24.9. bekräftigte sie den Einsatz Liechtensteins für Recht und Gerechtigkeit, insbesondere für den Internationalen Strafgerichtshof, an einem hochrangigen Treffen der GV zum Thema Rechtsstaatlichkeit. Während ihres Aufenthalts unterzeichnete Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick das Dritte Zusatzprotokoll der Kinderrechtskonvention und traf sich zu zahlreichen bilateralen Gesprächen, namentlich mit den Aussenministern von Andorra, Australien, Deutschland, Neuseeland, Polen, Singapur, Timor Leste und Zypern (EU-Präsidentschaft) sowie mit dem stellvertretenden UNO-Generalsekretär, Jan Eliasson. Am 29.9. hielt Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick ihre Rede vor der GV, in welcher sie die Untätigkeit der UNO angesichts der Vergehen gegen die Zivilbevölkerung im syrischen Bürgerkrieg kritisierte und die Pflicht der Staatengemeinschaft betonte, keine Straflosigkeit für die schlimmsten Vergehen gegen das Völkerrecht zuzulassen.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertrat Liechtenstein am Herbsttreffen des EFTA-Ministerrats am 12. November in Genf unter isländischem Vorsitz. Die Minister/innen der vier EFTA-Staaten unterzeichneten im Rahmen des Treffens eine Zusammenarbeitserklärung mit Pakistan.

Am 26. November fand in Brüssel die halbjährliche Sitzung der Aussenminister/innen der EWR/EFTA-Staaten mit ihren Partnern auf Seiten der EU statt. Im Zentrum des Treffens, an dem Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick Liechtenstein vertrat, standen der Rückstand bzw. die Verzö-

gerungen bei der Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR, die nach wie vor ungelöste Frage der Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in das System der seit Anfang 2011 operierenden Europäischen Finanzaufsichtsbehörden und das Verhältnis zu den Nachbarstaaten des EWR-Raums. Beim anlässlich des EWR-Rates stattfindenden informellen politischen Dialog befassten sich die Minister mit den Themen Israel/Palästina, Syrien, Iran und Myanmar.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick leitete die Delegation Liechtensteins am 19. Ministertreffen der 57 Teilnehmerstaaten der OSZE am 6. und 7.Dezember in Dublin. Für Liechtenstein stand das OSZE-Ministertreffen ganz im Zeichen des kommenden Vorsitzes im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) von Januar bis April 2013. Am Rande des OSZE-Ministertreffens führte Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick diverse Gespräche mit Ministerkollegen.

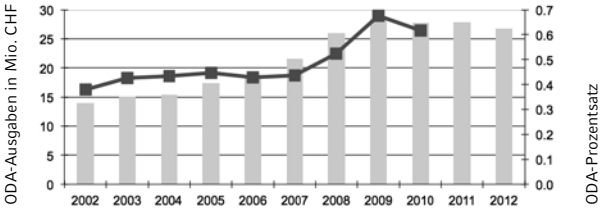
Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt 25.8 Mio. Franken für Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) aufgewendet. Der Gesamtbetrag für die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gemäss OECD-Kriterien, in dessen Berechnung auch der Katastrophenfonds der Gemeinden sowie die Betreuung von Asylsuchenden im Inland einfliessen, beläuft sich auf 26.8 Mio. Franken.

Der letzte definitive ODA-Prozentsatz, welcher die offizielle Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) aufzeigt, liegt für das Jahr 2010 vor. Bei einem BNE von 4’495 Mio. Franken ergibt sich dabei für Liechtenstein ein ODA-Prozentsatz von 0.62. Der internationale Zielwert liegt bei 0.7%.

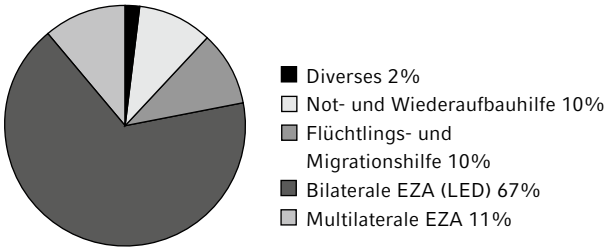
Entwicklung des liechtensteinischen ODA-Prozentsatzes

Jahr	BNE (in Mio. CHF)	ODA-anrechenbare Ausgaben	ODA-Prozentsatz
2000	4'112	13'451’090	0.33 %
2001	3'782	15'114’860	0.40 %
2002	3'698	14’010’065	0.38 %
2003	3'538	15'055’869	0.43 %
2004	3'554	15'395’590	0.43 %
2005	3'893	17'381’933	0.45 %
2006	4'397	18'843’051	0.43 %
2007	4'946	21'563’049	0.44 %
2008	4'949	25'984'138	0.53 %
2009	4'210	28'434’531	0.68 %
2010	4'495	27'772’298	0.62 %
2011	Nicht bekannt	27’914’033	Nicht bekannt
2012	**Nicht bekannt**	**26’781’303**	**Nicht bekannt**



IHZE-Beiträge 2012 nach Kategorien

Die IHZE-Mittel werden bei der Budgetierung nach einem intern festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kategorien aufgeteilt. Dabei gehen mindestens 65% des Budgets an den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in ausgesuchten Schwerpunktländern. Der LED berichtet separat über die Verwendung dieser Gelder. Je rund 10% der Mittel gehen in die Not- und Wiederaufbauhilfe, die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe sowie in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Für die Öffentlichkeitsarbeit und die von Liechtenstein finanzierte Expertenstelle beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) sollen nicht mehr als 5% der Mittel aufgewendet werden.



IHZE-Beiträge 2012 nach Regionen

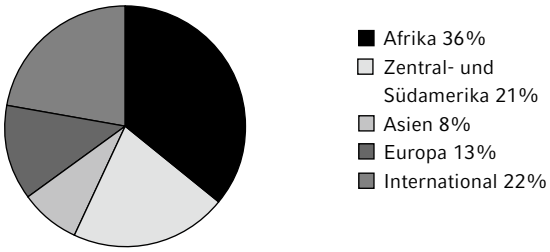
Im Berichtsjahr wurde ein Drittel der IHZE-Gelder (36%) in Afrika eingesetzt. Das grösste Engagement erfolgte dort in den Schwerpunktländern des LED, konkret in Mosambik, Sambia, Simbabwe, Burkina Faso, Mali, Niger und Senegal. 21% der Mittel wurden für Entwicklungsprojekte in Zentral- und Südamerika, insbesondere in Peru und Bolivien verwendet.

Das Engagement in Europa nimmt 13% der Gelder in Anspruch. Unterstützt werden Projekte in der Balkan-Region und im ärmsten Land Europas, in der Republik Moldau. In den Ländern des Balkans, hauptsächlich im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina engagiert sich das Ausländer- und Passamt (APA) im Rahmen der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe. Der Schwerpunkt liegt dort auf der Friedensförderung, dem Schutz und der Integration von ethnischen Minderheiten und dem Aufbau von Strukturen zur Existenzsicherung.

Das Engagement in Asien nimmt 8% der IHZE-Gelder in Anspruch. Der LED ist dort in den Schwerpunktländern Afghanistan und Kirgisistan tätig. Dazu kommt die Projektunterstützung in den Bergregionen des Kaukasus durch das Amt für Wald, Natur und Landschaft. Hier han-

delt es sich um Beiträge im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der ländlichen Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz des Ökosystems und der Verbesserung der Energieeffizienz.

Gut ein Fünftel der Mittel wird nicht projektspezifisch ausbezahlt oder länderübergreifenden Programmen zugeführt. Diese Beiträge, welche in der untenstehenden Tabelle in der Länderspalte als «International» bezeichnet werden, sind essentiell, um grenzüberschreitende Aktivitäten oder unterfinanzierte Programme zu unterstützen und die Grundkosten von Entwicklungsorganisationen zu decken.



Klimaanschubfinanzierung

In der nachfolgenden detaillierten Projektliste scheinen sämtliche Beiträge auf, die im Berichtsjahr getätigt worden sind. Zusätzlich aufgeführt sind Beiträge im Rahmen der Klimaanschubfinanzierung (Fast Start Financing). Es handelt sich dabei um Gelder in der Höhe von 350'000 Franken, die vom Landtag zusätzlich zum IHZE-Budget gesprochen worden sind. Bei der Verwendung dieser Gelder über bilaterale Entwicklungsprojekte werden jedoch die bestehenden Strukturen der IHZE verwendet. Konkret bedeutet dies, dass im Berichtsjahr der LED und das Amt für Wald, Natur und Landschaft diejenigen Projekte koordinierten, welche über die Klimaanschubfinanzierung umgesetzt wurden. Bei den ausgewählten Projekten handelte es sich vornehmlich um energieeffiziente Bauten oder Renovationen von öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindergärten im Kaukasus. In zwei Projekten in Tansania und Burkina Faso stand die Energiegewinnung im Zentrum, gekoppelt mit Wassergewinnung und Wiederaufforstung. Es ist wichtig herauszustreichen, dass es sich hierbei um Mittel handelt, die zusätzlich zur IHZE gesprochen worden sind. Gemäss OECD ist es erlaubt, diese Projekte an das ODA anzurechnen.

Not- und Wiederaufbauhilfe (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Verbesserung der Ernährungssicherheit	Burkina Faso	ADA	150'000	150'000
Nahrungsmittelhilfe für die Sahelzone	Niger; Mali; Tschad	Caritas CH	50'000	50'000
Nothilfe in Darfur	Sudan	Caritas CH	100'000	100'000
Spendenaufstockung zu Gunsten der Erdbebenopfer in Norditalien	Italien	Caritas FL	40'000	0
Nothilfeprogramm in der Region Mangunde	Mosambik	Caritas A	30'000	30'000
Schulbildung für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien	Jordanien	DEZA	250'000	250'000
Wiederaufbau einer Schule in Miragoane	Haiti	DEZA	200'000	200'000
Spendenaufstockung	Guinea; Guinea-Bissau; Mauretanien; Mali; Senegal	Kreuz des Südens	12'000	12'000
Jahresbeitrag	International	Hilfswerk Liechtenstein	20'000	20'000
Transportkosten	International	Hilfswerk Liechtenstein	102'826	102'826
Allgemeiner Beitrag	International	IKRK Sonderfonds für Behinderte	50'000	50'000
Hilfsprogramme des IKRK	Israel; Palästina	IKRK	200'000	200'000
Hilfsprogramme des IKRK	Mali	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme des IKRK	Kolumbien	IKRK	100'000	100'000
Hilfsprogramme für Minenopfer	International	IKRK	100'000	100'000
Jährlicher Beitrag an den IKRK-Hauptsitz	International	IKRK	200'000	200'000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds	International	LRK	50'000	50'000
Spendenaufstockung Syrien	Syrien	LRK	50'000	50'000
Spendenaufstockung Weihnachtsaufruf	Kenia; Somalia	LRK	40'000	40'000
Central Emergency Response Fund (CERF)	International	OCHA	250'000	250'000
Nothilfekoordination in Jemen	Jemen	OCHA	50'000	50'000
Medizinische Grundversorgung in Simbabwe	Simbabwe	SolidarMed	50'000	50'000

Förderung des Schutzes und der Sicherheit von humanitärem Personal bei Feldeinsätzen	International	UNDP	30'000	30'000
Umsetzung Ottawa-Konvention (Beitrag Minenräumung/Minenopferhilfe)	International	UNMAS	50'000	50'000
Allgemeiner Beitrag an das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge	International	UNRWA	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe	Korea (demokratische Volksrepublik Korea)	WFP	100'000	100'000
Nahrungsmittelhilfe für die Sahelzone	Kamerun	WFP	100'000	100'000
Nothilfefonds des Welternährungsprogramms	International	WFP	100'000	100'000
Nothilfeprogramm nach dem Hurrikan Sandy	Haiti	WFP	50'000	50'000
Total			**2'724'826**	**2'684'826**

Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe (Ausländer- und Passamt; Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Relokation Flüchtling aus Malta	FL	BFM	33'904	33'904
Einkommensschaffung und ländliche Entwicklung in Prizren und Dragash	Kosovo	Caritas CH	80'000	80'000
Frauenhandel - Schutz für junge Frauen	Kosovo	Caritas CH	10'000	10'000
Infrastruktur- und Entwicklungsprojekt für ethnische Minderheiten in Gjakova (Kosovo), Phase 1	Kosovo	Caritas CH	130'000	130'000
Integration und lokale Entwicklung in Prizren und Dragash	Kosovo	Caritas CH	170'000	170'000
Integration von Minderheiten und ökonomische Entwicklung in Strpce	Kosovo	Caritas CH	60'000	60'000
Kindergartenprojekt in Drenas, Prizren und Djakova	Kosovo	Caritas CH	120'000	120'000
Multiethnische Friedensförderung	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	95'000	95'000
Soziale und berufliche Integration von Jugendlichen (Phase 3)	Moldau	Caritas CH	48'408	48'408
Soziale und berufliche Integration von Jugendlichen (Phase 4)	Moldau	Caritas CH	65'000	65'000
Sozialer Wohnbau für Roma	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	30'000	30'000
Verminderung der Abwanderung durch Beerenproduktion	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	200'000	200'000
Verminderung von Abwanderung durch Beerenproduktion Phase IV	Bosnien-Herzegowina	Caritas CH	220'000	220'000
Hilfe für Frauen in Not in Addis Abeba	Äthiopien	Caritas FL	3'276	3'276
Migration und Entwicklung	Armenien	Caritas Vorarlberg	243'200	243'200
Beteiligung an Schweizer Migrationspartnerschaften auf dem Westbalkan - neue Phase	International	DEZA	500'000	500'000
Allgemeiner Beitrag an IDMC	International	IDMC	100'000	100'000
Migration Paper (Migration Asylum Refugees Regional Initiative, MARRI, westl. Balkan)	International	MARRI	15'868	15'868
Förderung der Grundausbildung von Frauen in der Provinz Parwan	Afghanistan	RET	220'000	220'000
Schulbildungsprojekt für Roma-Kinder	Mazedonien; Serbien	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	75'000	75'000
Hilfsprogramme des UNHCR - Nördliches Afrika	Nördliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Hilfsprogramme des UNHCR - Westliches Afrika	Westliches Afrika	UNHCR	100'000	100'000
Nicht-zweckgebundener Beitrag UNHCR	International	UNHCR	100'000	100'000
Total			**2'719'656**	**2'719'656**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Verwendung der Mittel, siehe separate Berichterstattung des LED

Total	**17'250'000**	**17'250'000**

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Betreuung und Reintegration von sexuell missbrauchten Frauen	Demok.Republik Kongo	Advocacy Project	20'000	20'000
Programm zu Beseitigung von Landminen	Thailand	APOPO	30'000	30'000
Folterprävention in Lateinamerika (5-Jahresprogramm)	International	APT	200'000	200'000
Allgemeiner Beitrag an eine NGO im Bereich Kindersoldaten	International	Child Soldiers International	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag (Friedensförderung)	International	Concordis International	20'000	20'000
Beitrag ans Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	International	DCAF	20'000	20'000
Entwicklung einer I-Phone Applikation zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)	International	Diverse	5'000	0
Workshop «Implementing the Women, Peace and Security Agenda in Afghanistan» in Schaan FL	Afghanistan	Diverse	25'000	0
Stärkung von Frauenrechts-NGO's	Afghanistan	DPKO	35'000	35'000
Allgemeiner Beitrag an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zum Abbau der Beschwerden	International	Europarat	30'000	30'000
Kampagnen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt sowie gegen sexuelle Gewalt an Kindern	International	Europarat	10'000	10'000
Vertrauensbildende Massnahmen in Moldau / Transnistrien	Moldau	Europarat	100'000	100'000
Beitrag an das Programm «Children and Armed non-State Actors»	International	Geneva Call	30'000	30'000
Beitrag für das Programm zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten	International	Geneva Call	20'000	20'000
Schulungskurse für Menschenrechtsverteidiger aus Entwicklungsländern	International	Geneva for Human Rights	10'000	10'000
Beitrag für das Programm in Südsudan	Sudan	Global Network of Women Peacebuilders	20'000	20'000
Allgemeiner Beitrag	International	Globaler Fonds gegen HIV/Aids, Malaria und TB	100'000	100'000
Beitrag ans Centre for Humanitarian Dialogue	Naher Osten; International	HD Centre	25'000	0
Beitrag ans generelle Budget des International Centre for Asset Recovery	International	ICAR	350'000	350'000
Geldwäschereibekämpfungsseminar in Siracusa, Italien	International	Internationaler Währungsfonds IWF	25'000	25'000
Beitrag an den International Service for Human Rights (ISHR)	International	SHR International Service for Human Rights	20'000	20'000
Verbesserte Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325 zum Einbezug von Frauen in Friedensprozessen	International	NGO Working Group on Women,Peace and Security	10'000	0
Allgemeiner Beitrag an OHCHR	International	OHCHR	50'000	32'000
Beitrag für die OHCHR-Abteilung für Menschenrechtsübereinkommen	International	OHCHR	30'000	19'200
OHCHR-Fonds für technische Zusammenarbeit	International	OHCHR	20'000	12'800
UNO-Fonds für Folteropfer	International	OHCHR	25'000	16'000
Allgemeiner Beitrag an die Weltorganisation gegen Folter	International	OMCT	15'000	15'000
Beitrag für das «Human Rights and Anti-Terrorism Programme» des ODIHR	International	OSZE	40'000	40'000
Beitrag für den «Legislation Review Fund» des ODIHR	International	OSZE	80'000	80'000
Allgemeiner Beitrag an das Sekretariat der Police Cooperation Convention for South East Europe	International	PCC SEE	20'000	20'000

Allgemeiner Beitrag an UN Women	International	UN Women	70'000	70'000
UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	International	UN Women	10'000	10'000
Allgemeiner Beitrag an UNAIDS	International	UNAIDS	25'000	25'000
Beitrag an das Mikrofinanz-Programm des UNO-Kapitalentwicklungsfonds	International	UNCDF	60'000	60'000
Beitrag an das Microfinance-Programm in Sierra Leone	Sierra Leone	UNCDF	60'000	60'000
Allgemeiner Beitrag an UNDP	International	UNDP	50'000	50'000
UNDP-Korruptionsbekämpfungsprogramm (PACDE)	International	UNDP	100'000	100'000
Allgemeiner Beitrag an UNFPA	International	UNFPA	35'000	35'000
Globales Programm zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Produkten im Bereich reproduktive Gesundheit	International	UNFPA	15'000	15'000
Allgemeiner Beitrag an UNICEF	International	UNICEF	50'000	50'000
Polio Impfkampagne von UNICEF und WHO	International	UNICEF	15'000	15'000
Thematischer Fonds für «HIV/Aids und Kinder»	International	UNICEF	150'000	150'000
Allgemeiner Beitrag an UNODC	International	UNODC	50'000	50'000
Beitrag an NGO-Aktivitäten zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten	International	Watchlist on Children and Armed Conflict	10'000	0
Handbuch zu «Frauen, Frieden und Sicherheit»	International	Women's International League for Peace and Freedom	10'000	0
Smart Phone Applikation zur Bestimmung von geeigneten Brennmaterialien im humanitären Kontext	International	Women's Refugee Commission	7'000	7'000
Genereller Beitrag an den Doha Trust Fund	International	WTO	40'000	40'000
Globale Kampagne für den Schutz von Kindern vor Missbrauch	International	WWSF	10'000	10'000
Total			**2'162'000**	**2'032'000**

Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Energieeffizienz-Programm	Kirgisistan; Kasachstan; Tadschikistan	CAMP	97'600	97'600
Erosionsschutz und Aufforstung (FSF)	Georgien	C&E, Tiflis	97'600	97'600
Erosion / Aufforstung / Pflanzgarten	Georgien	Diverse	100'006	100'006
Förderung eines usbekischen Studenten zur Absolvierung des zweijährigen Masterstudiengangs «Landschaftsökologie» in Greifswald	Usbekistan	Diverse	18'240	18'240
Infrastruktur	Georgien	Diverse	42'310	42'310
Verbesserung der Wasserversorgung, Bewässerung und Erosionsschutz	Tadschikistan	Diverse	30'000	30'000
Wiederherstellung und Verbauung Kaparchina Fluss	Georgien	Diverse	74'906	74'906
Kapazitätsbildung	Armenien; Aserbaidschan; Georgien	REC Caucasus	41'952	41'952
Energieeffizienter Kindergarten	Georgien	UNDP	55'292	55'292
Kleinbeiträge	International	Diverse	8'886	8'886
Total			**566'792**	**566'792**

Öffentlichkeitsarbeit und Kommission für Entwicklungspolitik (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Beitrag an den Kongress «Zukunft ohne Hunger»	International	Caritas Österreich	12'100	0
Jahresbericht IHZE	International	Diverse	17'868	17'868
Diverse Zahlungen	FL	Diverse	3'889	3'889
Kommission für Entwicklungspolitik	FL	Diverse	9'723	0
Total			**43'580**	**21'757**

Secondments (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Secondment beim Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)	International	DCAF	360'354	360'354
Total			**360'354**	**360'354**

Sonstige Beiträge an Internationale Organisationen (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen Liechtensteins)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Jahresbeitrag Internationaler Jagdbeirat	International	CIC	2'189	0
Beitrag an die Koalition für den ICC	International	Coalition for the ICC	10'000	0
Beiträge an die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)	International	CTBTO	9'719	0
Deutscher Übersetzungsdienst der UNO	International	Deutscher Übersetzungs-dienst	10'000	0
Allgemeiner Beitrag an die Internationale Anti-Korruptionsakademie		IACA	50'000	0
Freiwilliger Beitrag für die technische Zusammenarbeit IAEO	International	IAEO	7'175	7'175
Beitrag Internationaler Strafgerichtshof ICC	International	ICC	17'676	0
Opferfonds des ICC	International	ICC Victims Trust Fund	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	International	ICG	10'000	0
Freiwilliger Beitrag ans International Center for Transitional Justice	International	ICTJ	10'000	0
Freiwilliger Beitrag an das International Peace Institute	International	IPA	10'000	0
Jahresbeitrag IRENA	International	IRENA	1'865	0
Jahresbeitrag Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN)	International	IUCN	15'096	0
Jahresbeitrag Ramsar Konvention	International	IUCN	1'000	0
Beitrag an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)	International	OPCW	7'255	0
Beitrag für die regionale Umsetzung von UN-Sicherheitsratsresolution 1540		OSZE	10'000	0
Konferenz der OSZE und des Europarats zu besonderen Untersuchungstechniken im Kampf gegen Terrorismus		OSZE	10'000	0
OSZE Code of Conduct		OSZE	10'000	0
Verbesserte Lagerung von Waffen		OSZE	33'000	0
Allgemeiner Beitrag	International	Parliamentarians for Global Action	10'000	1'000
Freiwilliger Beitrag an die Organisation Security Council Report	International	SC Report	10'000	10'000

Jahresbeitrag Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention	International	Sekretariat Alpenkonvention	21'344	0
Jahresbeitrag Wüstenbildungskonvention	International	UNCCD	780	780
Allgemeiner Beitrag an den EMEP Trust Fund	International	UNECE	432	432
Jahresbeitrag Genfer Konvention (Konvention über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung)	International	UNECE	395	0
Jahresbeitrag Basler Konvention	International	UNEP	470	470
Jahresbeitrag Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren (CMS)	International	UNEP	359	359
Jahresbeitrag Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds)	International	UNEP	14'084	14'084
Jahresbeitrag Rotterdamer Übereinkommen	International	UNEP	196	196
Jahresbeitrag Stockholmer Übereinkommen	International	UNEP	826	826
Jahresbeitrag UNEP bzw. Environment Fund	International	UNEP	8'370	8'370
Jahresbeitrag Klimakonvention	International	UNFCCC	1'641	1'001
Jahresbeitrag Kyoto-Protokoll	International	UNFCCC	992	605
Beitrag an die Finanzierung der UN-Tribunale	International	UNO	18'486	0
Reguläre Beiträge an UNO-Peacekeeping Missionen	International	UNO	421'944	25'317
Regulärer Beitrag UNO	International	UNO	195'670	23'480
Total			**940'964**	**94'095**

Klimaanschubfinanzierung (Amt für Wald, Natur und Landschaft, Liechtensteinischer Entwicklungsdienst LED)

Projekt	Länder	Partner	Betrag CHF	ODA CHF
Energieeffiziente Schule in Ganja	Aserbaidschan	Community & Environment, Tiflis	46'682	46'682
Wasser- und Energieprojekt (Pedalpumpen)	Tansania	LED	18'000	18'000
Energieeffizienter Kindergarten in Arsha	Georgien	Community & Environment, Tiflis	16'892	16'892
Energieeffiziente Schule	Armenien; Aserbaidschan	Diverse	60'500	60'500
Energieeffiziente Schule	Aserbaidschan	Diverse	53'699	53'699
Energie / Wiederaufforstung	Burkina Faso	SolidarSuisse	150'000	150'000
Total			**345'773**	**345'773**

TOTAL IHZE-AUSGABEN GEMÄSS RECHNUNG	**25'827'208**
Flüchtlingsbetreuung im Inland: Kto. 590.318.01 und 590.366.00.01	706'050
TOTAL ODA	**26'781'303**

AMTSSTELLE

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter Dr. Martin Frick

Zu den Hauptaufgaben des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten gehören die Vertretung der Interessen Liechtensteins gegenüber dem Ausland, die Unterstützung der Ressortinhaberin bei der Gestaltung und Koordination der Aussenpolitik sowie die Vorbereitung sämtlicher Regierungsgeschäfte betreffend internationale Übereinkommen und Staatsverträge. Das Amt nimmt die Interessen Liechtensteins und seiner Bevölkerung im Rahmen der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit, im Verkehr mit internationalen Organisationen sowie durch Erbringung konsularischer Dienstleistungen wahr. Dabei arbeitet das Amt eng mit dem Ressort Äusseres, den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland sowie verschiedenen Stellen und Institutionen innerhalb und ausserhalb der Landesverwaltung zusammen.

Neben den Amtsaufgaben nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes im Berichtsjahr wiederum die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg und des Botschafters in Berlin sowie weitere Aufgaben für die Aussenstellen wahr.

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit standen im Berichtsjahr die Kontakte mit der Schweiz, Österreich, Deutschland, Tschechien und Slowenien im Zentrum. Von besonderer Bedeutung waren dabei die politischen Dialoge, die quadrilaterale Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen (Minister, Staatssekretäre/Generalsekretäre, hohe Beamte), die Verhandlungen zu Steuerabkommen, die Arbeit der Liechtensteinisch-Tschechischen Historikerkommission, verschiedene bilaterale Verträge sowie Fragen der konsularischen Vertretung. Besonders erwähnenswert im bilateralen Bereich ist zudem der erste offizielle Staatsbesuch Liechtensteins in Japan, welcher vom Amt vorbereitet und betreut wurde.

Im Bereich der europäischen Zusammenarbeit bereitete das Amt die Entscheidungsgrundlagen zur Genehmigung der EFTA-Freihandelsabkommen mit Hongkong und Montenegro durch den Landtag vor und stellte die Vertretung Liechtensteins im Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation sicher.

Die Präsentation des Länderberichts zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung sowie die Einreichung des Staatenberichts von Liechtenstein für die Universal Periodic Review durch den UNO-Menschenrechtsrat stellten im Menschenrechtsbereich Schwerpunkte dar. Mit Thomas Hammarberg stattete dem Land zum ersten Mal seit 2004 wieder ein Menschenrechtskommissar des Europarats einen Besuch ab.

In der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) stand neben der Abwicklung der verschiedenen Projekte vor allem die konzeptionelle Arbeit im Vordergrund. Die vom Landtag beschlossene Reduktion der IHZE-Mittel machte eine stärkere Fokussierung sowie eine mehrjährige Planung bis 2015 notwendig. Die bestehenden Aktivitäten und Partnerorganisationen wurden einer eingehenden Überprüfung unterzogen.

Im Berichtsjahr beteiligte sich Liechtenstein vertreten durch das Amt zum ersten Mal als Evaluator am Überprüfungsmechanismus des Übereinkommens gegen Korruption und arbeitete am Bericht zu Brunei Darussalam mit. Zudem durchlief Liechtenstein die erste und zweite Evaluationsrunde der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO). Liechtenstein ratifizierte als erster Staat die Zusätze zum Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zum Verbrechen der Aggression und nahm dadurch eine Vorreiterrolle in der Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts ein.

Im Bereich der Umweltaussenpolitik waren im Berichtsjahr die Vorbereitung der UNO-Weltkonferenz zu nachhaltiger Entwicklung (Rio+20) und die aktive Teilnahme daran besonders bedeutsam.

Weitere Schwerpunkte der Amtstätigkeit stellten die Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen, die Vorbereitung von und Teilnahme an zahlreichen Besuchen im In- und Ausland sowie die Beantwortung diverser Fragebogen von internationalen Organisationen dar. Wie in den vergangenen Jahren wurden diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreterinnen und Vertreter durchgeführt.

Bilaterale Zusammenarbeit

Das Amt war beim Abschluss verschiedener bilateraler Vereinbarungen auf Regierungs- und Ämterebene unterstützend tätig. Insbesondere mit der Schweiz fanden intensive Kontakte und Verhandlungen statt. Gegenstand waren generelle politische Fragen, aber auch spezifische Themen wie innere Sicherheit, Umweltabgaben, grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, konsularische Zusammenarbeit und sozialversicherungsrechtliche Unterstellung.

Aufgrund der Neuausrichtung der schweizerischen Klimapolitik ab 2013 wurden mit der Schweiz Verhandlungen zur Änderung der Vereinbarung zum Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die Umweltabgaben aufgenommen. Der in diesem Zusammenhang vom Amt vorbereitete und am 20. Dezember in Kraft getretene Notenaustausch zwischen Liechtenstein und der Schweiz dient dazu, die Lücke bis zum Inkrafttreten des abzuändernden liechtensteinischen CO2-Gesetzes und der Vereinbarung zu überbrücken. Auf diese Weise werden Wettbewerbsnachteile für die liechtensteinische Wirtschaft im Vergleich zu Schweizer Unternehmen ausgeschlossen.

Das Amt war des Weiteren an den Verhandlungen zum Abschluss eines Abgeltungssteuerabkommens und zur Revision des Doppelbesteuerungsabkommens mit Österreich beteiligt.

Der revidierte Polizeikooperationsvertrag zwischen Liechtenstein, der Schweiz und Österreich konnte am 4. Juni unterzeichnet werden.

Das Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich über die Vertretung im Bereich der Visaerteilung konnte im Dezember zum Abschluss gebracht werden und wurde von der Regierung genehmigt. Österreich wird nach Inkrafttreten des Abkommens an den Standorten Zagreb, Sofia, Tirana, Dublin und Kuala Lumpur im Auftrag Liechtensteins Schengen-Visa ausstellen.

Der erste offizielle Staatsbesuch in Japan durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation vom 1.-5. Oktober wurde durch das Amt vorbereitet und betreut.

Europäische Zusammenarbeit

Das Amt bearbeitete die Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Hongkong, China und Montenegro für den Landtag auf, welcher sie genehmigte. Ausserdem unterstützte das Amt die Liechtensteinische Mission in Genf in den laufenden Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und Drittländern in den Bereichen «Geistiges Eigentum» und «Öffentliches Beschaffungswesen».

Das Amt stellte weiterhin die Vertretung Liechtensteins im Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation sicher. Am 13. und 14. September weilte Benoît Battistelli, Präsident des Europäischen Patentamts, zu einem Besuch in Vaduz.

Wie bisher war das Amt für die Koordination der Arbeitsgruppe der Regierung zum Thema Europäische Integration verantwortlich.

Menschenrechte

Im Menschenrechtsbereich war das Amt im Berichtsjahr unter anderem mit der Erfüllung von Berichterstattungspflichten im Rahmen der von Liechtenstein ratifizierten internationalen Menschenrechtsübereinkommen beschäftigt. So koordinierte und leitete das Amt im Januar die Präsentation des 4.-6. Länderberichts Liechtensteins zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung (CERD) vor dem Ausschuss, der dessen Umsetzung überwacht. Auf der Grundlage des Berichts und des eintägigen Dialogs mit der liechtensteinischen Delegation verabschiedete der Ausschuss eine Reihe von an Liechtenstein gerichteten Empfehlungen, unter anderem zu den Themen Integration von Ausländerinnen und Ausländern, Staatsbürgerschaft und Einbürgerung sowie Bekämpfung von Rassismus. Das Amt koordinierte zudem die Erstellung des Staatenberichts im Rahmen der zweiten Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) durch den UNO-Menschenrechtsrat. Der Bericht, welcher im Oktober eingereicht werden musste, gibt Auskunft über die allgemeinen Entwicklungen der Menschenrechte in Liechtenstein in den vergangenen vier Jahren und geht auf die im Rahmen der ersten UPR im Jahr 2008 erhaltenen Empfehlungen ein.

Im Berichtsjahr lud das Amt bereits zum vierten Mal die in Liechtenstein tätigen Menschenrechts-NGOs zu einem Dialog ein. Der Schwerpunkt der diesjährigen Dialog-Veranstaltung lag auf der Diskussion des Entwurfs des UPR-Staatenberichts.

Als Fortschritte im Berichtsjahr zu erwähnen sind die Ratifikation des zweiten Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie sowie die Unterzeichnung des dritten Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention, mit welchem ein Individualbeschwerderecht geschaffen wird. Das Amt war für die Vorbereitung der entsprechenden Entscheidungsgrundlagen zuständig.

Auf der internationalen Ebene engagierte sich das Amt in Expertenausschüssen und nahm an einer Reihe von Konferenzen, Seminaren und Treffen zu Menschenrechtsthemen teil. Dies gilt insbesondere für Arbeiten im Zusammenhang mit dem Europarat. Zudem tauschte sich das Amt mit befreundeten Staaten zu Menschenrechtsthemen aus, wobei insbesondere das quadrilaterale Treffen mit Österreich, der Schweiz und Slowenien zu erwähnen ist.

Das Amt war des Weiteren zuständig für die Vorbereitung und Koordination von zwei Liechtenstein-Besuchen im Menschenrechtsbereich, namentlich für den Besuch des Menschenrechtskommissars des Europarats, Thomas Hammarberg, sowie für den Besuch der Berichterstatterdelegation der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI). Beide Besuche fanden im Februar statt.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE)

Das Amt übte im Berichtsjahr seine Koordinationsfunktion innerhalb der IHZE aus. Neben der Budgetierung und der Vorbereitung von regelmässigen Koordinationstreffen der IHZE-Akteure (Liechtensteinischer Entwicklungsdienst [LED], Amt für Wald, Natur und Landschaft, Ausländer- und Passamt und Amt für Auswärtige Angelegenheiten) beinhaltet das auch den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kam im Berichtsjahr die konzeptionelle Arbeit zur Anpassung der IHZE-Tätigkeiten an die gekürzten Finanzmittel.

Am 13. Juni konnte der gemeinsame Jahresbericht der IHZE-Akteure über das Jahr 2011 veröffentlicht werden. Der Bericht ist elektronisch auf www.llv.li/ihze verfügbar. Er befasst sich schwerpunktmässig mit denjenigen liechtensteinischen Projekten, die Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen. Auch an der jährlichen IHZE-Veranstaltung, welche dieses Mal am Liechten-

steinischen Gymnasium durchgeführt wurde, standen junge Menschen im Zentrum. Thema war das Engagement von Schülerinnen und Schülern bzw. von Praktikantinnen und Praktikanten des LED.

In den in seiner Zuständigkeit liegenden Kategorien der IHZE war das Amt für die Zusammenarbeit mit den Projektpartnern und für die Vorbereitung und Auszahlung der Projektbeiträge zuständig. Des Weiteren engagierte sich das Amt als Vertretung der Regierung in der «Microfinance Initiative Liechtenstein» (MIL) sowie der Staatengruppe für «Good Humanitarian Donorship».

Die im Jahr 2009 eingesetzte Kommission für Entwicklungspolitik tagte im Berichtsjahr zum vierten Mal. Das Amt war für die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Sitzung zum Schwerpunktthema «Korruption in der internationalen Zusammenarbeit» verantwortlich.

Internationale Verbrechensbekämpfung

Die Verbrechensverhütung und die Strafrechtspflege waren im Berichtsjahr wiederum Tätigkeitsschwerpunkte des Amtes. Im Rahmen der relevanten Gremien der UNO und des Europarates wurde die internationale Entwicklung in diesen Bereichen verfolgt. Die liechtensteinischen Interessen wurden durch die Teilnahme an Konferenzen und in verschiedenen Expertengremien zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Korruption, des Terrorismus und der Geldwäscherei sowie der Internetkriminalität vertreten.

Am 8. Mai ratifizierte Liechtenstein als erster Staat die Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), welche die Ausführung von oder Beteiligung an Angriffskriegen zu international strafbaren Handlungen machen. Das Amt war an der Vorbereitung der entsprechenden Entscheidungsgrundlagen beteiligt.

Liechtenstein nahm, vertreten durch das Amt, am 6. Vertragsstaatentreffen des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und der drei Zusatzprotokolle zur Bekämpfung des Menschenhandels, des Migrantenschmuggels und des illegalen Feuerwaffenhandels teil. Das Treffen stand ganz im Zeichen der Schaffung eines seit 2009 diskutierten Überprüfungsverfahrens des Übereinkommens. Dieses Ziel scheiterte aufgrund unüberwindbarer Differenzen hinsichtlich der Finanzierung des Überprüfungsverfahrens und der Teilnahme von NGOs. Die jährlich in Wien stattfindende Session der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ) befasste sich im Berichtsjahr mit dem Thema Gewalt gegen Migranten und Migrantenfamilien. Im Rahmen einer Sitzung des Expertenkomitees des Europarats zur Terrorismusbekämpfung (CODEXTER) präsentierte Liechtenstein sein aktualisiertes Länderprofil (Country Profile on Counter-Terrorist Capacity) und verwies dabei auf gesetzliche und institutionelle Neuerungen.

Im Rahmen der Durchführung des Überprüfungsmechanismus des Übereinkommens gegen die Korruption (UNCAC) beteiligte sich das Amt an der Evaluation des Sultanats Brunei Darussalam. Vom 12. bis 16. März fand in diesem Zusammenhang ein Länderbesuch in Brunei Darussalam statt. Das Amt nahm wiederum an den Tagungen der Implementation Review Group teil. An der 1. Vertragsparteienversammlung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie, welche vom 29. bis 30. November in Wien stattfand, nahm das Amt ebenfalls teil. Es stellte zudem weiterhin die Vertretung Liechtensteins an den Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) sicher. Am 31. Oktober wurde der Evaluationsbericht über die Gemeinsame Erste und Zweite Evaluationsrunde Liechtensteins veröffentlicht. Das Amt nahm schliesslich an der 4. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention des Europarates über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten teil.

Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Im Bereich der Umweltaussenpolitik war das Amt im Berichtsjahr wiederum unterstützend tätig und hat die Fachämter insbesondere bei völkerrechtlichen Fragen beraten. Das Amt war zudem gemeinsam mit der Ständigen Vertretung in New York in die Vorbereitungen zur UNO-Weltkonferenz zu nachhaltiger Entwicklung (Rio+20) vom 20. bis 22. Juni involviert. Liechtenstein engagierte sich an der Konferenz mit Erfolg dafür, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie die gute Regierungsführung und die Rechtsstaatlichkeit als Grundprinzipien und Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung im Ergebnisdokument verankert wurden.

Diplomatische und konsularische Beziehungen

Per Ende 2012 waren 85 Staaten sowie die Delegation der Europäischen Union und der Souveräne Malteserorden mit nicht-residierenden Botschafterinnen beziehungsweise Botschaftern im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Im Berichtsjahr nahm Liechtenstein neu direkte diplomatische Beziehungen mit den Salomonen, Tuvalu, Kosovo und Nicaragua auf. Des Weiteren gibt es per Ende Berichtsjahr 42 konsularische Vertretungen in Liechtenstein.

– Berufskonsuln:	Generalkonsuln	7
	Konsuln	1
– Honorarkonsuln:	Honorargeneralkonsuln	6
	Honorarkonsuln	20
	Honorarvizekonsuln	1
– Vakant		7

Mitarbeit in Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen

Der Amtsleiter und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten im Berichtsjahr wiederum aktiv in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Landesverwaltung mit. Das Amt hatte den Vorsitz in

der Arbeitsgruppe zur Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE), in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sowie in der Arbeitsgruppe Korruptionsbekämpfung. Des Weiteren arbeitete das Amt in folgenden Arbeitsgruppen aktiv mit: Arbeitsgruppe Europäische Integration, Task Force USA, Koordinationsgruppe Terrorismusfinanzierung, Waffenplatzkommission, Arbeitsgruppe betreffend die Mitfinanzierung des Ausbaus der Eisenbahninfrastruktur auf liechtensteinischem Hoheitsgebiet im Hinblick auf eine S-Bahn FL.A.CH, Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Abkommens mit den USA über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung schwerer Kriminalität, Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Richtlinie 2009/43/EG zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern, Arbeitsgruppe Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr, Kommission für Entwicklungspolitik, Projekt Evaluierung Klimapolitik Liechtensteins, Microfinance Initiative Liechtenstein, Arbeitsgruppe EXPO 2015 in Mailand, Arbeitsgruppe Doppelbesteuerung, Arbeitsgruppe Sozialversicherungsrecht/Vaduzer Konvention, Arbeitsgruppe FATCA, Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, Runder Tisch zur Bekämpfung des Menschenhandels, Koordinationsgruppe Klima, «Sichtwechsel» – Vernetzungsgruppe für Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf, Arbeitsgruppe betreffend die Überprüfung des Handlungsbedarfs bezüglich Liechtensteins Beitritt zum UNO-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) und Gewaltschutzkommission.

KONFERENZEN UND TAGUNGEN

Europarat

High-Level-Konferenz über die Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: 18.-20.4. in Brighton
(Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär)

122. Session des Ministerkomitees: 23.5. in Strassburg
(Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafter Daniel Ospelt, Dominik Marxer, Erster Sekretär, Manuel Frick, Zweiter Sekretär)

4. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention des Europarates über Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten: 12.-14.6. in Strassburg
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Plenarversammlungen der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO): 20.-22.6., 15.-19.10, 3.-7.12. in Strassburg
(Isabel Frommelt (20.-22.6.), Erste Sekretärin, Peter Matt, Erster Sekretär)

9. Europäische Jugendministerkonferenz: 23.-25.9. in St. Petersburg
(Ressortsekretärin Tatjana Hadermann in Vertretung des Regierungschefs, Daniela Clavadetscher, Mitarbeiterin des Ressorts Familie und Chancengleichheit, Tanja Bless, Vertreterin des Kinder- und Jugendbeirats)

EFTA

29. EFTA-Ministerrat: 27.-29.6. in Gstaad
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Kurt Jäger, Botschafter Norbert Frick, Doris Frick, Ministerin)

30. EFTA-Ministerrat: 11.-12.12. in Genf
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Norbert Frick, Doris Frick, Ministerin, Beatrice Fankhauser, Erste Botschaftssekretärin)

EWR

EWR-Ministerrat: 14.5. in Brüssel
(Regierungsrat Dr. Martin Meyer, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafter Kurt Jäger, Georges Baur, Minister, Pascal Schafhauser, Minister, Sandra Ruppen, Mitarbeiterin Ressort Äusseres, Emilia Breuss, Botschaftsattaché)

ECOFIN-Ministerrat: 13.11. in Brüssel
(Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher, Botschafter Kurt Jäger, Katja Gey, Leiterin Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden, Anne-Sophie Constans-Lampert, Mitarbeiterin Ressort Wirtschaft)

EWR-Ministerrat: 26.11. in Brüssel
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, Botschafter Dr. Martin Frick, Botschafter Kurt Jäger, Pascal Schafhauser, Minister, Dominik Marxer, Botschaftsrat)

Europäische Patentorganisation

131. bis 134. Tagung des Verwaltungsrats: 27.-28.3., 26.-28.6., 25.-26.10., 11.-12.12. in München
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Technische Treffen
An den diversen Treffen im Rahmen von ECO, ECC, CERP und ComITU war Liechtenstein durch das Amt für Kom-

munikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

PostEurop

PostEurop-Vollversammlung: 25.-26.8. in Belgrad
(Teilnahme: Liechtensteinische Post AG)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Überprüfungstreffen der menschlichen Dimension: 25.9.-5.10. in Warschau
(Panagiotis Potolidis-Beck, Zweiter Sekretär)

Ministertreffen der OSZE: 6.-7.12. in Dublin, Irland
(Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Domenik Wanger, Botschaftsrat, Emilia Breuss, Dritte Sekretärin)

UNO/Verschiedenes

2. Versammlung der Mitgliedsstaaten der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA): 14.-15.1. in Abu Dhabi
(Christian Hausmann, Leiter des Amts für Volkswirtschaft)

30. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 17.1. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Zweiter Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär)

55. Session der UNO-Betäubungsmittelkommission: 12.-16.3. in Wien
(Jennifer Rheinberger, Amt für Soziale Dienste)

21. Session der UNO-Kommission für Verbrechensbekämpfung und Strafrechtspflege (CCPCJ): 23.-27.4. in Wien
(Isabel Frommelt, Erste Sekretärin)

31. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 1.5. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Zweiter Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär)

UNO-Weltkonferenz zu nachhaltiger Entwicklung (Rio+20): 20.-22.6. in Rio de Janeiro
(Botschafter Dr. Martin Frick, Karin Lingg, Botschaftsrätin, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

3. Session der Provisorischen Kommission der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA): 21.6. in Wien
(Peter Matt, Erster Sekretär)

17. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau: 26.6. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Zweiter Sekretär)

Verhandlungen über ein internationales Waffenhandelsabkommen: 2.-27.7. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Erster Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär)

Überprüfungskonferenz zur Umsetzung des UNO-Programms zur Verhütung und Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen: 27.8.-7.9. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Erster Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär)

12. Konferenz der Vertragsstaaten der Alpenkonvention (Alpenkonferenz): 6.9. in Poschiavo
(Regierungsrätin Dr. Renate Müssner, Jeannine Preite-Niedhart, Ressortsekretärin, Felix Näscher, Leiter des Amts für Wald, Natur und Landschaft)

32. Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: 6.9. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Erster Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär)

56. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 17.-21.9. in Wien
(I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Domenik Wanger, Botschaftsrat, Claudio Nardi, Zweiter Sekretär)

UNECE-Ministerkonferenz zu Altersfragen: 19.-20.9. in Wien
(Regierungsrätin Dr. Renate Müssner, Cornelia Marxer-Broder, Mitarbeiterin Ressort Soziales)

6. Session der Konferenz der Vertragsstaaten des UNO-Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermokonvention): 15.-19.10. in Wien
(Isabel Frommelt, Botschaftsrätin)

4. Vertragsstaatentreffen zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 25.10. in Genf
(Botschafter Norbert Frick, Patrick Ritter, Minister)

Konferenz der Vertragsparteien des Protokolls V zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 12.-13.11. in Genf
(Patrick Ritter, Minister)

24. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe: 12.-16.11. in Genf
(Vertretung durch die Schweiz)

Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 14.11. in Genf
(Patrick Ritter, Minister)

11. Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC-ASP): 14.-21.11 in Den Haag
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Isabel Frommelt, Botschaftsrätin)

Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 15.-16.11. in Genf
(Patrick Ritter, Minister)

18. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 8. Treffen der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 26.11.-7.12. in Doha, Katar
(Regierungsrätin Dr. Renate Müssner, Felix Näscher, Leiter des Amts für Wald, Natur und Landschaft, Sven Braden, Amt für Umweltschutz)

5. Session der Provisorischen Kommission der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA): 28.11. in Wien
(Peter Matt, Erster Sekretär)

6. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen: 28.-30.11. in Rom
(Helmut Kindle, Leiter Amt für Umweltschutz)

1. Vertragsparteienversammlung der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (IACA): 29.-30.11. in Wien
(Robert Wallner, Leitender Staatsanwalt, Peter Matt, Erster Sekretär, Harald Oberdorfer, Ressort Justiz)

14. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes: 18.12. in New York
(Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga, Minister, Georg Sparber, Erster Sekretär, Swen Dornig, Zweiter Sekretär)

Welthandelsorganisation (WTO)

Ausschuss über öffentliches Beschaffungswesen: 28.2.-1.3., 18.7. in Genf
(Peter Matt, Erster Sekretär)

Organisation für den Internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF)

11. Generalversammlung der zwischenstaatlichen Organisation für den Internationalen Eisenbahnverkehr OTIF: 19.-20.9. in Genf
(Botschafter Hubert Büchel, Doris Frick, Ministerin)

Weltpostverein (UPU)

25. Weltpostkongress: 24.9.-15.10 in Doha, Katar
(Liechtensteinische Post AG und Schweizer Delegation)

Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (ITSO)

35. Treffen der Versammlung der Vertragsparteien der Internationalen Fernmeldesatellitenorganisation (ITSO): 3.-6. 7. in Kampala, Uganda
(Vertretung durch die Schweizer Delegation)

ÜBEREINKOMMEN

Bilateral

- Notenaustausch zur Verlängerung der Ergänzungsvereinbarung vom 25. Mai 2009 zum Notenaustausch vom 11. Dezember 2001 zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Geltung der schweizerischen Heilmittelgesetzgebung in Liechtenstein über die Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen sowie zur Verlängerung des Notenaustausches vom 25. Mai 2009 zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln mit neuen Wirkstoffen: 21.5.
- Unterzeichnung des trilateralen Polizeikooperationsvertrags zwischen Liechtenstein, der Schweiz und Österreich: 4.6.
- Unterzeichnung des Abkommens zur Verhütung und Bekämpfung von schwerer Kriminalität zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika: 30.6. in Washington
- Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Vertrag betreffend die Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein: 12.7. in Bern
- Notenaustausch zwischen Liechtenstein und der Schweiz im Hinblick auf die Änderung der Vereinbarung vom 29. Januar 2010 zum Vertrag zwischen dem

Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Umweltabgaben im Fürstentum Liechtenstein infolge der in der Schweiz ab 1. Januar 2013 geltenden CO2-Gesetzgebung
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Russischen Föderation über die Rückübernahme von Personen: 19.12. in Bern
- Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Souveränen Ritter- und Hospitalorden vom heiligen Johannes zu Jerusalem genannt von Rhodos und von Malta, genannt der Souveräne Malteserorden über Postdienste: 12.12. in Vaduz

EU/EFTA/EWR
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Montenegro: 26.4. (Inkrafttreten 1.9.)
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Hongkong: 24.7. (Inkrafttreten 1.10.)
- Annahme von Änderungen des EFTA-Übereinkommens sowie von Änderungen einzelner EFTA-Freihandelsabkommen

UNO
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu den Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 10. und 11. Juni 2010: 8.5. in New York (Inkrafttreten: 9.5.13)
- Annahme der Änderung des Übereinkommens vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen: 4.6. (Inkrafttreten: 6.2.13)
- Unterzeichnung des dritten Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention betreffend ein Mitteilungsverfahren: 24.9. in New York
- Genehmigung des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie durch den Landtag: 20.12. (Hinterlegung der Ratifikationsurkunde: 30.1.13 in New York, Inkrafttreten: 1.3.13)

WTO
- Genehmigung des Protokolls vom 30. März 2012 zur Änderung des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. April 1994 durch den Landtag: 20.12.

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: Botschafter Dr. Hubert Büchel

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freundnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die auch im Jahr 2012 häufigen Kontakte auf Regierungsebene sowie die etablierte Zusammenarbeit auf der Ebene der Ämter bilden Schwerpunkte. Eine weitere wesentliche Aufgabe der Botschaft ist ihre Funktion als Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen 70 Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2012 in der Schweiz
Das politische Leben in der Schweiz hat sich nach den Eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2011 und den Bundesratswahlen vom Dezember 2011 wieder in den gewohnten Bahnen eingespielt. Die Krise rund um die Schweiz in Europa hat das Bewusstsein untermauert, sich mit den eigenen Institutionen und Regeln auf einem grundsätzlich bewährten Weg zu befinden. In diversen internationalen Rankings zur wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leistungsfähigkeit schneidet die Schweiz durchwegs sehr gut ab. Die positiven Bewertungen kontrastieren zum Teil mit einer kritischen Berichterstattung über den Finanzplatz Schweiz in internationalen Medien.

Die Schweizer Europapolitik ist schon seit längerem dadurch geprägt, dass die EU mit der Schweiz keine neuen, binnenmarktrelevanten Abkommen abschliessen will, solange nicht Lösungen für institutionelle Fragen gefunden sind. Der Bundesrat will am bilateralen Weg festhalten, hat aber der EU im Juni Vorschläge zu den institutionellen Fragen unterbreitet. Diese fanden einige Kritik, werden jedoch von beiden Seiten als Grundlage für weitere Gespräche und Verhandlungen eingestuft. Neben dieser Frage der Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen Schweiz-EU bleiben auch weitere Streitpunkte mit der EU, z.B. zu diversen Steuerfragen, offen.

Die Schweizer Wirtschaft steht auch im Berichtsjahr im Zeichen des starken Frankens. Der Nationalbank gelingt es weiterhin, mit der Vorgabe eines Mindestwechselkurses zum Euro die Rahmenbedingungen für die Exportwirtschaft berechenbarer zu machen. Der Aussenhandel entwickelt sich in einem schwierigen Umfeld vergleichsweise positiv. Die Gesamtwirtschaftsleistung nimmt leicht zu. Die Arbeitslosigkeit bleibt auf niedrigem Niveau und steigt gegen Jahresende leicht an. Die Finanzplatzstrategie wird fortgesetzt, was auch eine weitere Schwächung des Bankgeheimnisses beinhaltet, doch ist sie v.a. darauf ausgerichtet, das Modell sogenannter Abgeltungssteuerabkommen durch bilaterale Vereinbarungen international zu verbreiten. Das Scheitern des betreffenden Abkommens mit Deutschland im Dezember bedeutet für diese Zielrichtung einen deutlichen Rück-

schlag. Die Budgetpolitik der Schweiz bleibt solide, statt einem gemäss Voranschlag ausgeglichenen Haushalt kann ein deutlicher Überschuss ausgewiesen werden.

Die Beziehungen Liechtenstein – Schweiz
Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt und werden auch im Berichtsjahr intensiv gepflegt. Es finden neun Besuche auf Regierungsebene, bi- und multilateraler Art, statt. Die Schweizer Bundespräsidentin lädt im Juni zum Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Chur ein, an welchem S.D. der Erbprinz teilnimmt.

Die liechtensteinische Regierung besucht verschiedene Kantonsregierungen, während im Gegenzug einzelne Kantonsregierungen in Vaduz empfangen werden. Die direkten Beziehungen zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichen eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisten die gegenseitige Information.

Kontakte mit den Botschaften in Bern
Neben der Pflege der bilateralen Beziehungen mit der Schweizer Eidgenossenschaft stellt die Botschaft Bern in vielerlei Hinsicht auch eine Drehscheibe für den Kontakt und Austausch mit anderen Staaten dar, nachdem sich von 70 der 84 Staaten, mit denen das Fürstentum Liechtenstein diplomatische Beziehungen unterhält, der zuständige Botschaftssitz in Bern befindet.

Konsularische Tätigkeit
Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1'700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Neuerungen ab Oktober 2011 führen dazu, dass Passanträge vorübergehend, bis zu einer neuen Lösung, nur mehr über das Passamt in Vaduz erfolgen können. Über die Botschaft werden vom EDA ausserdem sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt geleitet, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen. Diese Tätigkeiten halten sich 2012 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend ist die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen sowie der Beglaubigungen.

Liechtensteinische Botschaft bei der Beligschen Krone

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Nachdem Ende des Vorjahres die seit Mitte 2010 andauernde Regierungskrise in Belgien mit der Vereidigung von Elio di Rupo als neuer belgischer Ministerpräsident nach 541 Tagen ein Ende gefunden hatte, machte sich eine Ernüchterung hinsichtlich der Verbesserung der Zukunftsaussichten im Land bemerkbar. So bildete die Wirtschafts- und Finanzlage Belgiens den Hauptgegenstand der Regierungs- und Parlamentsarbeit. Zunächst musste eine politisch heikle Pensionsreform im Eiltempo durchs Parlament verabschiedet werden, und dann lösten Hiobsbotschaften über erforderliche Rentenkürzungen Entrüstung bei den Bürgern aus, was zu mehreren Streiks im öffentlichen Dienst führte.

Wirtschaftliche Entwicklung
Zu Beginn des Jahres erfolgte eine Abmahnung Belgiens durch die Europäische Kommission, weil die belgische Regierung die Sanierung des Staatshaushalts offenbar doch nicht mit der nötigen Sorgfalt vollzogen hatte. Die Kommission kritisierte vor allem die belgische Regelung zur automatischen Indexierung der Gehälter sowie der Preise gewisser Dienstleistungen der Grundversorgung (Anpassung an die Inflation), weil dies, ohne Rücksicht auf Produktivitätsgewinne zu nehmen, der Teuerung Vorschub leiste. Die Inflationsrate zählte deshalb mit 2.3% zu den höchsten in der Eurozone. Kritisiert wurde auch, dass die belgische Föderalregierung die Wirkung einer Reihe von Sparmassnahmen überschätzt hätte, vor allem was die Bekämpfung der Steuerhinterziehung betrifft. Auch das von Belgien vorausgesetzte Wirtschaftswachstum von 0.8% sei überzogen gewesen. Die Europäische Kommission empfahl, umgehend strukturelle Massnahmen zur Verbesserung des Haushalts in der Höhe von 0.3 bis 0.5% des BIP zu treffen, d.h. Belgien sollte entweder zusätzliche EUR 1.2 bis 2 Mia. einsparen oder Ausgaben in gleicher Höhe einfrieren. Nachdem Belgien im Hinblick auf weitere Sparmassnahmen versprach, Letzteres zu tun, konnte die drohende Geldstrafe von EUR 700 Mio. abgewendet werden. Die sozialistisch dominierte Föderalregierung bemühte sich in monatelangen Verhandlungen in der zweiten Jahreshälfte darum, ein angemessenes Sparpaket zu schnüren, um den Anforderungen aus der EU zu genügen und einen einigermassen ausgeglichen Haushalt für 2013 zu sichern. Im Herbst des Berichtsjahres stellte sich heraus, dass Belgien, um – wie mit der EU vereinbart – das Defizit im Staatshaushalt 2013 auf 2.15% des Bruttoinlandsprodukts zu drücken, wegen verschlechterter Wachstumsaussichten nicht, wie bis anhin angenommen, EUR 3.7 Mia. einsparen müsste, sondern 4.3 Mia., d.h. gut EUR 600 Mio. mehr als zuvor geschätzt worden war. Bis

Ende des Jahres vermochte die Regierung sich nicht auf Massnahmen im Sanierungsprogramm zu einigen, um die Differenz auszugleichen.

Zu den im Grundsatz festgelegten Sparmassnahmen zählen unter anderem:

- die Besteuerung (25%) des Mehrwerts beim Aktienverkauf;
- eine Steueramnestie;
- eine Anhebung der Körperschaftssteuer für Unternehmen, die grosse Gewinne machen, aber nur wenig Steuern zahlen;
- die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 21 auf 22%;
- Einsparungen in der Sozialen Sicherheit, die EUR 600 Mio. einbringen würden, davon EUR 300 Mio. im Gesundheitssektor;
- die Sistierung der automatischen Indexierung bestimmter Gehälter für eine Übergangszeit und
- eine Erhöhung der Abgaben auf Tabak, Alkohol und Mineralölprodukte.

Im November wurde in Belgien das System der progressiven Degression der Arbeitslosenunterstützung eingeführt, damit Arbeitsuchende sich stärker bemühen müssen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Im gleichen Monat einigten sich Belgien und Frankreich auf eine Neufinanzierung des Dexia Bankenkonzerns in Höhe von EUR 5.5 Mia, davon 2.9 Mia. aus Belgien. Die gesamte DexiaGruppe wurde von Belgien, Frankreich und Luxemburg mit Staatsgarantien in Höhe von EUR 90 Mia. ausgestattet, wovon Belgien einen Anteil von 60.5% trägt. Die bereits im Jahr 2011 aus der Gruppe abgespaltete und vom belgischen Staat erworbene Dexia Banque Belgique gab bekannt, künftig unter dem neuen Namen Belfius Banque & Assurances aufzutreten. Die belgische Regierung beschloss im Sommer ausserdem den Ausstieg aus der Atomenergie und ordnete die Schliessung der Kernkraftwerke Doel 1 und Doel 2 für April 2015 an. Eine weitere Anlage (Tihange 1) soll erst im Jahr 2025 geschlossen werden.

Politische Entwicklung

Ein wichtiger Bestandteil des politischen Kompromisses, der Ende 2011 die Regierungsbildung in Belgien ermöglicht hatte, war die Einigung auf eine Spaltung des Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV). Nach einem fast 50 Jahre anhaltenden Streit – seinerseits ein Teil des belgischen Sprachenstreits – wurde der Wahlbezirk BHV schliesslich aufgeteilt und zwar in einen zweisprachigen Bezirk Brüssel und in einen einsprachigen flämischen Bezirk Halle-Vilvoorde, der zusammen mit Leuven (Löwen) den Wahlkreis Flämisch-Brabant bildet. Nur noch die Bewohner der sechs sogenannten Fazilitätengemeinden, in denen Spracherleichterungen (Verwendung von Französisch und Niederländisch im Amtsverkehr) gelten, erhalten künftig noch eine zweisprachige Wahlaufforderung.

Im Herbst wurde der zweite Teil der Verfassungsreform in Angriff genommen. Erlassen wurden auch neue Regeln zur Erlangung der belgischen Staatsbürgerschaft. Die Bedingungen wurden verschärft. So bildet nun die Kenntnis einer der drei Nationalsprachen eine Voraussetzung für die Einbürgerung. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens (DG) bringt die Staatsreform eine Übertragung einiger wichtiger Kompetenzen von der föderalen auf die regionale Ebene (Brüssel, Flandern, Wallonien) mit sich. Insgesamt werden im Zuge dieser sechsten Umbildung des belgischen Föderalstaates Zuständigkeiten im Umfang von EUR 17 Mia. an die Teilstaaten übertragen, darunter 15 Mia., von denen die Deutschsprachige Gemeinschaft betroffen ist. Es wird erwartet, dass die Gesetze zur Umsetzung der Kompetenzübertragungen Ende 2013 verabschiedet werden können. Es wurden Verhandlungen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Region Wallonien, von welcher die DG derzeit einen Teil darstellt, über eine interne Weitergabe von Kompetenzen von der Stufe der Region auf die der Sprachgemeinschaft aufgenommen. Wichtigste Verhandlungsgegenstände waren die Übernahme der Kompetenzen für Bildung, Raumplanung und Bauwesen. Mittelfristig wird auch eine eigene Steuerhoheit der DG innerhalb Belgiens angestrebt. Die Verhandlungen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Wallonien schienen zunächst gut voranzukommen, doch kam die Dynamik in der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand, weil innerhalb der wallonischen Regierung kein Konsens in der Frage nach der Übertragung weiterer regionaler Zuständigkeiten, vor allem jener betreffend die Raumplanung, an die DG besteht. Nach Einschätzung des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Karl-Heinz Lambertz, liegt ein Föderalstaatsmodell mit den vier Gliedstaaten, also auch mit einem deutschsprachigen Gliedstaat, in der logischen Kontinuität der bisherigen Entwicklung des Landes.

Bei den belgischen Kommunalwahlen im Oktober wurde der Vorsitzende der flämischen Nationalisten (N-VA), Bart De Wever, zum neuen Bürgermeister von Antwerpen gewählt. Er bildete später mit Christdemokraten und Liberalen eine Mehrheit im Stadtparlament. Im frankophonen Teil des Landes schlug die Links-Mitte-Partei der sogenannten Zentrumshumanisten (CDH) die Sozialisten in der wallonischen Hauptstadt Namur, die bisher traditionell links regiert worden war. Die Grünen eroberten zudem fünf Bürgermeisterämter in Wallonien. Insgesamt gewann aber die extreme linke Partei der Arbeit Stimmen in allen Landesteilen. Der flämische Präsident der Partei Open-VLD, Alexander De Croo, wurde zum Pensionsminister und Vizepremierminister ernannt. Ende Jahr beschlossen die Regierungen Flanderns und der Französischen Gemeinschaft eine geschichtsträchtige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur.

Die Weihnachtsansprache des belgischen Königs Albert II. löste vor allem in Flandern viel Polemik aus, weil er vor Populismus im Lande warnte und diesen mit dem Aufkommen des Faschismus in den 1930er Jahren verglich. Die flämische Nationalistenpartei warf dem Staatsoberhaupt Amtsmissbrauch vor und verlangte, dass er

bei den Wahlen in Belgien künftig keine Rolle mehr spielen dürfe. Im Herbst erfolgte auch die Vermählung des luxemburgischen Erbgrossherzogs Guillaume mit der jungen belgischen Gräfin Stéphanie de Lannoy.

Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Im Berichtsjahr konnten die Verhandlungen über ein Abkommen mit dem Heiligen Stuhl betreffend einer Neuregelung der Beziehungen zwischen Land und Gemeinden Liechtensteins einerseits und der katholischen Kirche andererseits weitestgehend abgeschlossen werden.

Die Verhandlungsdelegationen des Heiligen Stuhls und Liechtensteins konnten im Herbst einen Abkommensentwurf verabschieden, dessen Anhänge zu Details der Vermögens- und Finanzentflechtung auf Gemeindeebene noch zu bereinigen sind. Beeinflusst wird das Verhandlungsergebnis auch noch von der parlamentarischen Behandlung der mit dem Abkommen zusammenhängenden Verfassungsänderung sowie der Gesetzgebung über die Religionsgemeinschaften werden. Der Botschafter beim Heiligen Stuhl leitete die liechtensteinische Verhandlungsdelegation.

Neben dieser umfangreichen Verhandlungstätigkeit nahm die Botschaft die üblichen Repräsentations- und Kommunikationspflichten wahr.

Liechtensteinische Botschaft in Berlin

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgaben der Botschaft sind die Pflege und der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland. Im Jahr 2012 konnten die bilateralen Beziehungen auf Bundesebene weiter vertieft werden. So kam es erstmals zu formellen bilateralen Begegnungen in Berlin und Vaduz auf Ebene der Parlamentspräsidenten. Die Beziehungen zu den Bundesländern wurden ebenfalls weiter vertieft. Im Jahr 2012 konnten erneut eine Reihe von hohen Besuchen auf Regierungs- und Staatsebene durchgeführt werden. Ein wichtiger Schritt in den bilateralen Beziehungen war die parlamentarische Ratifizierung des Abkommens zwischen Liechtenstein und Deutschland zur Vermeidung von Doppelbesteuerung.

Das Jahr 2012 in den Beziehungen Liechtenstein – Deutschland

Ratifizierung eines Staatsvertrags
Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen und der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung, auch kurz «Doppelbesteuerungsabkommen» (DBA) genannt, am 17. November 2011 fand im Jahr 2012 die parlamentarische Ratifizierung statt. In diesem Falle war die Zustimmung beider Kammern des Parlamentes, des Deutschen Bundestags und des Deutschen Bundesrats (Länderkammer), notwendig. Regierung und Botschaft nahmen diesen politischen Prozess zum Anlass für eine Reihe von Begegnungen mit Bundes- und Länderbehörden in Deutschland. Der erstmalige bilaterale Besuch eines Präsidenten des Liechtensteinischen Landtags beim Präsidenten des Deutschen Bundestags in Berlin leistete einen wichtigen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis (siehe auch weiter unten). Im Deutschen Bundestag kam es Mitte Oktober auch noch zu einer Anhörung von Sachverständigen zum DBA. Insgesamt konnte so das DBA Ende Oktober den Deutschen Bundestag und am 23. November den Deutschen Bundesrat mit grosser Unterstützung erfolgreich passieren. In Liechtenstein war die Ratifizierung bereits im April 2012 erfolgt. Das DBA ist seit Dezember 2012 in Kraft und wird ab 1. Januar 2013 angewandt. Es ist davon auszugehen, dass mit diesem DBA die wechselseitige Investitionstätigkeit der Wirtschaft abgesichert und gefördert wird.

Das DBA stellt bereits das zweite Abkommen zwischen den beiden Ländern im Bereich der Steuerkooperation dar. Informelle Sondierungen zu einem möglichen dritten Abkommen zur Regularisierung von offenen Fragen der Vergangenheit und zur Sicherstellung der Besteuerung für die Zukunft begannen bereits direkt nach Abschluss der Verhandlungen zum DBA und wurden im Berichtsjahr fortgesetzt.

Kontakt auf Ebene Staatsoberhaupt
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und I.K.H. Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein begegneten dem neuen deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck erstmals anlässlich des Vierertreffens der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Länder, auf Einladung der schweizerischen Bundespräsidentin, am 11. Juni in Chur.

Kontakte auf Regierungsebene
Anlässlich des ersten Auftritts von Liechtenstein an der Internationalen Grünen Woche, der grössten Landwirtschaftsmesse der Welt, nahm Regierungsrätin Dr. Renate Müssner an den Eröffnungsfeiern am 19./20. Januar

sowie am Agrarminister-Gipfel am 21. Januar in Berlin teil. Liechtensteins Auftritt – als Gast der Schweiz am Schweizer Stand – wurde mehrfach in den Medien angekündigt. Landwirtschaftsministerin Aigner kam auch an den Stand und wurde mit einem Glas Bier vom Liechtensteiner Brauhaus begrüsst.

Bereits das fünfte Mal war Liechtenstein an der weltgrössten Tourismusmesse, der ITB in Berlin, vertreten. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer nutzte seinen Besuch an der ITB Anfang März zu einem Treffen am Rande mit Bundesverkehrsminister Ramsauer.

Ein erster bilateraler Kontakt mit der neuen Regierung von Baden-Württemberg war der Besuch von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher beim Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid (SPD) in Stuttgart am 12. März. Wichtigster Gesprächspunkt waren die Steuerabkommen Liechtensteins mit Deutschland. Im Anschluss fand ein Höflichkeitsbesuch beim Oberbürgermeister von Stuttgart statt.

Parallel zu einem Auftritt der Universität Liechtenstein in Berlin Ende März traf sich Regierungsrat Hugo Quaderer am 29. März mit seiner Amtskollegin Dr. Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, zu einem Arbeitsgespräch in Berlin. Weitere Gespräche gab es mit Vertretern verschiedener Berliner Bildungseinrichtungen. Eine Musikgruppe einer Grundschule in Berlin (Neumark Grundschule, Schöneberg) wurde zu einem Besuch in Liechtenstein in den Herbstferien eingeladen. Dieser fand dann Ende Oktober zur grossen Begeisterung der Schülerinnen und Schüler und mit einem reichen Besuchsprogramm statt.

Das bisherige Dreiertreffen der Aussenminister/innen von Liechtenstein, Österreich und der Schweiz wurde 2012 zu einem Vierertreffen. Auf Einladung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm am 22. August in Vaduz auch der deutsche Bundesaussenminister, Dr. Guido Westerwelle, teil. Das Format der Vierertreffen der deutschsprachigen Länder hat sich in der Vergangenheit auf der Ebene der Staatsoberhäupter und auf Regierungsebene bewährt.

So wie auch die anderen Besuche von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher in den Bundesländern diente ein Besuch bei Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) in Mainz in Rheinland-Pfalz am 13. September der Information über das im November durch die Vertreter der Länder im Bundesrat zu ratifizierende DBA. Ministerpräsident Beck war zu diesem Zeitpunkt der Koordinator der SPD-regierten Bundesländer im Hinblick auf die Steuerabkommen. Diese Kontakte wurden in sinnvoller Weise durch ein informelles Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Dr. Frank-Walther Steinmeier, Ende September ergänzt. Es war erfreulich und ist unter anderem auf die intensive liechtensteinische Informationstätigkeit zurückzuführen, dass das DBA im Deutschen Bundestag zusätzlich zu den Stimmen der Regierungskoalition auch von der Fraktion der SPD unterstützt und im Deutschen Bundesrat Ende November ohne Gegenstimme angenommen wurde.

Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher traf am 27. September auch mit seinem Amtskollegen als Finanzminister, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble, in Berlin zusammen. Themen des Gesprächs waren eine aktuelle Einschätzung der Euro-Staatsschuldenkrise, die bevorstehenden parlamentarischen Ratifizierungen des DBA in Bundestag und Bundesrat und die weitere Kooperation im Steuerbereich.

Im Hinblick auf eine weitere Intensivierung der Kontakte mit den Ländern fand in Anwesenheit von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher am 29. November ein Parlamentarisches Frühstück mit Vertretern des Bayerischen Landtags, angeführt von dessen Präsidentin Frau Barbara Stamm, in München statt. Vertreter der Regierung, des Bankenverbandes und der Industrie- und Handelskammer stellten den Standort Liechtenstein in allen Facetten vor. Anlässlich eines Höflichkeitsbesuches im Plenum des Bayerischen Landtags wurde die Delegation aus Liechtenstein vom amtierenden Präsidenten begrüsst.

Die Reihe der hochrangigen bilateralen Treffen wurde durch ein informelles Arbeitsgespräch zwischen Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und der deutschen Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger in Berlin am 11. Dezember abgeschlossen. Die beiden Justizministerinnen sprachen über aktuelle Gesetzesprojekte und die jeweiligen Erfahrungen. Im Rahmen der Treffen der Justizminister der vier deutschsprachigen Länder kam es bereits zu mehreren Begegnungen. Dieses Treffen war das erste rein bilaterale Treffen mit Bundesministerin Leutheusser-Schnarrenberger.

Treffen der Parlamentspräsidenten

Erstmals fand am 13. Juni eine offizielle bilaterale Begegnung auf der Ebene der Parlamentspräsidenten statt. Der Präsident des Deutschen Bundestags, Prof. Dr. Norbert Lammert, empfing den Präsidenten des liechtensteinischen Landtags, Arthur Brunhart, sowie die Aussenpolitische Kommission (APK) des Landtags in Berlin. Nach einem Arbeitsgespräch im Reichstag fand ein Mittagessen auf Einladung des Bundestagspräsidenten im Gebäude der Parlamentarischen Gesellschaft statt, an dem auch weitere Abgeordnete und Ausschussvorsitzende teilnahmen. Der Bundestagspräsident zeigte sich vom 150-jährigen Jubiläum des Landtags beeindruckt. Weiteres Diskussionsthema waren die Erfahrungen mit den Instrumenten der direkten Demokratie in Liechtenstein. Ausserdem wurde von liechtensteinischer Seite das im Bundestag zu ratifizierende DBA erläutert. Von beiden Seiten wurde schliesslich der Wunsch nach einer Intensivierung der Kontakte der beiden Parlamente ausgesprochen. Hier wollen die Parlamente nach einer geeigneten Formel suchen. Schon vier Monate später kam der Präsident des Deutschen Bundestags zum Gegenbesuch nach Liechtenstein. Landtagspräsident Arthur Brunhart empfing Prof. Dr. Norbert Lammert am 4. und 5. Oktober in

Vaduz. Zu einem Höflichkeitsbesuch wurde der Bundestagspräsident von S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen.

Begegnung auf kommunaler Ebene
Auf kommunaler Ebene begegneten sich am 9. Februar der Schaaner Gemeindevorsteher Daniel Hilti in Begleitung von Vize-Vorsteher Hubert Hilti und der Bürgermeister der Stadt Lichtenstein in Sachsen, Wolfgang Sedner, mit einer Delegation des Stadtrats. Mit der Stadt Lichtenstein in Sachsen unterhält die Botschaft seit 2007 Kontakte. Sie waren vom Schriftsteller Richard Pietrass angestossen worden, der 2004/2005 als «Landesschreiber» in Liechtenstein weilte. Die erste Begegnung der beiden Kommunen war herzlich und der Austausch interessant, da die Rahmenbedingungen doch äusserst unterschiedlich sind. Schaan und Lichtenstein in Sachsen planen nun weitere Kontakte.

Kontakte in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur
Ähnlich wie in den beiden Nachbarländern Schweiz und Österreich möchte Liechtenstein auch in Deutschland in besonderer Weise aussenkulturpolitisch präsent sein und so insgesamt den Kulturraum der deutschsprachigen Länder in Europa sowie die gemeinsame deutsche Sprache pflegen und fördern. Eine wichtige Rolle dabei spielt der Austausch von Kulturschaffenden mit diesen befreundeten Ländern. Eine besondere Rolle kommt hierbei dem seit Jahren betriebenen Residenz-Atelier für liechtensteinische Kulturschaffende in Berlin zu. Zusätzlich gab es auch 2012 wieder viele Aktivitäten, die hier aufgrund ihrer jeweiligen Bedeutung Erwähnung finden sollen.

Mit dem liechtensteinischen van Eck Verlag trat erstmals ein Verlag aus unserem Land an der Leipziger Buchmesse auf. Am 15. und 16. März präsentierte der van Eck Verlag Neuerscheinungen aus seinem Programm. Die Messeleitung Leipzig war an diesem Kontakt mit Liechtenstein interessiert.

Am 2. April und am 2. Mai fanden im Rahmen einer Kammerkonzertreihe an der Deutschen Oper Berlin jeweils Uraufführungen von Kammermusikwerken von liechtensteinischen Komponisten statt. Die Initiative ging von den Musikern der Deutschen Oper aus. Die Botschaft unterstützte das Ensemble bei der inhaltlichen Vorbereitung. Zunächst wurde am 2. April das Werk «Partita» für Streichquintett von Jürg Hanselmann uraufgeführt. Am 2. Mai folgte ein Bläserquintett «Nock-türn» von Marco Schädler. Am selben Abend erhielt Jürg Hanselmann für eine weitere Arbeit, «Ricercare», den Kompositionspreis der Deutschen Oper Berlin für Kammermusik.

Am 14. Juni fand in Ludwigshafen am Rhein die Präsentation der ersten Gemeinschaftsbriefmarke Liechtenstein-Deutschland statt. Am Festakt im Rathaus nahmen über 100 Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft teil, darunter die stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, Eveline Lemke (Bündnis90/die Grünen), und der liechtensteinische Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer. Der Präsentation der deutschen (75 Cent) und der liechtensteinischen Briefmarke (1.40 CHF) ging ein langer Vorbereitungsprozess voraus.

Ein Höhepunkt der aussenkulturpolitischen Aktivitäten in Deutschland 2012 war die Ausstellung der Arte Povera-Sammlung des Kunstmuseums Liechtenstein im Neuen Museum in Weimar vom 26. August bis Ende September. Das Projekt wurde durch eine signifikante Anstossfinanzierung des Ressorts Kultur und die weitere Unterstützung von insgesamt sieben externen Sponsoren (Unternehmen und Stiftungen) ermöglicht. Eingeladen hatte die bekannte Intendantin des Kunstfestes Weimar, Frau Dr. Nike Wagner.

Bereits seit zwölf Jahren Tradition ist ein Empfang am Liechtenstein-Stand an der Frankfurter Buchmesse. Am 12. Oktober konnten wieder eine Reihe prominenter Vertreter von deutschen Buchverlagen begrüsst werden. Der neue Präsident der Kulturstiftung Liechtenstein, Prof. Winfried Huppmann, stellte das Buch- und Literaturland Liechtenstein vor.

Unter den aussenkulturpolitischen Aktivitäten nimmt auch Liechtensteins Teilnahme am Projekt Traduki, einem Übersetzungsprojekt der vier deutschsprachigen Staaten mit den Staaten des Balkans (unterzeichnet am 7. November), eine besondere Stellung ein. Das Netzwerk fördert Übersetzungen aus der deutschen Sprache in die Sprachen des Balkans und umgekehrt, aber auch innerhalb der Sprachen des Balkans. Es verfolgt eine ganze Reihe von Zielsetzungen; eine davon ist, den Autorinnen und Autoren den Weg in die anderen Leserwelten zu erleichtern. Zudem soll es eine kulturpolitische Brücke zwischen den teilnehmenden Ländern bilden.

Liechtensteinische Honorarkonsulate in Frankfurt am Main und München
Wie in den letzten Jahren leisteten die beiden Honorarkonsuln in Frankfurt am Main, Herr Christian Ratjen, und in München, Herr Dr. Christian Waigel, wertvolle Unterstützung in der Bildung und Pflege von Netzwerken. Bei zwei Veranstaltungen zur Vorstellung des Banken- und Fondsplatzes Liechtenstein am 25. September in München und am 22. Oktober in Frankfurt am Main konnte eine Reihe von wichtigen Gästen und Marktteilnehmern begrüsst werden.

Das Jahr 2012 in Deutschland

Politische Entwicklung
Die Einleitung von Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Niedersachsens führte im Februar 2012 zum Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff. Am 18. März wurde Joachim Gauck durch die Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass keine der staatsanwalt-

lichen Ermittlungen zu einer formellen Anklage führte. Bundespräsident Joachim Gauck geniesst fraktionsübergreifende Unterstützung im Parlament und in breiten Kreisen der Bevölkerung. Er trug im Laufe des Jahres sehr zu einer Beruhigung und neuem Respekt gegenüber dem Amt bei.

2012 fanden in drei Bundesländern Landtagswahlen statt: im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Im Saarland regiert nach den Wahlen vom 25. März nun eine von der CDU geführte grosse Koalition mit der SPD (davor «Jamaica»-Koalition aus CDU/FDP/Grünen). In Schleswig-Holstein wurden die Wahlen am 6. Mai zu einem kritischen Test insbesondere für die FDP. Die FDP konnte sich mit knapp über 8% deutlich im Landtag halten. Es kam dennoch zu einem Regierungswechsel von der bisher CDU-geführten Koalition auf eine von der SPD unter dem neuen Ministerpräsidenten Torsten Albig geführte Koalition mit den Grünen und der Partei der dänischen Minderheit. In Nordrhein-Westfalen konnte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von der SPD in den vorgezogenen Neuwahlen vom 13. Mai die Führung der SPD deutlich ausbauen. Sie regiert nun gemeinsam mit den Grünen mit absoluter Mehrheit. Der Verlust der CDU unter dem Spitzenkandidaten Norbert Röttgen führte zu dessen Rücktritt, nicht nur als Landesparteichef, sondern auch als Bundesminister für Umwelt und Energie. Die FDP unter Spitzenkandidat Christian Lindner, dem früheren Generalsekretär der Bundespartei, konnte sich wie in Kiel mit deutlich über 8% halten. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, der parlamentarischen Vertretung der Länder, wurden durch diese Ergebnisse weiter zu Ungunsten der Regierungskoalition unter Führung von Kanzlerin Merkel verändert. Von insgesamt 69 Stimmen im Bundesrat gehörten nur mehr 21 Stimmen sicher dem Regierungslager an (CDU/CSU/FDP-geführte Länder). 30 Stimmen entfallen ganz auf die Opposition (SPD/Die Grünen/Die Linke/SSW-geführte Länder). CDU-SPD-geführte Länder («grosse Koalitionen») enthalten sich bei strittigen Fragen in der Regel ihrer Stimme. Eine einfache Mehrheit im Bundesrat erfordert 35 Stimmen, so dass die Regierungsparteien auf mindestens 14 Stimmen der Opposition und der Koalitionsregierungen mit einer Regierungspartei angewiesen waren. Dies wirkte sich negativ auf ein von der Schweiz mit Deutschland ausgehandeltes Steuerabkommen zur Regularisierung der Vergangenheit und Einführung einer Abgeltungssteuer aus. Das Abkommen passierte zwar mit den Stimmen der Regierungskoalition im Oktober den Bundestag, scheiterte aber aufgrund der neuen Verhältnisse Ende November im Bundesrat und Mitte Dezember im Vermittlungsausschuss endgültig. Entsprechend konnte auch Liechtenstein 2012 kein vergleichbares Abkommen mehr verhandeln.

Bereits im Berichtsjahr war im politischen Leben das kommende Bundestagswahljahr 2013 spürbar. Teilweise wurden auch schon die Weichen für das Wahljahr gestellt. In der CDU überzeugte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem herausragenden Ergebnis von fast 98% als Parteivorsitzende und damit Spitzenkandidatin. Die SPD legte sich auf den sich bereits Ende des Sommers vorzeitig herauskristallisierenden Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück fest. Die Partei der Grünen ermittelte ihre Kandidaten durch Mitgliederbefragung und ernannte so Fraktionschef Jürgen Trittin und Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt zu den Spitzenkandidaten für den Wahlkampf. Für die FDP sollte sich erst im Januar 2013, nach der Landtagswahl in Niedersachsen, entscheiden, wer die Partei in den Wahlkampf führt.

Euro-Staatsschuldenkrise

Am 29. Juni gelang – auch durch Unterstützung von Seiten der Opposition, insbesondere im Bundesrat – die Ratifizierung des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM und des EU-Fiskalpakts. Allerdings legten unmittelbar danach mehrere Gruppen erneut Klage beim Bundesverfassungsgericht ein, darunter die Bundestagsfraktion der Linken und der CSU-Abgeordnete Gauweiler. Das Gericht hatte bereits im Vorfeld eine Welle von Klagen erwartet und vorsorglich Bundespräsident Gauck gebeten, er möge die beiden Gesetze zu ESM und Fiskalpakt nicht zu schnell unterzeichnen. Nach Prüfung der Anträge im Eilverfahren sprach das Bundesverfassungsgericht am 12. September ein erstes Urteil. Kernpunkt der Entscheidung war unter anderem, dass die Haftung Deutschlands innerhalb des ESM auf EUR 190 Mia. begrenzt wird. Dies sollten Bundesregierung und Bundespräsident völkerrechtlich sicherstellen. Einer Erhöhung der Haftungssumme müsste der Bundestag zustimmen. Ausserdem sollen sich die deutschen Vertreter in den ESM-Gremien gegenüber Bundestag und Bundesrat nicht auf ihre Schweigepflicht berufen dürfen, sondern müssen umfassend informieren. Nach Auffassung des Gerichts schafft der Fiskalpakt keine Durchgriffsrechte für die Europäische Kommission, sondern verstärkt die Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz. Das Gericht machte zudem deutlich, dass der ESM nicht zum Vehikel einer verfassungswidrigen Staatsfinanzierung durch die EZB werden dürfe. Das Bundesverfassungsgericht hat somit weder den ESM noch den Fiskalpakt für verfassungswidrig erklärt, aber relativ deutliche Vorbehalte formuliert. Das Urteil wurde sowohl von der deutschen Bundesregierung als auch von den europäischen Partnerstaaten mit grosser Erleichterung aufgenommen.

In Folge der Entwicklungen äusserten sich mit unterschiedlichen Nuancen im Laufe des Jahres sowohl Bundesfinanzminister Schäuble als auch der SPD-Parteivorsitzende Gabriel über die Notwendigkeit einer «Fiskalunion» und darüber, dass dann eine derart veränderte Kompetenzverteilung zwischen Nationalstaat und Europäischer Union erreicht werde, dass auch in Deutschland eine Volksabstimmung über die weitere Richtung der europäischen Integration erforderlich werden könnte. Die Haftungsrahmen aus den Rettungsschirmen stiegen im

Laufe des Jahres stark an. Aber nicht nur in Bezug auf Haftungen, sondern auch für das Budget des kommenden Jahres hatten die Entwicklungen konkrete Folgen, insofern Deutschland 2013 im Falle Griechenlands auf Einnahmen aus Kreditzinsen verzichten müssen wird. Dass die Krise noch nicht vorüber ist und man weiterhin auf schlechte Nachrichten gefasst sein müsse, wurde Ende 2012 da und dort signalisiert.

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Die öffentlichen Diskussionen in den USA wurden von der sich nur langsam erholenden Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sowie der zunehmenden Staatsverschuldung und dem Wahlkampf im Vorfeld der Präsidentschafts- und Kongresswahlen geprägt. Transatlantische Themen kamen vorwiegend im Zusammenhang mit der Eurokrise zur Sprache. Die USA blieben auch im Berichtsjahr nicht von Naturkatastrophen verschont. Der Wirbelsturm «Sandy» zerstörte weite Teile der Küste von New Jersey und richtete im Süden von Manhattan verheerende Schäden an. Das Jahr 2012 geht zudem als das heisseste Jahr, seit Temperaturaufzeichnungen durchgeführt werden, in die Geschichte der USA ein. Über die Hälfte der Bundesstaaten litten unter einer grossen Dürre, und die Waldbrände nahmen an Ausmass und Intensität zu. Das Jahr 2012 wird zudem mit einer Reihe von Massakern, welche schlussendlich Bewegung in das Thema Waffengesetze brachten, in Erinnerung bleiben: Im Juli wurden 12 Menschen in einem Kino in Colorado erschossen, im August 6 Menschen in einem Sikh-Tempel in Wisconsin und im Dezember 26 Menschen, darunter 20 Kinder, in einer Grundschule im Bundesstaat Connecticut.

Die politische Polarisierung in den USA nimmt unvorhergesehen grosse Ausmasse an. Die offensichtlichsten Unterschiede in den Auffassungen betreffen die Rolle des Staates und das soziale Auffangnetz. Republikaner lehnen zunehmende Regelwerke ab, während diese von den meisten Demokraten als notwendig betrachtet werden. Die Zusammensetzung der Parteien hat sich über die Jahre sehr verändert. Die demokratische Partei ist sehr unterschiedlich zusammengesetzt, während die republikanische Partei zu nahezu 90% in der weissen Bevölkerung verankert ist. Gleichzeitig sorgt Amerikas demographische Entwicklung dafür, dass die republikanische Basis weiter schrumpft. Die Medienlandschaft verstärkt die gesellschaftliche Polarisierung. Meinung ist oft mehr gefragt als Information.

Am 6. November wurde Präsident Obama für eine zweite Amtszeit gewählt. Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress verschoben sich nicht wesentlich. Das Repräsentantenhaus wird weiterhin mehrheitlich von der republikanischen Partei beherrscht und der Senat von der demokratischen. Der Präsident konnte diesmal einen grossen Vorsprung bei den Wahlmännerstimmen verzeichnen. 270 sind für einen Sieg notwendig, er erhielt 332, Gouverneur Romney 206. Die Wahlbeteiligung lag bei 57.5%, tiefer als bei den Wahlen in den Jahren 2008 und 2004. Nach Ansicht vieler Analysten handelt es sich beim Wahlergebnis sowohl um einen ideologischen als auch einen demographischen Sieg von Präsident Obama. Im neuen Kongress werden mehr Frauen als je zuvor vertreten sein: 20 (von 100) im Senat und 81 (von 435) im Repräsentantenhaus. New Hampshire wird der erste Bundesstaat, in welchem sämtliche politischen Führungspositionen von Frauen besetzt sind: Gouverneurin, zwei Senatorinnen und zwei Mitglieder des Repräsentantenhauses. Erstmals in der Geschichte der USA werden weisse männliche Abgeordnete der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus in der Minderheit sein.

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Nachdem die amerikanische Steuerbehörde in den vergangenen Jahren verschiedene Amnestieprogramme aufgelegt hatte, wurde Anfang Januar erneut ein solches Programm angekündigt, diesmal ohne zeitliche Beschränkung. Die IRS erachtet Steueramnestien als bewährtes Mittel, reuigen Steuerhinterziehern den Weg in die Legalität zu erleichtern und weitere Steuern einzunehmen. Gleichzeitig führen die Amnestien dazu, dass die IRS mehr über die Praktiken der involvierten Banken erfährt.

Immer wieder tauchen in verschiedenen US-Bundesstaaten sogenannte «Tax Haven»-Gesetzesentwürfe auf. Es ist die Absicht der Einbringer dieser Gesetzesentwürfe, Unternehmen, deren Muttergesellschaft in einem Niedrigsteuerland registriert ist, als nationale Unternehmen zu besteuern. Zwecks Definierung der sogenannten Steuerparadiese enthalten diese Gesetzesentwürfe meistens Länderlisten, auf denen Liechtenstein fallweise aufscheint. Die Botschaft arbeitet mit anderen interessierten Botschaften zusammen, um solche Entwicklungen im Auge zu behalten und allenfalls im Hinblick auf die Entfernung von gewissen Listen vorstellig zu werden.

Im September wurde die Untersuchung einer Anzahl amerikanischer Grossbanken auf ihre Praxis im Hinblick auf die Bekämpfung von Geldwäsche bekanntgegeben. Der späte Zeitpunkt dieser Aktion wurde dadurch begründet, dass seit der Finanzkrise von 2008 alle Kräfte auf deren Bewältigung konzentriert worden waren. Seither wurde eine britische Grossbank in den USA mit einer Rekordgeldstrafe belegt.

Das Inkrafttreten von FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) wurde um sechs Monate auf den 1. Januar 2014 verschoben. Der 1. Januar 2017 ist das Stichdatum für die Erhebung der Abgeltungssteuer auf In-

vestitionsgewinne amerikanischer Steuerzahler. Der Gesetzgeber verfolgt mit FATCA das Ziel, Steuerhinterziehungen durch US-Steuerpflichtige unter Ausnutzung von Anlagen auf ausländischen Konten zu verhindern. Unter Androhung eines 30%igen Quellensteuerabzugs sind ausländische Finanzinstitute nach FATCA angehalten, US-Steuerpflichtige und ihre Einkünfte der amerikanische Steuerverwaltung (IRS) zu melden. Liechtensteinischerseits wird der Abschluss eines bilateralen Abkommens mit den USA zur erleichterten Umsetzung von FATCA angestrebt.

Bilaterale Beziehungen

Vor dem Hintergrund der mittlerweile zehnjährigen Präsenz der Botschaft in Washington können die bilateralen Beziehungen als ausgezeichnet und von gegenseitigem Vertrauen geprägt bezeichnet werden. Die Tatsache, dass in wichtigen Finanzplatzagenden immer eine Einigung gefunden werden konnte und Liechtenstein in der Regel rasch handeln kann, hat wesentlich dazu beigetragen, dass Liechtenstein als zuverlässiger Partner erachtet wird. Dies wurde im Berichtsjahr von höchster Stelle im US-Aussenministerium anlässlich des Besuches von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick mehrfach bestätigt. Zwecks Vertiefung und Erweiterung der bilateralen Beziehungen finden regelmässige Konsultationen mit dem für Liechtenstein zuständigen Referat im Aussenministerium statt. Bei diesen Treffen wird das Referat sowohl über relevante Entwicklungen in Liechtenstein als auch über multilaterale Aktivitäten informiert. Ähnliche Informationstreffen erfolgen mit dem US-Botschafter in Bern. Vom 27. bis 29. Februar fanden in der Botschaft unter der Leitung von Hans Peter Walch, Leiter des Ausländer- und Passamtes, Verhandlungen mit Vertretern des US-Justiz-, Aussen- und Heimatschutzministeriums über ein Abkommen zwischen Liechtenstein und den USA über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung schwerwiegender Straftaten statt. Dieses Abkommen, welches am 27. Juni unterzeichnet wurde, sowie die im Jahr 2010 vereinbarte Absichtserklärung betreffend die Umsetzung von HIPD6 (Homeland Security Presidential Initiative 6) sind die Voraussetzung für die Beibehaltung der visumsfreien Einreise von liechtensteinischen Staatsangehörigen in die USA zu touristischen Zwecken.

Auf Einladung des sich ausserhalb von Washington befindenden Terrorist Screening Center (TSC) stattete die Botschafterin diesem am 11. Juli einen Besuch ab, im Rahmen dessen sie über Aufgaben und Funktionieren des TSC informiert wurde und die Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit diskutiert wurden. Aus liechtensteinischer Sicht funktioniert die Zusammenarbeit zwischen TSC, Landespolizei und US-Botschaft in Bern ausgezeichnet und soll im bestehenden Rahmen beibehalten werden.

Kongress

Allgemein

Der US-Kongress hat bekanntlich als Institution ein ganz anderes Selbstverständnis als Parlamente in anderen westlichen Demokratien. Er versteht sich nicht nur als Gesetzgeber und Kontrollorgan, sondern hat Exekutivbefugnisse, ist also Teil der Regierung. Wenn in den USA von der Regierung gesprochen wird, sind damit der Präsident, die Bundesbehörden, der Kongress sowie die gerichtlichen Instanzen gemeint. Die beiden Kammern des US-Kongresses, der Senat und das Repräsentantenhaus, müssen sich einigen, ansonsten kann kein Gesetz verabschiedet werden. Dies soll sicherstellen, dass die Interessen aller Beteiligten gewahrt bleiben und die Rechte der Minderheiten berücksichtigt werden. Dieser Zwang zum Kompromiss wird als Stärke des Systems angesehen. Die parteipolitische Polarisierung und fehlende Kompromissbereitschaft in Washington machen diese Stärke vorübergehend zur Schwäche, weil das System der «checks and balances» zu einer Lähmung führt. Der daraus resultierende Ansehensverlust des Kongresses beeinflusst seinen Handlungsspielraum negativ.

Bilaterale Beziehungen

Zum vierten Mal fand der Besuch einer Gruppe von fünf Mitarbeitern des US-Kongresses vom 15. bis 17. August in Liechtenstein statt. Den Besuchern wurden verschiedene Aspekte Liechtensteins näher gebracht, etwa Finanzplatz, Aussenpolitik, Industrie, Umweltpolitik und EWR. Die Besichtigung von Landtagsgebäude und Landesarchiv, ein Firmenbesuch sowie der Besuch des Kunstmuseums rundeten das Programm ab. Besuche dieser Art können aus der Sicht der Botschaft nicht hoch genug gewertet werden. Sie führen u.a. dazu, dass die Botschaft über relevante Entwicklungen im Kongress informiert wird, bevor die Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Zudem haben MitarbeiterInnen des Kongresses bekanntlich nicht unerhebliche Einflussmöglichkeiten auf die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen, nachdem diese ausschliesslich auf Mitarbeiterebene erfolgt.

Das Treffen der Mitglieder der aussenpolitischen Kommission des Landtages mit einer Gruppe von Kongressmitarbeitern, welche in den vergangenen Jahren Liechtenstein besucht hatten, bestätigte, wie wichtig diese jährlichen Besuche sind. Nicht nur gibt es innerhalb des Kongresses eine wachsende Anzahl von Mitarbeitern, die einen informierten Kommentar über Liechtenstein abgeben können, sondern die Loyalität dieser Gruppe hat in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass sie für Liechtenstein relevante Gesetzesentwürfe (Finanzplatz) positiv beeinflussen konnten.

Fünf Mitglieder des Congressional Friends of Liechtenstein Caucus wurden bei den Kongresswahlen vom 6. November nicht mehr gewählt. Die Botschaft ist bemüht, diesen Caucus mit neuen Mitgliedern aufzusto-

cken, vor allem mit Personen, in deren Bezirk ein liechtensteinisches Unternehmen angesiedelt ist oder welche andere gute Beziehungen zu Liechtenstein haben. Des Weiteren ist beabsichtigt, den Vorsitz des Caucus auszuweiten auf je zwei Co-Vorsitzende der republikanischen und der demokratischen Partei.

Die persönlichen Kontakte mit Mitgliedern des Kongresses beschränkten sich im Berichtsjahr auf gesellschaftliche Anlässe, da die US-Abgeordneten in einem Wahljahr ihre Eigeninteressen stark berücksichtigen und so viel Zeit wie möglich in ihren Wahlkreisen verbringen.

Honorarkonsulate

Die vier in den USA tätigen Honorarkonsuln besuchten Liechtenstein vom 15. bis 17. August. Nebst der Teilnahme an den Feierlichkeiten rund um den Staatsfeiertag beinhaltete ihr Programm ein Treffen mit der Aussenministerin, ein Briefing über Liechtenstein-Marketing, den Besuch einer Sonderausstellung im Landesmuseum, eine Information über die liechtensteinische Umweltpolitik, Finanzplatz-Briefings, einen Überblick über die aussenpolitischen Prioritäten Liechtensteins, ein Treffen mit dem Regierungschef-Stellvertreter, Gespräche mit Vertretern der Universität Liechtenstein, einen Firmenbesuch, die Besichtigung des Landtaggebäudes, Gespräche mit Mitgliedern der aussenpolitischen Kommission des Landtages sowie Hintergrundgespräche mit beiden Landeszeitungen.

Honorarkonsul Dr. Bruce Allen ist ein sehr aktives Mitglied des konsularischen Corps von Atlanta, innerhalb welchem er das Amt der Protocol Liaison innehat, und vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr an insgesamt 111 Anlässen/Veranstaltungen. Er ist des Weiteren Vorstandsmitglied im US Consular Corps College, welches eine Dachorganisation der konsularischen Vertretungen ist. Im März fand das von Dr. Allen organisierte Klavierkonzert von Jürg Hanselmann mit anschliessendem Empfang im bis auf den letzten Platz gefüllten Saal des Goethe-Zentrums statt. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick besuchte Atlanta am 19. Oktober. Das von Dr. Allen organisierte Programm umfasste ein Treffen mit der Kulturbeauftragten der Stadt Atlanta und einen Vortrag mit anschliessender Diskussion an der Georgia State University, mit der die Universität Liechtenstein ein Studentenaustauschprogramm unterhält. Es folgten die Besichtigung des CNN-Hauptsitzes und ein Treffen mit Experten des Carter Center, wo erwartungsgemäss das liechtensteinische Engagement für den ICC und die Frauenförderung grosses Interesse fand. Dr. Allen hatte im November Gelegenheit, im Rahmen eines hochrangigen Wirtschaftstreffens die Umweltpolitik Liechtensteins vorzustellen und insbesondere auf die LIFE Klimastiftung hinzuweisen. Um den Studentenaustausch vermehrt zu fördern, hat Dr. Allen vorgeschlagen, ein liechtensteinisches Stipendium für US-Studenten einzurichten.

Honorarkonsul Leodis Matthews nahm am 23. Januar an der Eröffnung des neuen Fabrikgebäudes der Hilti Diamond Manufacturing in Cypress, Kalifornien, teil, des Weiteren an der Eröffnung der Cleopatra-Ausstellung mit Funden der von der Hilti Familienstiftung geförderten Unterwasser-Ausgrabungen im Hafen von Alexandria. Er ist ein aktives Mitglied des konsularischen Corps von Los Angeles, welches im globalen Vergleich zu den grössten zählt und in welchem insgesamt 97 Länder mit Berufs- und Honorarkonsulaten vertreten sind. Honorarkonsul Matthews unterhält regelmässigen Kontakt zu den in und um Los Angeles ansässigen liechtensteinischen Staatsbürgern und -bürgerinnen. Er beliefert Universitäten und andere Bildungseinrichtungen mit relevanten Informationen über Liechtenstein. Im April organisierte er in Las Vegas ein Klavierkonzert von Jürg Hanselmann. Das damit für die Botschafterin verbundene Besuchsprogramm beinhaltete u.a. ein Treffen mit der Bürgermeisterin von Los Angeles, einen Vortrag vor dem World Affairs Council, einen Vortrag an der Universität von Nevada und den Besuch eines Datenspeicherungszentrums.

Honorarkonsulin Mary-Jean Thompson in Portland, Oregon, konzentrierte einen grossen Teil ihrer Arbeit auf den akademischen Austausch. Sie vermittelte ein Praktikum für einen Studenten der Universität Liechtenstein bei einer Architekturfirma in Portland. Honorarkonsulin Thompson bemühte sich zudem sehr um ein Praktikum für einen amerikanischen Studenten beim Kunstmuseum, was bisher daran scheiterte, dass der liechtensteinische Praktikumsgeber aus fremdenpolizeilichen Gründen eine sehr hohe Kaution hinterlegen müsste. Das Klavierkonzert von Jürg Hanselmann in Portland war ein grosser Erfolg. Es fand im Portland Art Museum Auditorium statt, dessen 350 Sitze ausverkauft waren. Im Hinblick auf mögliche Auftritte amerikanischer Pianisten in Liechtenstein konnten bei dieser Gelegenheit wertvolle Kontakte geknüpft werden. Jürg Hanselmann gab einen Vortrag vor Musikstudenten am Lewis & Clark College. Honorarkonsulin Thompson ist aktives Mitglied des konsularischen Corps von Portland und vertritt Liechtenstein in diesem Zusammenhang an zahlreichen Veranstaltungen.

Honorarkonsul Paul Donahue stellte die Verbindung mit der Kellogg School of Management/Northwestern University her, welche sich schliesslich im Besuch eines Mitglieds der Fakultät bei der Universität Liechtenstein niederschlug. Er führte zudem Gespräche mit weiteren Fakultäten der Northwestern University sowie mit dem Fisher College of Business der Ohio State University im Hinblick auf Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Universität Liechtenstein. Honorarkonsul Donahue unterhält gute Verbindungen zu Kollegen im konsularischen Corps von Chicago, zum Swiss-American Business Council sowie zu weiteren Interessensgruppierungen. Er vertrat Liechtenstein beim European Drinks Festival in Chicago, wo er Weine aus der Fürstlichen Hof-

kellerei präsentierte. Eine liechtensteinische Künstlerin konnte im Herbst an einem Wettbewerb betreffend die künstlerische Gestaltung von U-Bahn-Stationen in Chicago teilnehmen.

Kultur und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen von insgesamt 40 Anlässen wurden im Berichtsjahr in der Botschaftskanzlei und -residenz über 800 Gäste empfangen (Mittagessen, Abendessen, kleinere und grössere Empfänge).

Erstmals konnte ein kultureller Anlass durch Sponsoring (durch die Kulturstiftung und durch einige der in den USA ansässige liechtensteinische Unternehmen) verwirklicht werden: Die Botschaft, mit tatkräftiger Unterstützung der liechtensteinischen Honorarkonsulate in den USA, konnte für den Pianisten Jürg Hanselmann eine Konzertreise mit Aufführungen in Portland, OR (21. April), in Las Vegas, NV (24. April), in Atlanta, GA (26. April) und in Washington, DC (28. April) organisieren. Seine Eigenkompositionen fanden besondere Beachtung, und Jürg Hanselmann konnte im Hinblick auf künftige Engagements wichtige Kontakte knüpfen.

18. Januar	Traditioneller Neujahrsempfang in der Residenz
28. März	Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/ Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum zum Thema Syrien und Iran
29. März	Kurzvortrag von Botschafterin Fritsche im Rahmen des Women's Leadership Program der George Washington University zum Thema «Diplomatic Leadership by Women: Benefits & Challenges»
30. März	Auftaktveranstaltung einer neuen Vortragsserie, veranstaltet von der Liechtensteinischen Botschaft gemeinsam mit SAIS/ Center for Transatlantic Relations, zum Thema «Championing Women Globally"
30. März	7. Liechtenstein Lounge in der Residenz
23.-24. April	Reise von Botschafterin Fritsche nach Las Vegas: - Treffen mit der Bürgermeisterin - Vortrag University of Nevada - Vortrag World Affairs Council - Besuch Neurologie-Forschungszentrum - Betriebbesichtigung SwitchNap
28. April	Konzert Jürg Hanselmann in Washington DC mit anschliessendem Empfang in der Residenz
6. Mai	Teilnahme der Botschaft mit einem eigenen Stand am zum 6. Mal stattfindenden International Children's Festival mit einer Rekordzahl von 6,000 Besuchern
8. Mai	Zeitgeist-Literaturfestival (gemeinsame Initiative der deutschsprachigen Botschaften): Lesung von Patrick Boltshauser (in Schaan aufgewachsen) im Goethe-Institut, mit anschliessendem, von der Botschaft offeriertem Empfang
16. Mai	Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/ Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum zum Thema «The Future of Global Health and Food Security Initiatives: Understanding Trends & Budget Trajectories»
23. Mai	Small Nations Poetry Reading: jährliche gemeinsame Veranstaltung der Botschaften von Liechtenstein, Malta, Zypern, Monaco, Luxemburg, Österreich, Bulgarien, Slowenien, Island und Bahrain. Der liechtensteinische Beitrag war ein Gedicht von Mathias Ospelt mit dem Titel «Im Kreisel, Vaduz».
7. Juni	Bemerkungen von Botschafterin Fritsche als Panelistin im Rahmen der 2012 Consular Corps College Convention zum Thema «The Duties and Expectations of the Honorary Consul – The Vienna Convention & Beyond»
6. Juli	Reise der Botschafterin nach New Mexico: - Besuch des von der Hilti AG vor zwei Jahren erworbenen Unternehmens UNIRAC in Albuquerque - Vortrag vor dem Council on International Relations (CIR) in Santa Fé
14. Sept.	8. Liechtenstein Lounge
19. Sept.	Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/ Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum über die amerikanische Aussenpolitik im Asien-Pazifik-Raum
22. – 24. Okt.	Reise der Botschafterin nach Arkansas, organisiert vom US-Aussenministerium («Experience America»): - Besuch des Clinton Presidential Center - Abendessen offeriert von Präsident Clinton - Gespräche mit Wirtschaftsvertretern sowie dem Gouverneur von Arkansas - Besuch der Universität von Fayetteville und deren Zentrum für Nanotechnologie - Besuch der legendären Little Rock Central High School, welche als wichtiger Schauplatz der Bürgerrechtsbewegung in den USA historische Bedeutung hat
31. Okt.	Gemeinsame Veranstaltung von CSIS/ Liechtensteinische Botschaft im Rahmen des Small States Forum über die amerikanischen Kongress- und Präsidentschaftswahlen
7. Dez.	9. Liechtenstein Lounge

Liechtensteinische Besuche in den USA

FIU-Direktor René Brülhart traf sich mit seinen Kontaktpersonen innerhalb von Regierung und Kongress am 5. Januar, 17./18. April sowie 26./26. Juni. Einführungsbesuche des neuen Leiters der FIU, Daniel Thelesklaf, erfolgten am 11. und 12. Oktober in Begleitung von René Brülhart. Gemeinsame Gespräche von Dr. Robert Wallner, Leiter der Staatsanwaltschaft, und Dr. Katja Gey-Ritter, Leiterin der Stabstelle für Internationale Finanzplatzagenden, fanden am 29. Februar statt.

Die Absolventen des LL.M-Programms der Universität Liechtenstein hielten sich vom 8. bis 10. Februar zu einem Besuch in Washington auf. Es handelte sich um zehn Studentinnen und Studenten, welche von Prof. Francesco Schorr und Dr. Ernst Walch begleitet wurden. Der von der Botschaft organisierte Besuch umfasste ein Treffen mit Congressman Sensenbrenner, einen Besuch im US-Supreme Court samt Vortrag von und Begegnung mit Justice Antonin Scalia, eine Diskussionsveranstal-tung mit MBA-Absolventen und Mitgliedern der Fakultät an der Georgetown University McDonough School of Business, ein Briefing über die Arbeit der Botschaft sowie einen Empfang in der Residenz.

Die aussenpolitische Kommission des Landtages unter der Leitung von Landtagspräsident Arthur Brunhart besuchte Washington vom 16. bis 18. Mai. Das Besuchsprogramm sah für die Abgeordneten u.a. Begegnungen auf Kongress- und Regierungsebene vor, darunter bilaterale Treffen mit Mitgliedern des Kongresses, ein Arbeitsfrühstück mit acht Abgeordneten/Mitgliedern des Congressional Friends of Liechtenstein Caucus, ein Gespräch mit der stellvertretenden Leiterin des Büros für europäische und eurasische Angelegenheiten im US-Aussenministerium, ein Besuch der Library of Congress sowie eine Roundtable-Diskussion mit Kongressmitarbeitern, welche in den vergangenen Jahren Liechtenstein besucht hatten. Die Mitglieder der aussenpolitischen Kommission konnten sich ein vertieftes Bild vom politischen System, von der Arbeitsweise des Kongresses sowie gewissen Facetten des US-Wahlkampfes machen. Sie benützten die Gelegenheit auch, um über das parlamentarische System in Liechtenstein zu informieren und pflegten einen intensiven Gedankenaustausch über gemeinsam interessierende Themen, darunter der Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten.

Mitarbeiter der Finanzmarktaufsicht (FMA) reisten Anfang Juni zu Ausbildungszwecken (SEC) für eine Woche nach Washington und statteten der Botschaft einen Besuch ab.

Eine Delegation unter der Leitung von Urs Philipp Roth-Cuony, Präsident des Aufsichtsrates der FMA, Botschafter Roland Marxer als Beauftragter der Regierung sowie Patrick Bont, Leiter der Rechtsabteilung der FMA und zuständig für internationale Angelegenheiten, hielt sich am 28. Juni zu einer eintägigen IWF-Erkundungsmission in Washington auf. Es fanden Gespräche mit dem schweizerischen Exekutivdirektor Dr. René Weber sowie je einstündige Arbeitssitzungen mit Vertretern der Rechtsabteilung, der Abteilung für Europäische Angelegenheiten, der Finanzabteilung sowie des Sekretariats des IWF statt. Gesprächsgegenstände waren die Bedingungen für eine Aufnahme als Vollmitglied, der Aufnahmeprozess als solcher sowie die Berechnung der Quoten.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick besuchte Washington vom 17. bis 19. Oktober. Es fanden zwei Treffen im US-Aussenministerium sowie ein Treffen im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) statt: Sowohl der stellvertretende Aussenminister Thomas R. Nides als auch Staatssekretär Bob Hormats und die für Europa zuständige Beraterin von Präsident Obama im Nationalen Sicherheitsrat, Elizabeth Sherwood-Randall, würdigten die Bemühungen Liechtensteins in Sachen Transparenz des Finanzplatzes und damit zusammenhängend die Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten. Ein Arbeitsfrühstück zum Thema US-Wahlen sowie der Vortrag an der Rechtsfakultät der American University über das liechtensteinische UNO-Engagement rundeten das Washington-Programm ab. Auf den anschliessenden Besuch in Atlanta wurde bereits eingegangen.

Wilfried Hoop nahm anfangs Juli an einer von der US-Protokollchefin organisierten Konferenz der Protokollchefs teil.
Eine Delegation der FMA nahm in der zweiten Oktoberwoche an der Jahrestagung der Internationalen Vereinigung der Versicherungsüberwachungsbehörden teil. Aus diesem Anlass fand ein Abendessen in der Residenz statt, zu welchem nebst der FMA-Delegation Vertreter ausländischer Aufsichtsbehörden eingeladen waren.

Anlässlich der Teilnahme von Oberrichter Dr. Lothar Hagen, Landrichter Jürgen Nagel und Landrichter Dr. Dieter Santner an der Jahrestagung einer internationalen Richtervereinigung in Washington fand am 12. November ein Abendessen in der Residenz statt.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der liechtensteinischen Botschaft in Wien ist es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im vergangenen Jahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen, sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene, statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen zählten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein, die Imagepflege sowie

die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsbürger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien.

Beziehungen Liechtenstein – Österreich

Die ausgezeichneten und vielfältigen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich wurden, wie in den vergangenen Jahren, im Berichtsjahr 2012 durch zahlreiche Treffen auf höchster Ebene sowohl in Liechtenstein als auch in Österreich gepflegt. Als wichtiges bilaterales Vorhaben wurden die Verhandlungen über den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens weiter verfolgt.

Am 30. Mai hielt S.D. Fürst Hans-Adam II. auf Einladung des Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Aussenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN), Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, im Rahmen des «International Club» der ÖGAVN einen Vortrag zum Thema «Der Staat im dritten Jahrtausend».

Auf Einladung der Serviceplan Gruppe Austria referierte Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher am 18. Januar beim Unternehmerdialog im Haus der Kommunikation in Wien. Am 19. Januar traf sich Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher mit Dr. Reinhold Mitterlehner, Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend, zu einem Arbeitsgespräch zum Thema Identitäts- und Markenprozess in Liechtenstein. Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher besuchte Wien ein weiteres Mal vom 16. bis 19. Februar. Neben einem Hintergrundgespräch zur liechtensteinischen Finanzpolitik mit dem Präsidenten der Österreichischen Nationalbank, Dr. Claus J. Raidl, und Vertretern der Wirtschaft fanden diverse Mediengespräche statt. Der niederösterreichische Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll besuchte am 27. Februar auf Einladung von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher Liechtenstein. Im Mittelpunkt des Treffens standen Fragen der regionalen und europäischen Zusammenarbeit. Der niederösterreichische Landeshauptmann war im Rahmen seines Liechtensteinbesuches auch zu einem Gespräch mit S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz eingeladen. Am 10. Mai referierte Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher bei der Generalversammlung der Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein in Wien über den Nation-Branding Prozess in Liechtenstein. Dieser Besuch umfasste zudem ein Treffen mit Dr. Karl Stoss, dem Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees und Generaldirektor der Casinos AG, zum Thema Olympisches Festival der Europäischen Jugend 2015 (EYOF) in Vorarlberg und Liechtenstein. Des Weiteren referierte Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher anlässlich eines Wien-Aufenthaltes vom 27. bis 28. Juni an einer Veranstaltung des Liechtensteinischen Bankenverbandes und traf sich mit Vertretern der Wirtschaft zu einem Hintergrundgespräch. Am 17. Juli hielt Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher am jährlichen Empfang der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft (ÖLI) eine Rede. Im Beisein von Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher fand am 26. August das traditionell von Liechtenstein gegebene Mittagessen anlässlich der Politischen Gespräche des Europäischen Forums Alpbach statt. Am 7. September besuchte Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher auf Einladung von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll Niederösterreich. Dabei stand die Rolle starker Regionen in Europa im Gesprächsmittelpunkt. Am 12. Oktober nahm Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher an der Konferenz zur Alpenstrategie in Innsbruck teil und führte ein Arbeitsgespräch mit Univ.Prof DDr. Tilman D. Märk, dem Rektor der Universität Innsbruck, und der Vizerektorin für Forschung, Univ.Prof. Dr. Sabine Schindler. Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher nahm am 4. Dezember an der von der Handelskammer Schweiz-Österreich-Liechtenstein organisierten «Top Speakers Lounge» in Wien teil und führte Mediengespräche.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer nahm am 24. Januar als Keynote Speaker am Vienna Congress com.sult teil. Zudem fand ein Treffen mit dem israelischen Aussenminister Avigdor Lieberman statt, bei welchem der Friedensprozess im Nahen Osten und die wirtschaftliche Kooperation der beiden Länder im Zentrum standen. Auf Einladung der Universität Innsbruck hielt Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer am 13. März an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Innsbruck einen Gastvortrag über den Wirtschaftsstandort Liechtenstein, und traf sich darüber hinaus mit dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter zu einem Arbeitsgespräch zu den Themen Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer kam im Zuge seiner Teilnahme am Lech Energy Forum Ende März unter anderem mit dem österreichischen Bundeswirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und EU-Kommissar Günther Öttinger zusammen. Am 9. November referierte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer am Infrastruktursymposium «Future Business Austria» in Wien über den Wirtschaftsstandort Liechtenstein.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick lud die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Dr. Claudia Schmied, am 11. Januar zu einem Arbeitsgespräch nach Vaduz. Dabei stand der grenzüberschreitende Kulturaustausch im Vordergrund. Am 20. Februar trafen sich Justizministerin Dr. Beatrix Karl und Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick zu einem Arbeitsgespräch zu Themen aus dem Bereich des Familien- und Kindschaftsrechts in Vaduz. Das Treffen der deutschsprachigen Aussenminister fand erstmals mit den Aussenministern aus Österreich, der Schweiz, Deutschland und Liechtenstein am 22. August in Vaduz statt. Neben einem Arbeitstreffen mit Dr. Beatrix Karl, Bundesministerin für Justiz, nahm Dr. Aurelia Frick am 10. September am Empfang der liechtensteinischen Botschaft in Wien im Gartenpalais Liechtenstein teil.

Am 15. März verlieh Regierungsrat Hugo Quaderer in Vaduz den Liechtenstein-Preis für wissenschaftliche Forschung an der Leopold-Franzens-Universität Inns-

bruck und an der Medizinischen Universität Innsbruck an Heinz Zoller von der Universitätsklinik Innsbruck, an Nicole Ehlotzky vom Institut für Europarecht und Völkerrecht sowie an Stefan Mayr vom Institut für Botanik. Am 4. Juni fand das Treffen der deutschsprachigen Innenminister in Vaduz statt, bei welchem der Austausch über die länderübergreifenden Schwerpunkthemen Cybersicherheit und Schengenkooperation im Gesprächsmittelpunkt standen. Am 1. Juni absolvierte Regierungsrat Hugo Quaderer ein Treffen mit Dr. Karlheinz Töchterle, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, in Wien. Themen des Treffens waren unter anderem der Zugang für liechtensteinische Studierende zum Medizinstudium in Österreich sowie aktuelle Tendenzen der Forschungsförderung. Im Rahmen dieses Besuches fand auch ein Empfang mit Regierungsrat Hugo Quaderer und liechtensteinischen Studentinnen und Studenten an der Botschaft in Wien statt.

Am 18. Juni fand das Treffen der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein (IKRA) unter Teilnahme von Regierungsrätin Dr. Renate Müssner in Liechtenstein statt. Regierungsrätin Dr. Renate Müssner reiste am 19. September anlässlich der UNECE-Ministerkonferenz zum Thema «Eine Gesellschaft für alle Lebensalter» nach Wien.

Das jährliche Treffen der liechtensteinischen Regierung mit der Vorarlberger Regierung fand am 28. Februar in Tschagguns im Montafon statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem das Olympische Festival der Europäischen Jugend 2015 (EYOF), die Grenzkontrolle und Polizeikooperation im Bereich Schaanwald-Tisis sowie die Zusammenarbeit im Gesundheits- und Kulturbereich.

Am 12. Juli trafen sich Botschafter Dr. Martin Frick, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, und Generalsekretär Dr. Johannes Kyrle zu einem Politischen Dialog in Wien, welcher regelmässig zwischen den beiden Aussenministerien geführt wird. Themen des Politischen Dialoges waren unter anderem die Finanzplätze Liechtenstein und Österreich, die Alpenstrategie sowie die aktuelle Lage in der EU. Am 18. Juli kamen Botschafter MMag. Dr. Arthur Winkler-Hermaden, Sektionschefin Mag. Andrea Ecker vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) und Botschafter Dr. Martin Eichtinger zu einem Kulturgespräch mit Thomas Büchel, Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen, und Botschafter Dr. Martin Frick, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, in Vaduz zusammen. Liechtenstein war vom 19. bis 21. September an der Justizministerkonferenz des Europarates durch Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Herrn Landrichter Carlo Ranzoni sowie das Ressort Justiz vertreten.

Kultur

In den Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich ist die kulturelle Zusammenarbeit sehr eng. Im Rahmen des Artist in Residence-Projektes zwischen Österreich und Liechtenstein verbrachte der österreichische Autor Niels Jensen drei Monate in Liechtenstein. Die Initiative «STELLA – Darstellender.Kunst.Preis für junges Publikum» ist eine im Jahr 2007 ins Leben gerufene Initiative der ASSITEJ Austria, dem Dachverband der österreichischen Theater- und Tanzszene für junges Publikum. Im Berichtsjahr wurde das STELLA-Projekt erstmals mit Beteiligung Liechtensteins ausgerichtet. Das TAK wurde für seine Arbeit im Bereich Jugend- und Kindertheater mit dem STELLA-Jurypreis der internationalen Jury ausgezeichnet.

Liechtensteinische Botschaft in Tschechien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Tschechischen Republik am 8. September 2009 und der Akkreditierung der bilateralen, nicht-residierenden Botschafter am 13. Januar 2011 (Botschafter Boris Lazar mit Sitz in Bern) und am 11. April 2011 (Botschafterin Maria-Pia Kothbauer mit Sitz in Wien) wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern auf allen Ebenen weiter vertieft. Der Historikerkommission, die am 7. April 2010 zwischen den beiden Ländern eingesetzt wurde, kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Beziehungen Liechtenstein – Tschechien

Während des Jahres 2012 fanden zahlreiche Besuche auf hoher Ebene statt. Der kulturellen Zusammenarbeit kam ein wichtiger Stellenwert zu.

I.I.D.D. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie reisten am 31. März auf Einladung des südmährischen Landeshauptmannes Dr. Michal Hašek zur Vernissage «The Prince – Hans Adam I, His Life and Work» auf Schloss Nikolsburg/Mikulov. Am 1. Juni nahm S.D. Prinz Constantin an der Eröffnung der Ausstellung über eine Vorfahrin der Fürstlichen Familie mit dem Titel «Duchess de Savoy – A Great Godmother of Cernokostelecko Area» in Schwarzkosteletz teil.

Botschafterin Maria-Pia Kothbauer führte im Berichtsjahr die Antrittsbesuche in Tschechien fort. Am 9. Januar nahm sie am Neujahrsempfang des tschechischen Aussenministers Karel Schwarzenberg in Prag teil. Am 12. Januar war Botschafterin Maria-Pia Kothbauer auf Einladung des südmährischen Landeshauptmanns, Dr. Michal Hašek, an der Landeshauptleutekonferenz in Brünn und hielt einen Vortrag über die liechtensteinisch-tschechischen Beziehungen. Am 28. Oktober nahm Botschafterin Maria-Pia Kothbauer am Empfang für das Di-

plomatische Corps von S.E. Staatspräsident Václav Klaus teil.

Am 1. Oktober fand in Prag die Eröffnungskonferenz der EEA and Norway Grants in Prag statt. Liechtenstein war mit einem Beitrag von Botschafterin Maria-Pia Kothbauer sowie mit einer Präsentation der Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) von Frau Marion Kindle-Kühnis vertreten.

Der tschechische Generalstaatsanwalt, Pavel Zeman, reiste am 29. März für ein Treffen mit dem liechtensteinischen Staatsanwalt Dr. Robert Wallner nach Liechtenstein. Thema des Treffens war die justizielle Zusammenarbeit Liechtensteins und Tschechiens. Staatsanwalt Dr. Robert Wallner stattete Generalstaatsanwalt Pavel Zeman am 15. Juni einen Gegenbesuch in Tschechien ab. Eine südmährische Delegation des Brünner Landtages reiste anlässlich des liechtensteinischen Staatsfeiertages nach Liechtenstein und nahm am offiziellen Festakt auf der Schlosswiese teil.

Beim Politischen Dialog, welcher in der Erklärung vom 8. September 2009 zwischen den Aussenministerien Liechtensteins und Tschechiens vereinbart worden war und erstmals am 25. Mai 2012 zwischen Botschafter Jaroslav Kurfürst, Generaldirektor der Europaabteilung im tschechischen Aussenministerium, und Botschafter Dr. Martin Frick, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, in Vaduz stattfand, wurde bei der Evaluierung der Beziehungen seit 2009 von beiden Seiten die beachtliche Bandbreite an Aktivitäten gewürdigt. Zudem wurden folgende Themen behandelt: im Bereich bilaterale Beziehungen die kulturelle und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Kooperation im Steuerbereich sowie die Liechtensteinisch-Tschechische Historikerkommission, darüber hinaus die Bereiche europäische Integration und multilaterale Kooperationen.

Auf Einladung der Stiftung Fürst Liechtenstein (SFL) besuchten tschechische Journalisten vom 30. bis 31. August die Betriebe der Stiftung in Wien und Niederösterreich und erhielten ein Briefing über die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien von Seiten der liechtensteinischen Botschaft in Wien.

Kultur

Am 15. November nahm Botschafterin Maria-Pia Kothbauer an der Konferenz des Vereins «Auf den Spuren der Liechtensteiner» mit dem Titel «Die Bestrebungen des Fürstenhauses Liechtensteins zur Gründung und zum Erhalt des eigenen Staates» in Feldsberg/Valtice in Tschechien teil.

Das 17. Prager Theaterfestival deutscher Sprache fand vom 2. bis 11. November statt. Liechtenstein präsentierte sich beim Theaterfestival am 7. November mit dem Stück «Das Erbgut» (Regie von Sebastian Frommelt). Im Anschluss an die ausverkaufte Aufführung gab die liechtensteinische Botschaft in Prag mit Sitz in Wien einen Empfang für die 300 Theaterbesucher.

Am 22. Oktober stattete eine Delegation aus Troppau unter der Leitung des Oberbürgermeisters, Prof. Dr. Zdenìk Jirásek, der liechtensteinischen Botschaft in Wien einen Besuch ab. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die kulturelle Zusammenarbeit.

Historikerkommission

Eine zentrale Rolle bei der Vertiefung der Beziehungen beider Länder kommt der Liechtensteinisch-Tschechischen Historikerkommission zu. Die Liechtensteinisch-Tschechische Historikerkommission wurde im Rahmen der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen (8. September 2009) im Jahr 2010 ins Leben gerufen. Im Jahr 2012 fanden drei Workshops der Historikerkommission statt.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: Botschafter Kurt Jäger

Die politischen Ereignisse in der EU im Jahr 2012 waren erneut dominiert von der Finanzkrise und den sich zuspitzenden Staatshaushaltsproblemen in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Hinzu trat im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung der allgemeinen Konjunktur und der mittelfristigen Aussichten für die Realwirtschaft.

Im EWR waren die Entwicklungen geprägt von einem beginnenden Abbau der Rückstände bei der Überführung von EU-Rechtsakten in das EWR-Abkommen mittels Verbesserung der administrativen Verfahren im EFTA-Sekretariat sowie in den nationalen Verwaltungen der EWR/EFTA-Staaten, samt besserer Bearbeitung des sogenannten EU-Pipeline-Acquis. Die erzielten Resultate vermochten den Erwartungen der EU jedoch nicht zu genügen. Vor allem bei den ausstehenden parlamentarischen Übernahmeverfahren war so gut wie kein Fortschritt zu verzeichnen. Darüber hinaus ist eine weitere Verschlechterung des Trends in Norwegen zu verzeichnen, wonach die Übernahme bestimmter EU-Erlasse, die dort innenpolitisch umstritten sind, verzögert oder gar blockiert wird. Die EU bekundete mehrfach ihren Unmut über das damit verbundene Auseinanderklaffen des Rechtsbestandes zwischen dem Binnenmarkt in der EU und im EWR, was die Homogenität gefährde und früher oder später zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Marktteilnehmern im Binnenmarkt führe. Der EU-Rat wurde von der Europäischen Kommission mit der Frage befasst, ob die EU von ihrem Recht gebraucht machen solle, eine Suspendierung betroffener Kapitel des EWR-Abkommens vorzunehmen, wie dies für Fälle von übermässigen Verzögerungen bei der Übernahme neuen EU-Rechts in den EWR vorgesehen ist. Die für Ende 2012 angekündigte, neuerliche Bewertung des EWR-Abkommens durch den EU-Rat, einschliesslich einer Einschätzung zur Notwendigkeit künftiger Anpassungen des Abkommens, konnte

wider Erwarten nicht abgeschlossen werden und soll stattdessen im Frühjahr 2013 erfolgen.

In seinen Schlussfolgerungen zu den Beziehungen zu den EFTA-Staaten per Ende 2012 nimmt der EU-Rat hingegen eine sehr positive Bewertung des Verhältnisses zu Liechtenstein vor. Anerkennung schenkt er Liechtenstein dafür, dass es trotz seiner Kleinheit dank politischer Entschlossenheit und bedeutendem Verwaltungsaufwand ein erfolgreiches EWR-Mitglied geworden sei. Mit Befriedigung wird zur Kenntnis genommen, dass im Zeitraum von 2010 bis 2012 die Beziehungen zwischen der EU und Liechtenstein in einigen Bereichen weiter ausgebaut und verstärkt wurden. Insbesondere begrüsst der Rat den Beitritt Liechtensteins in den Schengen-Raum und dessen Assoziierung mit dem Rechtsbestand (Acquis) des Dubliner Abkommens im Dezember 2011.

Im Bereich der Steuerkooperation zwischen Liechtenstein und der EU waren im Berichtsjahr weiterhin keine wesentlichen Entwicklungen zu verzeichnen. Das Betrugsbekämpfungsabkommen mit der EU ist immer noch im EU-Rat blockiert, genauso wie die Erteilung eines Mandats an die Europäische Kommission für Verhandlungen über ein erweitertes Zinsertragsbesteuerungsabkommen der EU mit allen bisherigen Dritt-Vertragsstaaten einschliesslich Liechtensteins.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Rechtsübernahmeprozess im EWR

Im Jahr 2012 wurden vom Ständigen Ausschuss der EFTA und vom Gemeinsamen Ausschuss des EWR insgesamt 233 Beschlüsse zur Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR gefasst. Damit wurden 486 neue EU-Rechtsakte in den EWR übernommen (im Vergleich zu 347 im Vorjahr).

Die EWR/EFTA-Staaten haben im Berichtsjahr ihre Bemühungen intensiviert, um die Zahl der im Gemeinsamen EWR-Ausschuss jeweils zur Annahme vorgelegten EU-Rechtsakte zu erhöhen und damit den sogenannten Überhang (Backlog) zu reduzieren. Gleichzeitig musste festgestellt werden, dass die Übernahme zahlreicher, zum Teil auch wichtiger EU-Rechtsakte in den EWR weiterhin durch den Widerstand Norwegens blockiert bleibt, was Spannungen mit der EU ausgelöst hat. Besonders zu erwähnen sind hierbei die revidierte EU-Richtlinie über Banken-Einlagesicherungssysteme[1], die revidierte EU-Richtlinie über Postdienste[2] und die Richtlinie über die Datenvorratsspeicherung[3]. Der Überhang an Rechtsakten, die einer Übernahme in den EWR harren, belief sich zum Jahresende auf knapp 500 Erlasse im Vergleich zu 544 Erlassen im Dezember des Vorjahres. Damit konnte zwar eine gewisse Verbesserung erzielt werden, der Backlog bleibt aber weiterhin signifikant und ist für die EU in diesem Ausmass nicht hinnehmbar. Aus diesem Grund erfolgte auch eine Überprüfung des EFTA-seitigen Übernahmeverfahrens, was zur Ausarbeitung von klareren und strafferen Regeln innerhalb des EFTA-Pfeilers führte. Diese beinhalten neu genauer umschriebene Aufgaben und Fristen sowohl für die nationalen Verwaltungen, die mit der Übernahme von EWR-Recht betraut sind, als auch für das EFTA-Sekretariat selbst. Viele der Neuregelungen gehen direkt auf Anträge von Liechtenstein zurück.

Besonders erwähnenswert ist, dass die Europäische Kommission in einem im Dezember erschienenen Arbeitspapier zuhanden des EU-Rates empfahl zu prüfen, ob nicht, nachdem es seit mehr als einem Jahr vor allem wegen des Widerstands von Norwegen keine Fortschritte bei den Gesprächen mit den EWR/EFTA-Staaten bezüglich der Übernahme mehrerer EU-Rechtsakte in den EWR gegeben habe, das Verfahren gemäss Artikel 102 des EWR-Abkommens zur Suspendierung der betroffenen Rechtsbereiche im EWR ausgelöst werden sollte. Eine ähnliche Drohung bezog sich auch auf EU-Rechtsakte, deren Übernahme in den EWR zwar schon beschlossen worden war, doch bei denen das Inkrafttreten des entsprechenden Beschlusses von einer verfassungsrechtlich erforderlichen parlamentarischen Zustimmung in einem oder mehreren EWR/EFTA-Staaten abhängig gemacht worden war. Für die Aufhebung solcher Vorbehalte sieht das EWR-Abkommen eine Frist von sechs Monaten vor. Diese Frist war Ende des Jahres bei 16 Rechtsakten bereits abgelaufen und in einigen Fällen sogar schon seit mehreren Jahren. Auch in solchen Fällen kann gestützt auf Artikel 103 des EWR-Abkommens ein Verfahren zur Suspendierung der betroffenen Rechtsbereiche ausgelöst werden. Seitens Liechtensteins ist zu keinem dieser 16 Rechtsakte die parlamentarische Zustimmung ausstehend.

Liechtenstein ermahnte die EWR/EFTA-Partner-

[1] Richtlinie 2009/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Änderung der Richtlinie 94/19/EG über Einla-gensicherungssysteme im Hinblick auf die Deckungssumme und die Auszahlungsfrist

[2] Richtlinie 2008/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008 zur Änderung der Richtlinie 97/67/EG im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft

[3] Richtlinie 2006/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verar-beitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG, Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verar-beitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG

staaten mehrmals, die Bemühungen zu verstärken und zu beschleunigen, um eine zügige Übernahme von EU-Rechtsakten sicherzustellen. Der Wunsch nach einer möglichst baldigen Übermittlung konstruktiver Vorschläge der EWR/EFTA-Staaten an die EU zur Freigabe aufgeschobener Rechtsübernahmen, insbesondere im Bereich der Regeln über die neue europäische Finanzmarktaufsichtsstruktur, wurde von Liechtenstein auch am EFTA-Ministertreffen vom 28. Juni in Gstaad, im EWR-Rat vom 26. November sowie in diversen bilateralen Treffen mit Norwegen und Island zum Ausdruck gebracht. Am 5. Oktober gab die EU-Kommission eine abschlägige Antwort zu einem ersten Vorschlag der EWR/EFTA-Staaten zur Übernahme der Vorschriften über die drei neuen EU-Finanzmarktaufsichtsbehörden (ESAs). Der Vorschlag sah auf Wunsch Norwegens und Islands vor, dass die ESAs im Verhältnis zu den EWR/EFTA-Staaten lediglich «nicht-bindende» Entscheidungen erlassen könnten und bei Konflikten der Streitbeilegungsmechanismus des EWR-Abkommens zur Anwendung kommen sollte. Mit besonderem Nachdruck musste sich Liechtenstein zudem bei den EWR/EFTA-Partnern dafür einsetzen, dass sie ihre Verweigerung einer vorgezogenen, raschen Übernahme der Richtlinie über die Verwalter von Alternativen Investmentfonds (AIFM)[4] in den EWR aufgaben. Nachdem während Monaten die Arbeiten zur Übernahme von EU-Rechtsakten betreffend die neuen EU-Finanzaufsichtsbehörden wegen verfassungsrechtlicher Vorbehalte Norwegens und Islands gegen eine Unterstellung unter die Zuständigkeit dieser Behörden blockiert waren, einigten sich die EWR/EFTA-Staaten schliesslich Ende des Berichtsjahres darauf, zwischenzeitlich zumindest die Übernahme der AIFM-Richtlinie in den EWR vorzuziehen. Erst kurz vor Weihnachten verständigte sich die EWR/EFTA-Seite schliesslich auf einen neuen, von Liechtenstein ausgearbeiteten Vorschlag, der den Bedenken der Europäischen Kommission Rechnung tragen soll. Von einer zügigen Übernahme der AIFM-Richtlinie in das EWR-Abkommen wären handfeste Vorteile für Liechtenstein zu erwarten, da damit erreicht werden kann, dass sich entsprechende Vermögensverwalter in Liechtenstein zeitgleich mit jenen aus den EU-Mitgliedsstaaten ohne Einschränkungen im Binnenmarkt betätigen können. Der nun eingereichte neue Vorschlag sieht vor, dass zwar den Entscheidungen der für AIFM-Angelegenheiten zuständigen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA bei Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden nur Empfehlungscharakter zukomme, damit den verfassungsrechtlichen Einwänden Norwegens und Islands Rechnung getragen werden kann, dass aber bei Nichtbefolgung einer Entscheidung der ESMA in einem konkreten Fall durch die Behörde(n) eines EWR/EFTA-Staates die EU die Anerkennung der Konformität der Rechtsordnung eines solchen Staates mit der AIFM-Richtlinie verweigern und somit dem bzw. den fehlbaren Fondsmanager(n) eines solchen Staates den EU-Pass suspendieren könnte. Auf Betreiben Liechtensteins wurde ein zusätzliches Rechtsinstrument in den Vorschlag aufgenommen, wonach ein einzelner EWR/EFTA-Staat sich auch allein und vorbehaltslos der AIFM-Richtlinie und somit auch der Jurisdiktion der ESMA zu unterwerfen könnte (Opt-In-Klausel). Mit so einer Klausel könnte sich Liechtenstein die volle Integration in den EU-Finanzmarkt sichern, ohne auf ein Mitziehen der anderen EWR/EFTA-Staaten angewiesen zu sein. Für Liechtenstein sind die verfassungsrechtlichen Schranken mit Bezug auf die Anerkennung der supranationalen Entscheidungskompetenzen der europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden nicht unüberwindbar, solange sich diese Kompetenzen auf einen EU-Rechtsakt stützen, dessen Übernahme in den EWR ordnungsgemäss im innerstaatlichen Gesetzgebungsverfahren durch den Landtag genehmigt wurde, und solange Liechtenstein angemessen in die entsprechenden EU-Aufsichtsbehörden eingebunden werden kann (Mitwirkungsrechte).

EWR-Rat

An der EWR-Ratssitzung vom 14. Mai, an der Liechtenstein durch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Martin Meyer vertreten war, stand neben den aktuellen Entwicklungen im Rahmen des EWR-Abkommens abermals die Bewältigung der andauernden Finanzkrise im Mittelpunkt der Beratungen. Seitens Liechtensteins wurde die volle Unterstützung Liechtensteins für den EWR und dessen reibungsloses Funktionieren bekräftigt. Die Partner im EWR zeigten sich weitgehend befriedigt mit dem Zwischenergebnis der seit dem letzten Treffen im November 2011 vorgenommenen Überprüfung der bestehenden Verfahren für die Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR. Mit Bedauern wurde allerdings die nach wie vor ungelöste Frage der Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in das System der seit Anfang 2011 operierenden Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden festgestellt. Liechtenstein drängte zum wiederholten Mal auf eine rasche Übernahme der entsprechenden Rechtsakte in den EWR. Die Orientierungsdebatte stand ein weiteres Mal im Zeichen der andauernden Finanzkrise und befasste sich mit dem Thema Wachstumsstrategien für Europa. Im Vordergrund stand dabei die rasche Umsetzung der auch für den EWR relevanten «Strategie Europa 2020» sowie der sogenannten Binnenmarktakte der Europäischen Kommission. Mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa informierte Liechtenstein über die positiven Erfahrungen mit seinem dualen Bildungssystem.

Am EWR-Rat vom 26. November war Liechtenstein durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Im Mittelpunkt standen diesmal, neben den aktuellen Entwicklungen im EWR, das Verhältnis zu den Nachbar-

[1] Richtlinie 2009/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 zur Änderung der Richtlinie 94/19/EG über Einla-gensicherungssysteme im Hinblick auf die Deckungssumme und die Auszahlungsfrist

staaten des EWR-Raums sowie der regelmässige politische Dialog mit der EU zu weiteren aktuellen Themen der Aussenpolitik. Besonderes Augenmerk wurde erneut dem Rückstand bzw. den Verzögerungen bei der Übernahme von EU-Rechtsakten in den EWR geschenkt. Die EWR/EFTA-Staaten betonten die zuletzt erzielten Fortschritte im Rahmen der Überprüfung des Übernahmeverfahrens. Die EU-Seite wies auf die Notwendigkeit hin, die Bemühungen zur Reduzierung des Übernahmerückstandes weiter zu intensivieren. Liechtenstein bekräftigte die Bereitschaft, das Seinige dazu beizutragen, dass keine unnötigen Verzögerungen bei der Übernahme neuen Rechts in den EWR auftreten. Indirekt kritisierte die EU die seit einiger Zeit von Norwegen und Island vollzogene Praxisänderung, wonach auffallend häufiger als früher «Verfassungsprobleme» ins Feld geführt werden, wenn neue EU-Rechtsakte in den EWR überführt werden sollen (Beispiele: Rechtsakte mit strafrechtlichen Sanktionen, Emissionshandelsregister, EU-Finanzmarktaufsichtsbehörden, AIFM-Richtlinie, sämtliche Rechtsakte im Zusammenhang mit Bussgeldern, die von der EFTA-Überwachungsbehörde verhängt werden können, wie z.B. im Bereich Zivilluftfahrt oder bei der Medikamentenaufsicht). Island macht darüber hinaus auch vermehrt geltend, dass die «Zwei-Pfeiler-Struktur» im EWR beachtet werden müsse, wenn es um neue hoheitliche Aufgaben geht, die auf übergeordneter Ebene (supranational) angesiedelt werden sollen. Dieser Forderung zu entsprechen, stellt aber vor allem in jenen Bereichen ein Problem dar, in denen eine Aufteilung von Kompetenzen auf die zwei Pfeiler im EWR (EU-Pfeiler einerseits und EFTA-Pfeiler andererseits) unzweckmässig oder aus praktischen Überlegungen unmöglich erscheint.

Leider noch immer nicht gelöst werden konnte die Frage der Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in das System der bereits seit Anfang 2011 tätigen Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden, da sowohl in Norwegen als auch in Island verfassungsrechtliche Vorbehalte gegenüber den Entscheidungsbefugnissen dieser Behörden bestehen. Liechtenstein betonte diesbezüglich im EWR-Rat einmal mehr die Bedeutung der Gewährleistung von Homogenität im Finanzdienstleistungsbereich und rief seine Gegenüber auf, baldmöglichst zu einer Lösung in dieser Frage zu kommen. Dies gelte insbesondere für die schnellstmögliche Übernahme der AIFM-Richtlinie in den EWR und zwar noch bevor eine Lösung zur künftigen Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in die neuen EU-Finanzaufsichtsbehörden gefunden werde.

Des Weiteren verwies Liechtenstein im Zusammenhang mit dem geplanten Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 der EU auf den zu erwartenden deutlichen Anstieg der Kosten für die EWR/EFTA-Staaten für ihre Beteiligung an EU-Programmen. Liechtenstein müsse sich angesichts der nationalen Sparmassnahmen Gedanken über eine künftig möglicherweise selektivere Beteiligung an diesen Programmen machen.

Im Zuge einer Debatte über den Handel und die ordnungspolitische Zusammenarbeit mit den EWR-Nachbarstaaten wurde auch die künftige Ausgestaltung der Beziehungen der EU zu den sogenannten «AMS-Staaten» (Andorra, Monaco und San Marino) und die Frage eines möglichen EWR-Beitritts dieser Staaten erörtert. Während Norwegen und Island sich bezüglich einer EWR-Mitgliedschaft der AMS-Staaten skeptisch bis klar ablehnend zeigten, wies Liechtenstein im EWR-Rat erstmals offiziell darauf hin, dass es einer Erweiterung des EWR grundsätzlich offen gegenüberstehe, dies allerdings unter der Bedingung, dass dies nicht zu einer Schwächung der Funktionsweise und Stabilität des EWR führt. Im Zuge dieser Diskussion brachte Liechtenstein auch zum Ausdruck, dass eine Mitgliedschaft in der EFTA keine absolut zwingende Voraussetzung für einen EWR-Beitritt sein müsse. Diese Position unterschied sich klar von den diesbezüglichen Äusserungen der anderen EWR/EFTA-Staaten, die einen Beitritt zur EFTA als notwendige Voraussetzung für eine EWR-Mitgliedschaft bezeichneten.

Den EWR/EFTA-Staaten werden im Rahmen des politischen Dialogs mit der EU jeweils auch sämtliche aussenpolitischen Stellungnahmen der EU, einschliesslich der Beschlüsse über den Erlass von Sanktionen, mit der Einladung übermittelt, sich diesen Positionen anzuschliessen. Im Berichtsjahr assoziierte sich Liechtenstein in insgesamt 69 Fällen mit den Positionen der EU.

Arbeiten im EFTA-Überwachungs- und Gerichtsausschuss

An der Sitzung des EFTA-Überwachungs- und Gerichtsausschusses (ESA/Court Committee, ECC) vom 7. Dezember wurden kleinere Änderungen der Financial Regulations der beiden EWR/EFTA-Institutionen sowie das jeweilige Budget für das Jahr 2013 genehmigt. Das Budget der ESA für 2013 sieht einen Gesamtbetrag von EUR 12'722'756, d.h. eine Steigerung zum Vorjahr um 2.76% vor, was einem realen Nullwachstum entspricht. Von Seiten des EFTA-Gerichtshofes war im Berichtsjahr von einer gesteigerten Anzahl der Fälle und 16 erlassenen Urteilen zu berichten, was budgetäre Auswirkungen nach sich zog. Das Budget des Gerichtshofes für 2013 wurde mit EUR 4'207'200 veranschlagt, was einer Steigerung von 6.9% entspricht. Die Steigerung ist weitestgehend auf Veränderungen in der Zusammensetzung der Belegschaft und damit verbundene höhere Familien- und Ausbildungszulagen zurückzuführen. Der Gerichtshof kündigte an, dass bei einer weiteren Zunahme der Arbeitsbelastung des Gerichts künftige Budgeterhöhungen nicht auszuschliessen seien.

Nachdem im Vorfeld der Sitzung darüber diskutiert worden war, eine eingehende Prüfung der Reformvorschläge des EFTA-Gerichtshofs (Generalanwalt, Ad-hoc-Richter sowie Prüfungsgremium zur Richterkandidatenauswahl) vorzunehmen, zog der Gerichtshof diese Vorschläge im Rahmen der Sitzung zurück. Er begründete dies damit, dass es für eine Weiterverfolgung dieser Vorschläge im Moment nicht opportun sei. Sowohl auf

EWR/EFTA- als auch auf EU-Seite befinde sich Vieles in Bewegung, und der Ausgang dieser Entwicklungen sei noch unklar. Betont wurde für den Fall einer späteren Weiterverfolgung der Reformideen die Notwendigkeit, sich mit allen drei Reformthemen (d.h. auch mit dem Vorschlag betreffend Generalanwalt) zu befassen.

Im Kontext kleinerer Änderungen der Staff Rules der ESA, die mit einer Angleichung der Regeln der EWR/EFTA-Institutionen an jene des EFTA-Sekretariats zusammenhängen, warf Liechtenstein die Frage auf, ob die EFTA-Überwachungsbehörde und der EFTA-Gerichtshof bereit seien, mit Bezug auf die Umsetzung von Lohnempfehlungen der koordinierten Organisationen, die für das EFTA-Sekretariat in Genf seit einiger Zeit auf eine negative Anpassung der Gehälter hätten hinauslaufen sollen und bei neuen Anstellungsverträgen nun auch zu Gehaltskürzungen führen können, eine ähnliche Praxisänderung zu vollziehen, um bei negativer Inflationsentwicklung auch eine Gehaltsreduktion zu ermöglichen. Die Anstellungsregeln der drei EFTA-Institutionen sind grundsätzlich aufgrund einer EFTA-Ministerratsentscheidung aus dem Jahr 1992 einheitlich zu gestalten. Die ESA weigerte sich allerdings, auf diese Frage einzutreten, mit dem Hinweis, dass Anweisungen der EFTA-Staaten, die sich auf das EFTA-Sekretariat bezögen, sie nicht tangierten. Der Gerichtshof sah grundsätzlich kein Problem, der neuen Praxis zu folgen, sobald hierzu konkret Veranlassung bestände.

Schliesslich wurde eine Änderung der Verfahrensregeln des EFTA-Gerichtshofes zur Kenntnis genommen, die notwendig geworden war, um einer Zunahme des Umfanges der schriftlichen Eingaben entgegenzuwirken. Diese müssen künftig auf einen vertretbaren Umfang reduziert werden, um die Effizienz des Gerichtshofes nicht zu gefährden. Bei mündlichem Vorbringen ist die Redezeit aus ähnlichen Gründen ebenfalls begrenzt.

Bewertungen des EWR und künftige Entwicklungen

Zu Beginn des Jahres wurden die Ergebnisse einer umfangreichen Untersuchung einer norwegischen Expertengruppe zum EWR-Abkommen als Bericht zuhanden der norwegischen Regierung veröffentlicht. Entgegen einigen Passagen in den speziellen Kapiteln, die zum Teil Kritikpunkte mit Bezug auf das Abkommen und die Institutionen des EWR enthalten, stimmen die Ausführungen in den Schlussfolgerung einschliesslich jener zu den Optionen für eine Weiterentwicklung des EWR weitestgehend mit dem überein, was gängiger Weise vertreten wird. Es wird in den Schlussfolgerungen auch nahegelegt, Überlegungen anzustellen, inwieweit eine Ausdehnung der Anwendung des EWR auf Bereiche, die bisher (nur) bilateral mit der EU geregelt wurden oder in Zukunft geregelt werden sollen, sinnvoll oder wünschenswert wäre. Die allermeisten Schlussfolgerungen scheinen zudem auch auf Liechtenstein übertragbar zu sein. Am 12. Oktober erschien dann das angekündigte Weissbuch der norwegischen Regierung zum EWR und zu den anderen Verträgen Norwegens mit der EU. Es handelt sich dabei um eine politische Stellungnahme der Regierung zuhanden des norwegischen Parlaments zu den Empfehlungen des Berichts der norwegischen Expertengruppe. Ergänzend äusserte sich der norwegische Aussenminister in einer eigenen Mitteilung zum Inhalt des Weissbuches. Die Abkommen, die Norwegen mit der EU verbinden würden, bildeten die Grundlage für Norwegens Europapolitik, eine Politik, die bestimmt sei durch klare politische Prioritäten und gesundes Management. Das EWR-Abkommen sichere Gleichbehandlung und Vorhersehbarkeit für norwegische Unternehmen. Drei Viertel der norwegischen Exporte gingen in EU- und EFTA-Staaten. Das EWR-Abkommen gebe norwegischen Unternehmen Sicherheit und sichere den Norwegern die Möglichkeit, in allen anderen EWR-Staaten frei leben, studieren und arbeiten zu können. Daher wolle Norwegen eine aktive Rolle bei der Entwicklung von Gesetzgebung für den Binnenmarkt spielen. Aus Sicht der Regierung sei es entscheidend, dass die Bemühungen Norwegens bezüglich des EWR-Abkommens ein höchstmögliches Mass an Offenheit, Mitwirkung und Wirksamkeit gewährleisteten. Es müsse vollumfänglich Gebrauch von den Möglichkeiten gemacht werden, die sich für Norwegen ergeben, um seine Anliegen zur Geltung zu bringen. Man müsse einen proaktiven Ansatz verfolgen und klare Prioritäten setzen. Dabei wolle man aktiv norwegische Interessen fördern. Dort, wo die Fortentwicklung von Rechtssetzung nicht vereinbar sei mit norwegischen Interessen, werde die norwegische Regierung die Möglichkeiten des EWR-Abkommens ausschöpfen und die sich bietenden Spielräume nutzen, um die Interessen Norwegens zu wahren. Es sei wichtig, gute Arbeitsbedingungen zu bewahren und kollektive Arbeitnehmerinteressen zu schützen. In der künftigen Zusammenarbeit mit der EU werde man daher Anliegen betreffend die Arbeitswelt einen Vorrang einräumen. Es sei wesentlich für die norwegische Regierung, dass das norwegische Arbeitsmodell erhalten bleiben könne.

Für die von der liechtensteinischen Regierung Ende 2011 beim Centre for European Policy Studies (CEPS) in Auftrag gegebene Studie zur Bewertung des bisherigen Funktionierens des EWR-Abkommens und zum Aufzeigen möglicher Optionen für eine künftige Weiterentwicklung des Abkommens und der europäischen Integration Liechtensteins führte das CEPS im Berichtsjahr Befragungen von zahlreichen Vertretern von EU- und EWR-Institutionen, EWR/EFTA-Staaten, EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten durch. Dazu gehörten auch Gespräche mit diversen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsvertretern in Liechtenstein. Zum Abschluss dieser Erhebungsphase führte das CEPS Ende Juni in Brüssel einen Workshop mit mehreren Interviewpartnern durch, um sie mit den bis dahin gewonnenen Erkenntnissen und aufgeworfenen Fragen zu konfrontieren sowie weitere Beurteilungen einzuholen. Ende November stellte das CEPS schliesslich einen Entwurf des Berichts über die Studie

fertig. Diverse Anmerkungen und Ergänzungsvorschläge zum Entwurf mussten daraufhin verarbeitet werden. Der definitive Bericht konnte angesichts des Zeitbedarfs für die Berücksichtigung der Anregungen nicht mehr (wie geplant) vor Ende 2012 fertiggestellt werden und wird Anfang 2013 erwartet.

Der EU-Rat gab am 20. Dezember ebenfalls eine Bewertung der Beziehungen zu Liechtenstein im Rahmen seiner alle zwei Jahre erfolgenden Überprüfung der Beziehungen der EU zu den EFTA-Staaten ab. Darin anerkennt der Rat, dass Liechtenstein über die letzten 17 Jahre, obwohl es sich um einen Staat mit kleiner territorialer Ausdehnung handelt, dank politischer Entschlossenheit und bedeutendem Verwaltungsaufwand ein erfolgreiches EWR-Mitglied geworden sei. In dieser Hinsicht sei Liechtenstein möglicherweise eine nützliche Referenz für die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und anderen europäischen Staaten mit kleiner territorialer Ausdehnung. Begrüsst wurde ausdrücklich auch die Solidarität, die vom liechtensteinischen Volk durch dessen Beitrag an die Verringerung der sozialen und ökonomischen Disparitäten im EWR in der Periode 2009-2014 gezeigt wurde. Mit Befriedigung wurde vermerkt, dass das Land im Zeitraum von 2010 bis 2012 die Beziehungen zur EU in einigen Bereichen weiter ausgebaut und verstärkt hat, etwa durch die Assoziierung mit den Abkommen von Schengen und Dublin im Dezember 2011.

Die Ankündigung des EU-Rats, per Ende 2012 eine umfassende Bewertung des EWR-Abkommens vorzunehmen, konnte nicht eingehalten werden. Zwar gab die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) am 7. Dezember ein Arbeitspapier zur Überprüfung des Funktionierens des EWR-Abkommens heraus, der EU-Rat wird aber erst im ersten Quartal 2013 dazu kommen, daraus seine eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen. Der EU-Rat erwartet, dass anlässlich des nächsten EWR-Rates im Mai/Juni 2013 ein ausgiebiger Gedankenaustausch zu den diversen Bewertungen des EWR-Abkommens stattfinden wird. Im genannten Arbeitspapier werden vor allem Fragen zur Relevanz des EU-Acquis in Relation zum EWR-Abkommen, zu Verzögerungen bei der Übernahme und Umsetzung von Rechtsakten, sowie prozedurale Fragen erörtert, wobei der Verzögerung bei der Übernahme von Rechtsakten am meisten Platz eingeräumt wurde. Der Inhalt bestätigt Liechtensteins Befürchtungen, wonach die norwegischen Widerstände gegen eine zügige Übernahme von neuem EU-Recht in den EWR dem Ansehen des Abkommens schaden und die Gefahr bergen, dass seitens der EU Wünsche nach Anpassungen des Vertrages laut werden, die nicht ganz von der Hand zu weisen sind.

Schliesslich verabschiedete der EU-Rat am 20. Dezember Schlussfolgerungen über die Beziehungen der EU zu den drei europäischen Kleinstaaten Andorra, Monaco und San Marino. Dabei werden insgesamt fünf mögliche Integrationsoptionen aufgelistet, zu denen interessanter Weise auch ein EU-Beitritt zählt. Es werden aber nur zwei Lösungsansätze für die künftige Gestaltung eines Rechtsrahmens zur Integration dieser Staaten in die EU bzw. in deren Binnenmarkt als aussichtsreich angesehen: Die Beteiligung dieser Kleinstaaten am EWR sowie das Aushandeln eines oder mehrerer Rahmen-Assoziierungsabkommen der EU mit diesen Kleinstaaten, um ihnen Zugang zum Binnenmarkt und zu den flankierenden und horizontalen Politikbereichen der EU einzuräumen sowie um institutionelle Mechanismen auf der Grundlage des Modells im EWR-Abkommen vorzusehen. Was einen EU-Beitritt anbelangt, so wird dieser vor allem deshalb nicht als Option weiterverfolgt, weil die EU selbst noch nicht die Voraussetzungen für eine Aufnahme von Staaten geschaffen habe, die deutlich kleiner sind als die derzeit kleinsten EU-Mitgliedsstaaten (vgl. z.B. Stimmrechtsprobleme). Im Lichte der bisher erfolgten Beurteilung sowie der Interessen von Andorra, Monaco und San Marino an einer Verstärkung ihrer Beziehungen zur EU, lädt der EU-Rat die Europäische Kommission und gegebenenfalls die Hohe Vertreterin für Aussenbeziehungen der EU dazu ein, ihre Bemühungen und Überlegungen zu diesen beiden Optionen fortzusetzen. Dabei sollen Beratungen mit den Regierungen von Andorra, Monaco und San Marino und anderen relevanten Parteien im ersten Halbjahr 2013 beginnen, mit dem Ziel, die Machbarkeit und den Grad an Zustimmung zugunsten dieser beiden Optionen zu ermitteln. Dem EU-Rat soll noch vor Ende 2013 ein Bericht vorgelegt werden, der eine Analyse der Auswirkungen und der wesentlichen institutionellen, politischen und ökonomischen Implikationen dieser Optionen sowie Empfehlungen zum weiteren Vorgehen enthält. Schliesslich nimmt der EU-Rat die Bemühungen der drei Kleinstaaten zu Kenntnis und ermutigt sie, die Bemühungen fortzusetzen, die Angleichung ihrer Gesetzgebung an den Rechtsbestand des EU-Binnenmarktes zu erhöhen sowie ihre Verwaltungskapazitäten im Hinblick auf eine Erleichterung der Umsetzung weiterer relevanter Elemente des Binnenmarkt-Rechtsbestandes zu verstärken.

EWR-Finanzierungsmechanismus 2009-2014

Im Rahmen des neuen EWR-Finanzierungsmechanismus 2009-2014 konnten die zu Jahresbeginn noch ausstehenden Memoranda of Understanding mit Portugal und Rumänien im ersten Quartal 2012 abgeschlossen werden. So konnte im Berichtsjahr in allen 15 Empfängerländern die Entwicklung der konkreten Programme, die jeweils der Bewilligung durch die Geberländer Norwegen, Island und Liechtenstein bedürfen, in Angriff genommen werden. Ein Schwerpunkt für Liechtenstein ist wie auch schon in früheren Finanzierungsperioden der Bereich «Scholarships». In dem betreffenden Programmbereich wurde die liechtensteinische Agentur für Internationale Bildungsangelegenheiten (AIBA) zum «donor programme partner» ernannt. Ein weiteres besonderes

Interesse Liechtensteins besteht im Bereich des Kulturaustausches, in dem das Ressort Kultur mit dem zuständigen norwegischen Partner, dem Norway Arts Council, zusammenarbeitet. Ein Treffen von Ressort und Arts Council fand im ersten Halbjahr in Brüssel statt. Im Juni stattete das EEA Financial Mechanism Office (FMO) Liechtenstein einen Besuch ab, um Vertretern der in Liechtenstein involvierten Verwaltungsstellen sowie Kunstschaffenden unter der Leitung des Ressorts Kultur die sich bietenden Möglichkeiten vorzustellen.

Eine Neuerung sind die sogenannten «bilateralen Fonds», in deren Genuss auch liechtensteinische Akteure/Behörden kommen können. Der neue EWR-Finanzmechanismus sieht die Einrichtung solcher spezieller Fonds in jedem der 15 Empfängerländer vor (mit einem Betrag von insgesamt rund EUR 5 Mio.), die flexibel für Initiativen zur Stärkung der bilateralen Beziehungen eingesetzt werden können. So können mit diesen Geldern Aktivitäten wie Seminare, Workshops, Studienreisen oder andere Initiativen zum Beziehungsaufbau oder Erfahrungsaustausch zwischen Institutionen und Behörden aus Liechtenstein und aus einem Empfängerland finanziert werden. Hierbei kann es sich um eine einmalige Angelegenheit handeln oder Mittel können dazu verwendet werden, um herauszufinden, ob eine weitergehende Zusammenarbeit mittels konkreter Projekte im Rahmen des EWR-Finanzmechanismus möglich und wünschenswert ist. Ziel ist es also, durch kurzzeitig angelegte Initiativen zu einer besseren Kooperation zu gelangen und vielleicht auch eine Zusammenarbeit in der Form von künftigen Projekten zu etablieren. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass per Ende Berichtsjahr kaum 5% der Mittel aus dem Verpflichtungskredit für den Finanzmechanismus der Periode 2009-2014 effektiv ausbezahlt worden waren, was wie üblich darauf zurückzuführen ist, dass der Mechanismus gut neun Monate später in Kraft trat als der eigentliche Beginn der Programmperiode und die Verhandlungen mit den einzelnen Empfängerstaaten über die Modalitäten der Finanzhilfen bis zu zwei Jahren in Anspruch genommen hatten. Es ist somit damit zu rechnen, dass noch bis ins Jahr 2017 Zahlungen aus dem Verpflichtungskredit abgerufen werden.

Künftige Beteiligung an EU-Programmen

Die Entscheidungen der EU über die Ausgestaltung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 haben direkte Auswirkungen auf die Finanzierung der Programme, an denen die EWR/EFTA-Staaten beteiligt sind. Für die nächste Periode wird – falls die Beteiligung an den EU-Programmen wie bisher beibehalten wird – mit einer kräftigen Aufstockung der auf die EWR/EFTA-Staaten entfallenden Beiträge gerechnet. Dies hat vor allem damit zu tun, dass viel mehr Gelder als bisher in Bereiche überführt werden sollen, welche – wie Forschung und Innovation – von den Programmen erfasst werden, die den EWR/EFTA-Staaten offenstehen, während gleichzeitig Gelder in nicht-EWR-relevanten Bereichen, wie z.B. der Landwirtschaft, weiter reduziert werden. In Zahlen heisst dies nach dem derzeitigen Stand der Dinge, dass das gesamte EU Budget zwar lediglich um ca. 5-7% steigen soll. Weil aber etwa 70% des neuen Finanzrahmens für Forschung und Innovation aufgewendet werden soll, dürfte sich das Programmbudget der EWR/EFTA-Staaten um bis zu 85% erhöhen. Zudem werden immer mehr Programme in Gruppen bzw. in Rahmenprogrammen zusammengefasst, was die selektive Beteiligung erschwert. Sobald die Zahlen und die Programme bekannt sind, wird sich Liechtenstein – auch unter budgetären Gesichtspunkten – mit der Frage befassen müssen, an welchen Programm(grupp)en sich eine Teilnahme rechtfertigt und wo nicht (soweit ein Optout überhaupt möglich ist).

Schengen- und Dublin-Assoziation

Für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020, der auch für Ausgaben im Bereich der Abkommen von Schengen und Dublin massgebend sein wird, hat die Europäische Kommission für den Bereich «Inneres» ein Gesamthaushaltsvolumen von EU 10.7 Mia. vorgeschlagen. Gegenüber dem Volumen für den Zeitraum 2007-2013 würde dies eine Aufstockung um fast 40% bedeuten. Dabei ist vorgesehen, die Mittel für die Steuerung von Migrationsströmen und die Beseitigung von Sicherheitsbedrohungen zu erhöhen und gleichzeitig die Zahl der Fonds von sechs auf zwei zu reduzieren. Ein neuer Asyl- und Migrationsfonds soll mit knapp EUR 4 Mia. und ein neuer Fonds für die innere Sicherheit soll mit EUR 4.6 Mia. ausgestattet werden. Letzterer ist seinerseits in zwei Bereiche aufgeteilt, einerseits jenen der Polizeizusammenarbeit (EUR 1.1 Mia.), andererseits jenen der Aussengrenzen (EUR 3.5 Mia.). Durch Vereinfachung und Harmonisierung der Vorschriften, Beschleunigung der Verfahren und Bürokratieabbau soll mehr Wirksamkeit erreicht werden. Bei der Höhe der Gelder handelt es sich um einen Kommissionsvorschlag, und die genauen Zahlen können sich noch im Rahmen der Entscheidung über den neuen Finanzrahmen 2014-2020 ändern.

Von den drei Fonds (1. Asyl und Migration; 2. Innere Sicherheit – Grenzen; 3. Innere Sicherheit – Polizei) ist nur der Fonds für Innere Sicherheit – Grenzen, der Aussengrenzen und Visa umfasst, schengenrelevant und somit für Liechtenstein bedeutsam. Entsprechend wird sich Liechtenstein im Rahmen seiner Schengen-Teilnahme anteilsmässig an diesem Fonds beteiligen müssen. Liechtenstein nimmt derzeit am «Vorgängerfonds», dem Europäischen Aussengrenzfonds, lediglich als Beitragszahler teil, weil sich aufgrund der Kriterien zur Verteilung der Gelder (Länge der Aussengrenzen, Konsulate, etc.) und des mit einer aktiven Teilnahme verbundenen Verwaltungsaufwandes eine aktive Teilnahme nicht gelohnt hätte. Da sich der Beitrag Liechtensteins gemäss Schätzungen künftig fast verdoppeln könnte (gut EUR 1.1 Mio. für den gesamten Zeitraum) und momentan vor-

gesehen ist, jedem teilnehmenden Mitgliedsstaat einen gewissen Sockelbetrag (EUR 5 Mio.) an Unterstützung aus den Fondsmitteln zuzugestehen, wird für Liechtenstein zu ermitteln sein, ob sich das Land nicht doch aktiv am Fonds beteiligen sollte, um in den Genuss von Fördermitteln zu gelangen.

Im Januar begannen im Rahmen der Arbeitsgruppe Grenzen (FRONT) die Beratungen zu einem Vorschlag der Europäischen Kommission für die Einrichtung eines Systems zur Überwachung der EU-Aussengrenzen (European Border Surveillance System, EUROSUR). Durch EUROSUR sollen besonders die südliche Seeseite sowie die östliche Landseite des Schengenraums besser vor illegaler Einwanderung geschützt werden. In den entsprechenden Ländern soll das System auch zuerst gestartet werden (Oktober 2013 bzw. Oktober 2014), zu einem späteren Zeitpunkt ist allerdings auch für Schengen-Staaten ohne Aussengrenzen einschliesslich Liechtensteins eine Beteiligung an EUROSUR vorgesehen, wenn auch nur in passiver Form durch Zugriff auf das System. Die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (IT-Agentur, «eu-LISA» genannt), die neu das Visainformationssystem VIS, die Fingerabdruckdatenbank EURO-DAC sowie, ab Fertigstellung, auch das Schengener Informationssystem SIS II verwaltet, nahm am 1. Dezember ihren vollständigen Betrieb auf. Die EU-Verordnung über die Errichtung der IT-Agentur vom 25. Oktober 2011 wurde Liechtenstein Anfang November 2011 notifiziert. Vor Annahme und Umsetzung dieser Verordnung in Liechtenstein muss allerdings ein separates Abkommen mit der EU über die Modalitäten der Beteiligung der assoziierten Schengen-Staaten geschlossen werden. Nach Annahme des entsprechenden Verhandlungsmandats für die Europäische Kommission im Rat der EU Ende Juli fanden am 10. Oktober sowie am 19. November erste Verhandlungsrunden mit den assoziierten Staaten in Brüssel statt. Kernpunkte des Abkommens sind die Festlegung der finanziellen Beiträge der assoziierten Staaten sowie deren Stimmrechte im Verwaltungsrat und in den Beratergruppen der Agentur. Derzeit hat Liechtenstein ebenso wie Norwegen, Island und die Schweiz Beobachter-Status in den Organen der IT-Agentur. Was die Stimmrechte betrifft, hat die Kommission vom EU-Rat ein Verhandlungsmandat erhalten, das die Einräumung beschränkter Stimmrechte in nicht-regulatorischen Angelegenheiten für die assoziierten Staaten vorsieht. Derzeit wird eruiert, bei welchen Entscheidungen ein solches Stimmrecht zum Tragen kommen könnte, wenngleich die Kommission bereits angekündigt hat, die Frage dem EuGH vorzulegen. Was die finanziellen Beiträge betrifft, hat die Kommission den assoziierten Staaten vorgeschlagen, den Schengen- bzw. EURODAC-Schlüssel (gestützt auf BIP-Zahlen) für die Tragung der operativen Kosten der jeweiligen Systeme beizubehalten und für die allgemeinen Unkosten (overhead) eine Mischrechnung anzuwenden.

Die Verhandlungen zur Teilnahme der assoziierten Schengen-Staaten am Europäischen Asylunterstützungsbüro (EASO) sind mit Ausnahme der genauen Regelung zur finanziellen Beteiligung – über die inhaltlich Einigkeit besteht – abgeschlossen. Sobald das kommissionsinterne Konsultationsverfahren abgeschlossen und Anfang 2013 ein fertiger Vorschlag der EU vorliegt, könnten die innerstaatlichen Genehmigungsverfahren beginnen, sodass mit einer Unterzeichnung im ersten Halbjahr 2013 zu rechnen ist.

Am 22. September 2011 unterzeichneten die EU und die assoziierten Schengen-Staaten ein Übereinkommen über die Beteiligung Letzterer an den Arbeiten der Ausschüsse, welche die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen. Nachdem das Übereinkommen zwischen der EU und Liechtenstein sowie der Schweiz bereits am 1. Mai in Kraft getreten war, notifizierte Ende Oktober auch Norwegen den Abschluss seines internen Genehmigungsverfahren, woraufhin die Regelungen über die Beteiligung der assoziierten Staaten in den Komitologie-Ausschüssen am 1. Dezember auch für Norwegen anwendbar wurden.

Ratssitzungen der EU-Innenminister

An den Ratstreffen der EU-Innenminister, an denen jeweils auch Liechtenstein im Rahmen des gemischten Ausschusses für Schengen-Fragen teilnimmt, standen vor allem eine Verbesserung der Funktionsweise des bestehenden Schengensystems und die Ergreifung von Massnahmen zur Eindämmung des Migrationsdrucks im Mittelpunkt der Beratungen.

Im März verabschiedeten die Minister der Schengen-Staaten Leitlinien über die Stärkung der «Schengen Governance». Nach den Herausforderungen der letzten Jahre im Zusammenhang mit dem stark gestiegenen Migrationsdruck an den Schengenaussengrenzen sollen künftig regelmässige strategische Debatten zum Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit abgehalten werden. Mögliche Mängel sollen frühzeitig erkannt und besprochen werden, um die Effizienz bei der Umsetzung des Acquis sowie das Vertrauen zwischen den Schengen-Staaten zu steigern. Basis dieser Debatten auf Ministerebene, die einmal während jeder EU-Ratspräsidentschaft und unter Einbeziehung der assoziierten Schengen-Staaten stattfinden, wird ein allgemeiner Bericht der EU-Kommission bilden. Weitere Themen des Ministerrats waren die Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich Grenzkontrollen sowie die Lage an den Aussengrenzen Griechenlands und die damit zusammenhängende Reform des griechischen Asyl- und Migrationssystems.

Im April stand der «EU-Aktionsplan zum Migrationsdruck – eine strategische Antwort» im Vordergrund. Das Dokument, das sechs strategische Ziele zur Eindämmung des Migrationsdruckes in der EU aufführt, fand breite eine Unterstützung, wobei insbesondere die Bedeutung der

strategischen Ziele «Stärkung der Aussengrenzen in Griechenland» und «Zusammenarbeit mit Ursprungs- und Transitstaaten illegaler Migration» hervorgehoben wurde. Es handelt sich um ein rollendes Planungsdokument (moving targets), das laufend aktualisiert und ergänzt werden soll und dessen Umsetzung und Überwachung durch einzelne Schengen-Staaten erfolgt.

Im Juni erfolgte im März beschlossen eine politische Debatte zum Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit auf Grundlage eines Kommissionsberichts. Die Innenminister beschlossen zudem, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Abänderung des Schengener Grenzkodex zum Schengener Evaluierungsmechanismus, die Zuständigkeit für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum bei den Mitgliedsstaaten zu belassen. Wenn die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit in einem Mitgliedsstaat ernsthaft bedroht ist, so ist ihm unter aussergewöhnlichen Umständen die Wiedereinführung von Kontrollen an allen oder bestimmten Abschnitten seiner Binnengrenzen für einen begrenzten Zeitraum von höchstens 30 Tagen oder für die vorhersehbare Dauer der ernsthaften Bedrohung, wenn ihre Dauer den Zeitraum von 30 Tagen überschreitet, gestattet. Bei steigendem Migrationsdruck können unter Beteiligung von EU-Rat und Europäischer Kommission auch bis zu zwei Jahre lang Grenzkontrollen eingeführt werden. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu diesen Massnahmen stand allerdings Ende des Jahres noch aus. Die EU-Innenminister hatten beschlossen, die Rechtsgrundlage für Schengen-Evaluierungen von Art. 77 Abs. 2 AEUV (Grenzschutzpolitik) auf Art. 70 AEUV (Kontrollsystem für nationale Durchführungsmassnahmen) zu verlagern, wodurch das Europäische Parlament sein Mitentscheidungsrecht verlieren würde, womit das Parlament aber nicht einverstanden ist. Deshalb blockierte es das Zustimmungsverfahren zu den neuen Regeln über die Wiedereinführung von Kontrollen an den Schengen-Binnengrenzen.

Im Oktober wurde der dritte Bericht der EU-Kommission zur Situation nach der Einführung der Visafreiheit im westlichen Balkan (Dezember 2009 bzw. 2010) erörtert. Mehrere Mitgliedsstaaten sind seither von einem starken Anstieg der Asylgesuche von Personen aus diesen Staaten betroffen. Mehrere Schengen-Staaten forderten daher eine rasche Annahme der Änderungen der Visa-Verordnung 539/2001, damit die Möglichkeit zur Aussetzung von Visabefreiungen geschaffen wird. Liechtenstein unterstützte das Anliegen der Schweiz, die assoziierten Schengen-Staaten im Bereich der Visaliberalisierungspolitik (konkret beim bevorstehenden Visa-Dialog mit der Türkei) regelmässig über die EU-internen Entwicklungen zu informieren sowie beim Abschluss von Rückübernahmeabkommen mit Drittstaaten zu unterstützen. Nach wie vor konnte kein Beschluss über den Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens gefällt werden.

Behandelt wurde im Berichtsjahr auch die Möglichkeit der Schaffung eines permanenten Relokationsmechanismus für Flüchtlinge zwischen den Schengen-Staaten. Eine grosse Zahl von Schengen-Staaten, darunter auch Liechtenstein, hatte im vergangen Jahr als Ausdruck der Solidarität im Schengenraum Flüchtlinge aus Malta übernommen, teils über das zentral koordinierte Relokationsprojekt EUREMA, teils über bilaterale Vereinbarungen mit Malta. Der Initiative der Kommission, einen ständigen Relokationsmechanismus für Flüchtlinge einzurichten, standen die Schengen-Staaten allerdings mehr als kritisch gegenüber. So stand ausser Frage, dass ein solcher zentraler Mechanismus freiwillig sein müsste. Die Gefahr, dass ein zentraler Mechanismus zur Umgehung der verschiedenen Aufnahmebedingungen in den Mitgliedsstaaten genutzt werde, sei zu gross. Eine zentral koordinierte Relokationspolitik wird auf absehbare Zeit kaum realisierbar sein.

Steuerkooperation mit der EU

Trotz der hohen Ambitionen der dänischen EU-Ratspräsidentschaft in Bezug auf das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission für die Abänderung der Zinsertragsbesteuerungsabkommen mit Drittländern (Schweiz, Liechtenstein, Andorra, San Marino und Monaco) und obwohl die Staats- und Regierungschefs am 2. März eine rasche Einigung über das Verhandlungsmandat der Kommission gefordert hatten, konnte im EU-Rat im Berichtsjahr weiterhin keine Einigung zu diesem The-ma erzielt werden. Ursache ist die fehlende Zustimmung Luxemburgs und Österreichs. Beide Staaten erklärten am 11. September, dass sie nicht grundsätzlich gegen die Anpassung der bestehenden Zinsertragsbesteuerungsabkommen der EU mit Drittstaaten seien, dass sie aber darauf beständen, nicht in eine schlechtere Position versetzt zu werden als etwa die Schweiz mit ihren bilateralen Abgeltungssteuerabkommen. Sie wollten ihr Bankkundengeheimnis nicht aufgeben, wenn Staaten wie die Schweiz nicht ein Gleiches täten. Die Übergangsperiode, nach deren Ablauf Luxemburg und Österreich zu einem automatischen Steuerinformationsaustausch übergehen müssten, läuft gemäss der geltenden EU-Richtlinie ab, sobald die EU Abkommen mit einer bestimmten Anzahl von Drittstaaten über die Gewährung eines Steuerinformationsaustausches auf Anfrage abgeschlossen hat.

In seinen Schlussfolgerungen vom 20. Dezember zu den Beziehungen der EU zu den EFTA-Staaten begrüsste der EU-Rat die Bemühungen Liechtensteins, seine Steuergesetzgebung und Steuerpraktiken an die EWR-Regeln und internationalen Standards anzupassen, und hob insbesondere die umfangreiche Steuerrechtsrevision, die am 1. Januar 2011 in Kraft getreten war, hervor. Bezüglich der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches in Steuerangelegenheiten sowie im Kampf gegen Betrug und Steuerhinterziehung wurde von den Bemühungen Liechtensteins Kenntnis genommen, seiner Zusage zur Umsetzung von OECD-Standards betreffend Transparenz, Steuerinformationsaustausch und Betrugs-

bekämpfung gerecht zu werden. Man erwarte aber, dass Liechtenstein die Umsetzung des Engagements zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung in seinen Beziehungen mit der EU und all ihren Mitgliedsstaaten fortsetze. Begrüsst wurde auch die grundsätzliche Offenheit Liechtensteins gegenüber der Aufnahme von Verhandlungen über die Revision des bestehenden Zinsertragsbesteuerungsabkommens, um der Entwicklung des entsprechenden EU-Rechtsbestandes (Acquis) Rechnung zu tragen, sobald der Rat eine Entscheidung zur Aufnahme entsprechender Verhandlungen gefasst hat. Mit Bezug auf Staatsbeihilfen begrüsste der Rat die Verbesserungen, die von Liechtenstein hinsichtlich seiner Einhaltung von EWR-Staatsbeihilferegeln (im Steuerbereich) gemacht wurden. Liechtenstein wird ermutigt, diesen Weg fortzuführen. Was den laufenden Dialog über Steuermassnahmen anbelangt, die schädlichen Steuerwettbewerb darstellen können, wird Liechtenstein ermutigt, den Dialog mit der EU mit dem Ziel fortzuführen, die Grundsätze sowie alle Kriterien des EU-Verhaltenskodex zur Unternehmensbesteuerung anzuwenden und die Bedenken, die im Dialog aufgebracht werden, anzugehen.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die EU-Gipfeltreffen im Berichtsjahr waren klar von der anhaltenden Finanzkrise in der Eurozone und den Staatshaushaltsproblemen Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens geprägt. Entsprechend wurden im Berichtszeitraum die Arbeiten an verschiedenen fiskalpolitischen Massnahmen zur direkten Bewältigung der Finanzkrise (Gesetzgebungspakete zur wirtschaftspolitischen Steuerung, Unterzeichnung des Fiskalpakts, Europäischer Stabilitätsmechanismus) fortgesetzt bzw. neue Initiativen (insbesondere zur Stärkung des Wirtschaftswachstums, aber auch neue Finanzhilfen) beschlossen. Darüber hinaus einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die Notwendigkeit struktureller Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Hervorzuheben ist die Unterzeichnung des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag, auch Fiskalpakt genannt) durch alle EU-Mitgliedsstaaten, mit Ausnahme von Grossbritannien und der Tschechischen Republik. Darin verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten zur Einführung einer gesetzlichen Schuldenbremse einschliesslich Sanktionen bei Nichtbeachtung. Per Ende 2012 haben 15 Staaten den Vertrag ratifiziert. Er verlangt, dass die nationalen Haushalte ausgeglichen sein oder einen Überschuss aufweisen müssen. Diese Regel muss innerhalb eines Jahres ab dem Inkrafttreten des Vertrags in die nationalen Rechtssysteme aufgenommen werden. Dazu sind Bestimmungen zu verwenden, deren Befolgung im gesamten nationalen Haushaltsverfahren garantiert ist. Die Regel gilt als eingehalten, wenn das länderspezifische mittelfristige Ziel, so wie es im revidierten Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegt ist, erreicht wird, wobei als Untergrenze ein strukturelles Defizit von 0.5% des BIP gilt. Werden erhebliche Abweichungen von diesem Ziel oder von dem dorthin führenden Anpassungspfad festgestellt, so wird automatisch ein Korrekturmechanismus ausgelöst. Dieser Mechanismus schliesst die Verpflichtung ein, innerhalb eines festgelegten Zeitraums geeignete Korrekturmassnahmen zu ergreifen. Der SKS-Vertrag enthält darüber hinaus auch Bestimmungen zur wirtschaftspolitischen Koordinierung und Konvergenz. So müssen die Vertragsparteien im Voraus über die Ausgabe von Staatsschuldtiteln Bericht erstatten und dafür sorgen, dass grössere Pläne für wirtschaftspolitische Reformen vorab mit den anderen Staaten erörtert und gegebenenfalls untereinander koordiniert werden. Von Bedeutung ist auch die politische Verknüpfung des Fiskalpakts mit dem neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), auf den künftig nur noch jene EU-Mitgliedsstaaten Anspruch haben werden, die sich auch an die Haushaltsvorschriften des Fiskalpakts halten.

Der Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der als permanenter Rettungsfonds den ausgelaufenen provisorischen Rettungsschirm der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablöst, wurde am 2. Februar unterzeichnet. Der ESM wurde als internationale Finanzinstitution zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Staaten in der Eurozone mit Sitz in Luxemburg eingerichtet und ist mit einem Stammkapital von EUR 700 Mia. ausgestattet. Der Vertrag trat am 8. Oktober in Kraft. Es wurden auch gewisse Erleichterungen bei der Gewährung von Geldern aus dem ESM zugestanden, um den Teufelskreis der Geldflüsse zwischen finanziell angeschlagenen Staaten der Eurozone und deren Banken zu durchbrechen. So ist der Erwerb von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) auf dem offenen Markt (Primär- und Sekundärmarkt) auf der Grundlage der bereits bestehenden Leitlinien sowie eine direkte Mittelvergabe des neuen Rettungsfonds ESM an Geschäftsbanken (statt den Umweg über die betreffenden Euro-Staaten zu nehmen) zugelassen worden. Voraussetzung für eine direkte Rekapitalisierung von Banken durch den ESM ist allerdings die Schaffung einer für die gesamte Eurozone zuständigen, zentralen Bankenaufsicht. Jeder Mitgliedsstaat, der Hilfe durch den ESM erhält, ist zudem gehalten, ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umzusetzen sowie eine tiefgehende Analyse über die Nachhaltigkeit seiner Staatsschuldensituation vorzunehmen.

Im Juni einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU ausserdem auf einen «Pakt für Wachstum und Beschäftigung» mit geplanten Investitionen zur Wirtschaftsankurbelung in Höhe von EUR 120 Mia. Vorgesehen ist auch eine Kapitalaufstockung der Europäischen Investitionsbank, wodurch sich ihre Darlehenskapazität um EUR 60 Mia. erhöhen würde. Die Bank wird die

Gelder für Projekte verwenden, die Innovation und Fertigkeiten, Kleinunternehmen, saubere Energie und moderne Infrastruktur in der ganzen EU entwickeln helfen. Die EU wird EUR 5 Mia in Projektanleihen investieren, die zur Mitfinanzierung des Ausbaus von Verkehrs-, Energie- und Breitbandinfrastruktur verwendet werden. Weitere EUR 55 Mia. aus ungenutzten EU-Regionalfonds werden umgewidmet, um Kleinunternehmen zu stützen und Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen. Eine zentrale Stossrichtung des Wachstums- und Beschäftigungspaktes bildet die Vertiefung und Verbesserung der Effizienz des Binnenmarktes, der ja auch für den EWR bestimmend ist. Von der gezielten Beseitigung noch bestehender Hindernisse für die Wahrnehmung der grenzüberschreitenden Marktzugangsfreiheiten werden beträchtliche Impulse für das Wirtschaftswachstum und somit für die Beschäftigung erwartet. So wird heute noch der weitaus grösste Anteil der Dienstleistungen in der EU nur innerhalb der Mitgliedsstaaten und nicht grenzüberschreitend erbracht.

Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich Ende des Jahres schliesslich auf einen Fahrplan für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, basierend auf einer tieferen Integration und stärkeren Solidarität. Man einigte sich auch auf die künftige Ausgestaltung der europäischen Bankenaufsicht, den sogenannten Single Supervisory Mechanism (SSM), und die Schaffung eines zentralen Abwicklungsmechanismus für europäische Banken. Der SSM wird unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt werden, wobei Vorkehrungen getroffen werden, damit nicht nur Euro-Staaten, die direkt der EZB unterstellt sind, sondern auch weitere EU-Mitgliedsstaaten sich freiwillig der neuen Aufsichtsstruktur unterstellen können. Die EZB wird die grossen europäischen Banken in den am SSM beteiligten EU-Mitgliedsstaaten direkt beaufsichtigen (ca. 300 von insgesamt 6'000 Banken), aber gleichzeitig auch jederzeit die Aufsicht über kleinere Banken von den nationalen Aufsichtsbehörden an sich ziehen können, falls von solchen Banken systemische Risiken für den Wirtschafts- und Währungsraum ausgehen sollten. Die neue Aufsichtsstruktur wird ab dem 1. März 2014 in Betrieb gehen, gut ein Jahr nach dem geplanten Inkrafttreten der entsprechenden Rechtsvorschriften. Allerdings werden direkte Finanzhilfen des ESM bereits vor der vollständigen Betriebsaufnahme des SSM möglich sein. Neben den 17 Euro-Staaten wollen sich im Laufe der Zeit weitere sieben EU-Mitgliedsstaaten am SSM beteiligen. Aussen vor bleiben wollen Grossbritannien, Schweden und die Tschechische Republik.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Dr. Daniel Ospelt

Schwerpunkte der Europaratsarbeit waren die Weiterverfolgung der Reform des Europarats und vor allem seines überlasteten Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), die Verhandlungen über den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), die Nachbarschaftspolitik des Europarats sowie die Lage in Georgien und den vom dortigen Konflikt betroffenen Gebieten.

In die Berichtsperiode fielen die 122. Ministersession (23. Mai) sowie eine Konferenz zur Zukunft des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Brighton (18.-20. April). Am 23. Mai ging der Vorsitz vom Vereinigten Königreich auf Albanien und am 9. November von Albanien auf Andorra über.

Gabriella Battaini-Dragoni wurde von der Parlamentarischen Versammlung zur neuen stellvertretenden Generalsekretärin des Europarats mit Amtsantritt am 1. September gewählt.

Generalsekretär Jagland besuchte vom 1. bis 2. März Liechtenstein. Die Woche zuvor (24. Februar) weilte der damalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, zu einem Besuch im Land. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) besuchte Liechtenstein vom 13. bis 19. Februar.

Besuch von Generalsekretär Jagland

Vom 1. bis 2. März besuchte Generalsekretär Jagland Liechtenstein und führte Gespräche mit Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick und der liechtensteinischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung. Themen waren die Reform des Europarats und des EGMR sowie die Nachbarschaftspolitik. Ausserdem stattete Generalsekretär Jagland S.D. Erbprinz Alois sowie Regierungschef Dr. Klaus Tschütscher Höflichkeitsbesuche ab. Er würdigte Liechtensteins Engagement beim Europarat und die Beiträge des Landes an ausgewählte Projekte. Der Generalsekretär wünschte sich den Beitritt Liech-tensteins zu bestimmten Übereinkommen, wie etwa zu den strafrechtlichen und zivilrechtlichen Übereinkommen gegen Korruption.

122. Ministersession in Strassburg

Am 23. Mai fand die 122. Ministersession des Europarats in Strassburg statt. Für Liechtenstein nahmen Botschafter Dr. Martin Frick, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, und der Ständige Vertreter beim Europarat teil. Die Ministersession erörterte die Zukunft des EGMR, die Reform des Europarats, seine Nachbarschaftspolitik sowie seine Bemühungen zur Beruhigung der Konfliktsituation in Georgien und seinen beiden abtrünnigen Provinzen.

Durch entsprechende Beschlüsse wurden die Folge-

arbeiten zur Konferenz über die Zukunft des EGMR in Brighton sowie weitere Arbeiten zu den Themen Reform und Nachbarschaftspolitik des Europarats eingeleitet.

Vorsitzwechsel im Ministerkomitee
Am 23. Mai ging der Vorsitz vom Vereinigten Königreich auf Albanien über. Britische Schwerpunkte waren die Reform des EGMR und die strikte Einhaltung der EMRK, die Unterstützung der Bemühungen um eine Reform des Europarats, die stärkere Überwachung rechtstaatlichen Verhaltens, Fragen des Internet-Zugangs, der Inhalte und der Meinungsfreiheit im Internet, der Kampf gegen Diskriminierung auf Grund der sexuellen Ausrichtung oder des Geschlechts sowie die Stärkung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung.

Der albanische Vorsitz (23. Mai bis 9. November) bemühte sich um die Förderung einer nachhaltigen demokratischen Gesellschaft, z.B. durch interreligiösen Dialog, Jugendarbeit und friedliches Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen. Weitere Schwerpunkte waren wie schon bisher der Ausbau der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Einsatz für die Menschenrechte und die Sicherung der Arbeitsfähigkeit des EGMR, die engere Zusammenarbeit mit EU und OSZE sowie die Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum und in Zentralasien.

Am 9. November übernahm Andorra den Vorsitz und setzte ähnliche Prioritäten: Einsatz für die Menschenrechte und Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Gerichtshofs, Demokratieerziehung, friedliches Zusammenleben und interkultureller Dialog sowie Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Zusätzlich dazu betonte Andorra die Bedeutung von Bildungspolitik und Jugendarbeit.

Reform des Europarats
Absolutes Ziel der von Generalsekretär Jagland eingeleiteten Reform der Organisation ist, die Prioritäten besser umzusetzen. Mehr als bisher soll untersucht werden, ob die Bemühungen um die Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, um ein friedliches Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in Zentralasien und den Mittelmeeranrainern zu greifbaren Ergebnissen führen. Doppelarbeit mit EU, OSZE und UNO ist möglichst zu vermeiden. Derzeit werden alle bisherigen Europaratsübereinkommen daraufhin überprüft, ob sie noch zeitgemäss sind oder der Anpassung bedürfen. Zahl und Nutzen der Europaratsbüros in etlichen Mitgliedsstaaten wurden ebenfalls überprüft. Die Personalausgaben sollen verringert und das Pensionssystem soll reformiert werden. Ende November konnte der zweijährige Haushalt für 2012-2013 verabschiedet werden.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)
Der Europarat bemüht sich weiterhin um die Umsetzung der bisher gefassten Beschlüsse zur Reform der Arbeitsweise des trotz verschiedener Bemühungen weiterhin überlasteten Gerichtshofs. Der bisherige luxemburgische Vizepräsident, Dean Spielmann, übernahm zum 1. November das Amt des Präsidenten von Sir Nicolas Bratza. Liechtensteins Richter beim Gerichtshof, Mark Villiger, wurde am 1. November zum Vorsitzenden der 5. Sektion des EGMR gewählt.

2012 fällte der Gerichtshof 1'678 Urteile. Insgesamt wurden 87'880 Fälle erledigt. Dies stellt eine Zunahme von 68% im Vergleich zu 2011 dar. Zu Beginn des Jahres 2012 waren 151'600 Fälle anhängig, Ende des Jahres waren es 128'100 (16% weniger). Das mit Zusatzprotokoll 14 zur EMRK eingeführte Einzelrichter-Verfahren trug massgeblich zur Senkung der Beschwerdezahlen bei.
16 Beschwerden gegen Liechtenstein wurden im Berichtsjahr einem Richtergremium zugeteilt. Davon wurden 15 für unzulässig erklärt oder von der Liste gestrichen. Es erging kein Urteil gegen Liechtenstein.

High-Level-Konferenz in Brighton
Vom 18.-20. April fand im britischen Brighton eine Konferenz zur Zukunft des EGMR statt, an welcher der Ständige Vertreter teilnahm. Die Teilnehmer bekräftigten ihren Einsatz für die Achtung der EMRK und ihren Willen, auch künftig die Individualbeschwerde zum Gerichtshof in Strassburg zuzulassen, doch müsse der subsidiäre Charakter des Gerichtshofs stärker betont werden. Alle bisher - nach den Konferenzen von Interlaken und Izmir - eingeleiteten Massnahmen hätten nicht ausgereicht, die Beschwerdeflut, die den Gerichtshof lahmzulegen droht, einzudämmen.

Die Abschlusserklärung von Brighton, welche das Resultat intensiver Verhandlungen in Strassburg darstellt, enthält ein Paket von Reformmassnahmen, welche teilweise einer Anpassung der EMRK bedürfen. Die Umsetzung dieser Massnahmen wurde an der 122. Ministersession eingeleitet (siehe oben). Mit Prot. 15 zur EMRK sollen verschiedene in Brighton vereinbare Massnahmen umgesetzt werden, welche einer Änderung der EMRK bedürfen. Die entsprechenden Arbeiten im Direktionskomitee für Menschenrechte (CDDH) konnten 2012 abgeschlossen werden. Die Reformbemühungen werden auch in Zukunft mit Priorität verfolgt. Dazu gehört auch das fakultative Protokoll Nr. 16 zur EMRK zum Thema Gutachten.

Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)
Die Verhandlungen konnten 2012 nicht abgeschlossen werden und gestalten sich weiterhin schwierig. Die Hauptschwierigkeiten in Bezug auf den Co-Respondenten-Mechanismus und die Teilnahme der EU im Ministerkomitee des Europarats konnten bislang nicht gelöst werden.

Nachbarschaftspolitik des Europarats
Der Europarat bemüht sich, vor allem auch aufgrund der Umwälzungen in den arabischen Ländern, verstärkt um Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Mittel-

meerraum, im Nahen Osten wie auch in Zentralasien. Er will diese Staaten beim Übergang zur Demokratie, beim Bemühen um gutes Regieren, saubere Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit (unabhängige Justiz), bei der Achtung der Menschenrechte (vor allem auch der Gleichberechtigung der Frauen) und im Kampf gegen Internet-Kriminalität, organisiertes Verbrechen und Terrorismus unterstützen. Zusammenarbeit und Beratung sollen sich nach den Wünschen dieser Länder und ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation richten.

Mit Marokko und Tunesien kam es bereits zu entsprechenden Vereinbarungen, die zur Beratung in verschiedenen Bereichen geführt haben. Jordanien, mit dem bereits zahlreiche Kontakte bestehen, plant, sich anzuschliessen. Mit Kasachstan läuft bereits ein Programm zur Zusammenarbeit. Die Palästinensische Autonomiebehörde geniesst den Status eines «Partners für Demokratie» bei der Parlamentarischen Versammlung. Mit den Palästinensern, Israel, Kirgisien und Tadschikistan werden zurzeit Möglichkeiten einer Zusammenarbeit sondiert. Tadschikistan möchte der Europäischen Kulturkonvention beitreten, worüber gegenwärtig verhandelt wird. Von Anfang an wird diese Nachbarschaftspolitik in enger Zusammenarbeit mit der EU betrieben.

Lage in Georgien

Eine nennenswerte Verbesserung der Spannungen zwischen Georgien und seinen abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien ist nicht festzustellen. Die Genfer Gespräche hierüber treten auf der Stelle. Die beiden praktisch von Russland beherrschten Provinzen riegeln sich ab, bauen die Grenzen gegenüber Georgien aus und beharren auf Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit. Abchasien ist in manchen praktischen Fragen eher gesprächsbereit als Südossetien, das Vertretern des Europarats und der EU den Zutritt verwehrt. Die Sicherheitslage entlang der Verwaltungsgrenzen zu diesen Provinzen hat sich leicht entspannt, auch wenn es immer noch zu Zwischenfällen kommt. Der kleine Grenzverkehr wird unter bestimmten Auflagen geduldet, doch gibt es ständig Streit über Ausweis- und Passfragen. Aus den abtrünnigen Provinzen vertriebene Georgier können ihr dort gelassenes Eigentum nicht zurückbekommen. Soweit Georgier dort noch leben, gibt es Probleme mit der georgischen Sprache an den Schulen und im öffentlichen Leben. Die Unterbringung und Arbeitsbeschaffung für die vielen aus Abchasien und Südossetien vertriebenen Georgier im Mutterland gestaltet sich weiterhin schwierig. Der Europarat wird die Lage weiterhin aufmerksam beobachten und vertrauensbildende Massnahmen fördern.

Menschenrechtskommissar des Europarats

Am 24. Februar weilte der Menschenrechtskommissar, Thomas Hammarberg, zu einem Besuch in Liechtenstein. Er traf sich dabei mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Menschenrechtsbereich und informierte sich über die aktuelle Menschenrechtssituation in Liechtenstein. Der Besuch war Teil der Überprüfungen durch den Europarat im Menschenrechtsbereich, denen alle Mitgliedsstaaten unterzogen werden.

Am 1. April trat der von der Parlamentarischen Versammlung gewählte neue Menschenrechtskommissar, Nils Muižnieks aus Lettland, sein Amt an. Schwerpunkte seiner Arbeit und vor allem der Länderbesuche waren bisher: Auswirkungen staatlicher Sparprogramme auf schwächere Bevölkerungsgruppen; Beseitigung fortbestehender Formen von Diskriminierung (z.B. der Roma, der LGBT); Integration der Roma; Medienfreiheit, vor allem auch im Internet, sowie Schutz von Journalisten; Menschenrechte von Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern; Beratung von Staaten, gegen welche die meisten Beschwerden vor dem EGMR anhängig sind (z.B. wegen überlanger Verfahrensdauer und mangelnder Rechtsstaatlichkeit), sowie Nachkriegsjustiz und Bemühungen um dauerhaften Frieden im ehemaligen Jugoslawien.

Venedig-Kommission des Europarats

Diese Kommission, der auch Brasilien, Chile, Mexiko, Kasachstan und Peru angehören, berät Staaten bei der Ausgestaltung ihrer Verfassung und Rechtsordnung im Sinne der Normen des Europarats, z.B. Bosnien-Herzegowina, Moldau, Montenegro, die Ukraine und Ungarn. Ein Schwerpunkt ist auch die Verfassungsgerichtsbarkeit. Die Kommission beantwortete rechtsvergleichende Anfragen und erstellte Gutachten für die Verfassungsgerichte in Bosnien-Herzegowina, in der Moldau und in Peru. Die Venedig-Kommission gibt ein Bulletin über Verfassungsrechtsprechung heraus und betreut eine entsprechende Datenbank (CODI-CES).

Themen der Beratung waren u. a. die Festigung der Demokratie und der Grundrechte, Wahlen, Volksabstimmungen und die Rechte und Pflichten politischer Parteien. Die Venedig-Kommission spielt eine aktive Rolle bei der Nachbarschaftspolitik des Europarats und sogar in Lateinamerika.

Weltforum für Demokratie

Vom 5. bis 11. Oktober veranstaltete der Europarat das erste Weltforum für Demokratie in Strassburg mit dem Titel «Demokratie auf dem Prüfstand: Zwischen alten Modellen und neuen Realitäten». Ziel war, eine weltweite Diskussion über den Zustand und die Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit anzustossen. Teilnehmer waren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Politiker, Abgeordnete, Vertreter der Zivilgesellschaft, Blogger, Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft sowie Journalisten. Insgesamt nahmen etwa 1'500 Personen aus 120 Ländern teil.

Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE)

Vom 20. bis 22. März hielt der Kongress unter dem Vorsitz von Keith Whitmore seine 22. Sitzung ab. Liechtenstein war durch Frau Susanne Eberle-Strub (Vi-

zebürgermeisterin von Vaduz) sowie durch Frau Eva Johann-Heidegger (Vizevorsteherin von Triesen) vertreten. Themen der Plenarsitzung waren u.a. die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Gemeinden und Regionen, die kommunale und regionale Selbstverwaltung in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, der Moldau und der Tschechischen Republik sowie der Ausbau der Allianz von Städten und Regionen, die sich um eine bessere Eingliederung der Roma bemühen.

Vom 16. bis 18 Oktober hielt der Kongress seine 23. Plenarsitzung ab. Liechtenstein war durch die Vorsteher Donath Oehri (Gamprin) und Norman Wohlwend (Schellenberg) vertreten. Themen der Plenarsitzung waren: Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung; Achtung der Menschenrechte auf kommunaler und regionaler Ebene; Bewältigung der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise; Aufbau der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung (Demokratie) in den arabischen Ländern; politisches Engagement der Jugend für Demokratie; Recht der Gemeinden auf Anhörung bei Entscheidungen übergeordneter Behörden sowie Zustand der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung (Demokratie) in Aserbaidschan.

Entwicklungsbank des Europarats (CEB)

Die Bank befindet sich in einer schwierigen Situation angesichts der derzeitigen Lage auf den Finanzmärkten und des wachsenden Bedarfs an Mitteln zur Linderung sozialer Not in vielen Mitgliedsländern. Ihre Aufgabe besteht bekanntlich darin, soziale Projekte, ferner Infrastrukturmassnahmen, KMUs, Umweltschutzprogramme und die Gesundheitsfürsorge zu fördern. Zur Zeit wird die Bank von den drei amerikanischen Rating-Agenturen noch relativ gut bewertet, doch ist sie gehalten, bei ihrer Kreditvergabe besonders risikobewusst vorzugehen, da viele ihrer Partnerländer und -banken herabgestuft wurden.

Die 6. Kapitalerhöhung trat am 31. Dezember 2011 in Kraft. Das gezeichnete Kapital ist dadurch von EUR 3.3 auf 4.9 Mia., also um etwa 50%, angewachsen. Das abrufbare Kapital hat sich von EUR 2.9 auf 4.4 Mia. erhöht. Das tatsächlich abgerufene Kapital stieg unter Einschluss der Reserven von EUR 370 auf 554 Mio. Liechtenstein hat sich an der 6. Kapitalerhöhung nicht beteiligt.

Beiträge für Projekte des Europarats

Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sind die Stärkung der Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte. Deshalb unterstützte Liechtenstein im Berichtsjahr folgende Projekte des Europarats in den Bereichen Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und interkultureller Dialog mit insgesamt CHF 140'000:

- CHF 100'000 für vertrauensbildende Massnahmen in der Moldau/in Transnistrien;
- CHF 5'000 für die parlamentarische Dimension der Kampagne des Europarats «STOP sexuelle Gewalt gegen Kinder»;
- CHF 5'000 für die parlamentarische Dimension der Europaratskampagne gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt und
- CHF 30'000 für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zum Abbau des Rückstaus der Beschwerden.

Zudem wurden zwei Kinder-Hilfsprojekte von Eurocorps in Afghanistan, «Afrane» und «KinderBerg», mit je 500 Euro unterstützt.

Teilnahme an Sitzungen

Neben der 122. Ministersession in Strassburg und dem Follow-up Treffen zur Reform des EGMR in Brighton fanden 30 Sitzungen des Ministerkomitees auf Botschafterebene einschliesslich der sogenannten DH-Sitzungen (Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs durch die Mitgliedsstaaten) statt. An diesen Sitzungen des Ministerkomitees wurden insgesamt 43'536 Agendapunkte behandelt. Diese wurden teils in den Treffen der Arbeitsgruppen des Ministerkomitees vorbereitet, von denen 96 stattfanden. Der Ständige Vertreter nahm an diesen Sitzungen teil, soweit sie von besonderem Interesse für Liechtenstein waren. Als Vorsitzender des Kunstkomitees (C-ART) leitete der Ständige Vertreter drei Sitzungen desselben.

Der Ständige Vertreter nahm ausserdem an sechs Sitzungen des Verwaltungsrats und drei Sitzungen des Aufsichtsratsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris sowie an einer gemeinsamen Sitzung beider Organe in Chisinau/Moldau teil. Eine Teilnahme erfolgte auch an vier Sessionen der Parlamentarischen Versammlung (PV) und an den zwei Plenarsessionen des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE). Zu den inhaltlichen Aspekten der PV-Sessionen wird auf den Jahresbericht der PV-Delegation des Landtags für das Berichtsjahr verwiesen.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung engagierte sich aktiv in den bekannten prioritären Bereichen, mit besonderem Augenmerk auf finanzplatzrelevante Entwicklungen, Menschenrechte, Völkerrecht (Internationaler Strafgerichtshof, ICC), den Schutz von Zivilisten und UNO-Reform. Höhepunkte der Arbeit im Jahr 2012 waren die Schaffung eines informellen Ministernetzwerkes zur Unterstützung des ICC, liechtensteinische Verhandlungserfolge an der Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung in Rio de Janeiro und an der

hochrangigen Tagung zur Rechtsstaatlichkeit sowie die Stärkung des aussenpolitischen Profils beim Schutz der Menschenrechte und der Zivilbevölkerung in humanitären Krisensituationen. Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertrat Liechtenstein an der Generaldebatte der 67. Session der UNO-Generalversammlung.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Versuche, die Rolle der UNO in der internationalen Steuerkooperation zu stärken, haben an Schwung verloren. Zwar wurde erstmals ein zweitägiges Sondertreffen zu Steuerfragen organisiert. Die problematische Umwandlung des UNO-Expertenausschusses zu Steuerfragen in ein zwischenstaatliches normbildendes Gremium wurde jedoch nicht weiterverfolgt. Der Thematik der Transferpreissetzung dürfte in Zukunft mehr Bedeutung zukommen. Die Regierung beschloss die Kandidatur von Frau Irene Salvi (Leiterin Internationales, Steuerverwaltung) für den Expertenausschuss mit Mandatsbeginn Juni 2013.

Am G20-Gipfeltreffen in Los Cabos im Juni verschärfte sich die Rhetorik zum automatischen Steuerinformationsaustausch deutlich. Vor diesem Hintergrund ist das liechtensteinische Engagement im Rahmen der Global Governance Group (3G) für mehr Inklusivität und Transparenz der G20 von anhaltender Bedeutung. Unter mexikanischer Präsidentschaft intensivierte sich die Zusammenarbeit der G20 mit der UNO und der 3G. Das erstmalige Abhalten eines G20-Aussenministertreffens zu Gouvernanzfragen ist dabei der konkreteste Fortschritt, zumal das von der 3G propagierte Prinzip der «variablen Geometrie» angewandt wurde. Es wurden G20-interne Prozesse angestossen, welche zu internen Richtlinien über Inklusivität und Transparenz führen sollen. Der neue Präsident der Generalversammlung Vuk Jeremic erklärte die Stärkung der UNO in der globalen Wirtschaftsgouvernanz zur Priorität und sicherte eine enge Zusammenarbeit mit der 3G zu. Er kündigte Vorarbeiten zu einem institutionalisierten Austausch zwischen der Generalversammlung und den G20, den Bretton-Woods-Institutionen, der WTO und anderen relevanten Akteuren an und bekannte sich damit zu einer zentralen Forderung der 3G.

Liechtensteins Engagement zur Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien in den Sanktionenregimen des Sicherheitsrates kumulierte in einem neuen Positionspapier der Gruppe gleichgesinnter Staaten, welches u.a. die Ausdehnung des Mandats der Ombudsperson auf Sanktionenregime jenseits der Al-Qaida fordert. Auch dank Bemühungen der Gruppe verlängerte der Sicherheitsrat das Mandat der Ombudsperson um 30 Monate und verbesserte das Verfahren punktuell.

Menschenrechte

Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen die andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen des syrischen Regimes. Die Generalversammlung verabschiedete erneut mit klarer Mehrheit eine Resolution zur Menschenrechtslage in Syrien. Verabschiedet wurden ebenfalls die traditionellen Länderresolutionen zum Iran, zu Nordkorea und möglicherweise zum letzten Mal zu Myanmar. Unter liechtensteinischer Mitarbeit (Vize-Vorsitz Georg Sparber) schloss der Dritte Ausschuss trotz Hurrikan Sandy und einer erheblichen Anzahl sensibler Themen eine erfolgreiche Session planmässig ab. Zu den wichtigsten Resultaten zählten Konsensresolutionen zu Religionsfreiheit und religiöser Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen, Kinderrechten und starke Mehrheiten zur Abschaffung der Todesstrafe, zur Resolution zu aussergerichtlichen Tötungen und zum Arbeitsprogramm der Hochkommissarin für Menschenrechte.

Im Verhandlungsprozess zur Konferenz zu nachhaltiger Entwicklung in Rio de Janeiro setzte sich Liechtenstein erfolgreich dafür ein, dass internationale Entwicklungspolitik zukünftig bestehenden Standards in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung Rechnung trägt. Insbesondere im Hinblick auf die zu erarbeitenden Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) soll damit eine wesentliche Schwachstelle der ansonsten erfolgreichen Kampagne der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) behoben werden, welche 2015 ausläuft.

Im Verhandlungsprozess zur Stärkung der UNO-Menschenrechtsvertragsorgane setzte sich Liechtenstein erfolgreich für die Anerkennung der verschiedenen rechtlichen Kompetenzen der Generalversammlung, der Vertragsstaaten der Übereinkommen sowie der Vertragsorgane ein – eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrung der Unabhängigkeit der Vertragsorgane. Auch gelang es im Dritten Ausschuss, die Forderungen einzelner Vertragsorgane (Folter, Behinderte und Kinder) für mehr Sitzungszeit, wenn auch mit Abstrichen, ohne Abstimmung zu verabschieden.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit/ICC

Nach neun Jahren übergab der Argentinier Luis Moreno Ocampo im Juni sein Mandat als ICC-Chefankläger an seine bisherige Stellvertreterin Fatou Bensouda (Gambia). Lokale libysche Behörden hielten rund einen Monat lang vier Mitarbeiter des ICC fest. Die Episode bedeutete einen Tiefschlag für die Autorität des ICC in Afrika. Nach wie vor ist unklar, ob der Gaddafi-Sohn Saif al-Islam und der ehemalige libysche Geheimdienstchef Senussi an den ICC überstellt oder in Libyen selbst vor Gericht gestellt werden. Nach einem Militärputsch wandte sich die Übergangsregierung in Mali mit der Bitte an den ICC, die Situation im Norden des Landes zu untersuchen. Die Aufwertung Palästinas in der Generalversammlung zum Beobachterstaat Ende November gibt Palästina u.a. die Möglichkeit, dem Römer Statut des ICC beizutreten. Ein solcher Schritt ist nicht in unmittelbarer Zukunft zu erwarten. Mit der Verurteilung des ehemaligen kongolesischen Warlords Thomas Lubanga Diylo schloss der ICC seinen ersten Fall ab. Für den darauf folgenden

Freispruch des kongolesischen Milizenführers Ngudjolo machten die Richter in erster Linie Mängel in der Anklageführung verantwortlich.

Liechtenstein ratifizierte als erstes Land die ICC-Statutszusätze zum Verbrechen der Aggression und fördert die Ratifikation und Umsetzung der Kampala-Beschlüsse in Form einer globalen Kampagne in Zusammenarbeit mit dem Global Institute for the Prevention of Aggression (GIPA). Das Projekt wird vom Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) an der Princeton University unterstützt. Ziel ist es, dem Gerichtshof die Rechtsprechung über das Verbrechen der Aggression im Jahr 2017 zu ermöglichen, wozu 30 Vertragsstaaten die Änderungen des Römer Statuts ratifizieren müssen. Unter der Leitung von Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick hat Liechtenstein ein informelles Ministernetzwerk mit dem Ziel ins Leben gerufen, Verantwortungsträger zusammen zu bringen, die sich für den ICC engagieren. Der ICC ist auf politische Unterstützung angewiesen, welche häufig sofortiges Handeln verlangt. Bereits wurden zwei konkrete Vorschläge über das Netzwerk verbreitet.

Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick nahm am hochrangigen Treffen der Generalversammlung zu Rechtsstaatlichkeit teil. Liechtenstein trug in den vorgelagerten Verhandlungen zu einem Schlussdokument bei, das allgemein über den Erwartungen lag. Es gelang Konsens zu einem sehr breiten Dokument zu finden, das die Querbezüge von Rechtsstaatlichkeit auf fast sämtliche UNO-Aktivitäten darlegt (u.a. Frieden und Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte, Verbrechensbekämpfung). Ambitionen zur institutionellen Stärkung der Rechtsstaatlichkeit an der UNO scheiterten. Liechtenstein machte von der Möglichkeit Gebrauch, politische Zusagen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit zu machen, v.a. im Zusammenhang mit dem ICC.

UNO-Reform

Nach über einjähriger Vorbereitung wurde die Resolution der S-5 Gruppe (Schweiz, Costa Rica, Singapur, Jordanien, Liechtenstein) zur Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates in der Generalversammlung aufgelegt. Nach intensiven Konsultationen und einer inhaltlich starken Zustimmung entschied die Gruppe jedoch aufgrund von prozeduralen Hürden, den Text nicht zur Abstimmung zu bringen – eine Entscheidung, an welcher auch die S-5 selbst zerbrach. Ein neuer Anlauf zur Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates ist im Rahmen einer erweiterten Gruppe mit verschiedenen Zuständigkeiten zu erwarten. Liechtenstein wird sich auf die Themen Veto-Gebrauch und Verantwortlichkeit konzentrieren.

Generalversammlung

Angesichts der Blockade im Sicherheitsrat zur Syrien-Situation verurteilte die Generalversammlung in zwei Resolutionen die Verbrechen des syrischen Regimes an der Zivilbevölkerung. Dem gemeinsamen Sondergesandten der UNO und der Arabischen Liga Kofi Annan fehlte die politische Unterstützung zur Umsetzung seines Sechs-Punkte-Planes für einen friedlichen Machtübergang in Syrien, und er gab folglich sein Mandat Ende August auf. Sein Nachfolger, der algerische Topdiplomat Lakhdar Brahimi, blieb bis anhin blass. In ihrer Rede an der Generaldebatte rief Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick den Sicherheitsrat dazu auf, die Syrien-Situation an den ICC zu überweisen. Auch die Generalversammlung solle eine aktivere Rolle zur Wahrung der Schutzverantwortung (R2P) einnehmen. Sie forderte die fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auf, ihr Veto nicht zur Blockade von Massnahmen zu benutzen, welche der Verhinderung oder der Beendigung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen dienen.

Vor dem Hintergrund des weiterhin blockierten palästinensischen Antrags auf UNO-Vollmitgliedschaft brachte die palästinensische Autonomiebehörde unter Präsident Abbas einen Antrag zur Aufwertung des Status Palästinas als UNO-Beobachterstaat vor die Generalversammlung. Der Antrag wurde mit grosser Mehrheit und der Zustimmung Liechtensteins angenommen und erlaubt Palästina u.a. die Ratifikation internationaler Rechtsinstrumente (z.B. des Römer Statuts oder der Genfer Konventionen). Israel reagierte mit verstärkter Siedlungsaktivität.

Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

Während des humanitären Segments des ECOSOC setzte sich Liechtenstein für den Einsatz neuer Technologien in humanitären Katastrophen ein, u.a. mit einer mobilen Anwendung zum sicheren Zugang zu Brennstoffen, um die Sicherheit und Gesundheit von Frauen und Kindern in humanitären Krisen zu verbessern.

Liechtenstein unterbreitete offiziell seine Kandidatur für die Kommission zur Rechtsstellung der Frau (CSW) für die Jahre 2015 bis 2019.

Sicherheitsrat

Ländersituationen

Der Sicherheitsrat blieb zu Syrien weiter untätig, trotz mittlerweile über 60´000 Opfern.

Im Osten der Demokratischen Republik Kongo eroberten die sogenannten M23-Milizen, angeführt vom desertierten und vom ICC gesuchten General Bosco Ntaganda, zahlreiche Städte. UNO-Berichten zufolge werden die Rebellen von Ruanda mit Training und Waffen unterstützt. Ruanda wird u.a. von den USA protegiert und wurde gar in den Sicherheitsrat gewählt.

Der Sicherheitsrat autorisierte eine 3300-Mannstarke afrikanische Eingreiftruppe in Mali, um gegen islamistische Separatisten im Norden des Landes vorzugehen. Die Truppe hat auch den Auftrag, den ICC zu unterstützen – ein äusserst positiver Präzedenzfall, da

dies die Durchsetzung möglicher Haftbefehle umfassen würde.

Nach der gezielten Tötung des Militärchefs der Hamas, Ahmed al-Dschabari, und der darauffolgenden massiven Zunahme des Raketenbeschusses auf Israel eskalierte der Nahostkonflikt erneut. Vermittlungsbemühungen des ägyptischen Präsidenten Mursi entspannten die Lage.

Die NATO-Länder hielten an ihren Plänen fest, bis 2014 den Grossteil ihrer Truppen aus Afghanistan abziehen. Die starke Zunahme von Drogenhandel und Waffenbesitz lässt darauf schliessen, dass sich viele Afghanen auf ein erneutes Aufflammen bzw. eine Intensivierung des Bürgerkriegs nach Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan vorbereiten.

Erstmals seit über einem Jahr kam es wieder zu Verhandlungen zwischen den «Five plus one», d.h. den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates plus Deutschland, und Iran. Weitere Treffen in Bagdad und Moskau brachten keine Einigung, aber leicht ermutigende Signale. Israels Ministerpräsident Netanjahu forderte prominent, eine «rote Linie» gegen das iranische Atomprogramm zu ziehen. Die Wiederwahl Präsident Obamas dürfte jedoch eher einen neuen diplomatischen Vorstoss ermöglichen.

Der Sicherheitsrat verurteilte den Test einer Langstreckenrakete durch das Regime in Nordkorea scharf. Die Reichweite der getesteten Rakete stellt eine direkte Bedrohung für die USA und Japan dar. Beratungen über eine «angemessene Antwort» auf den Raketentest dauern noch an.

Die Lage im Kosovo ist nach wie vor gespannt. Anfang Juli kam es zur Ermordung eines serbischen Ehepaars. Der Fall wird von der kosovarischen Polizei und der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission (EULEX) untersucht.

Darüber hinaus befasste sich der Sicherheitsrat u.a. mit der Lage in Libyen, Somalia, Sudan und Südsudan, Guinea-Bissau, der Zentralafrikanischen Republik, im Jemen sowie in Bosnien und Herzegowina.

Thematische Schwerpunkte

Liechtenstein engagierte sich weiter stark für Kinder in bewaffneten Konflikten und bemühte sich u.a. die Agenda in länderspezifische Sicherheitsratsmandate zu integrieren. Der Sicherheitsrat institutionalisierte die Berichterstattung der Sondergesandten für Kinder in bewaffneten Konflikten und diskutierte Optionen, um gegen Konfliktparteien vorzugehen, die auf der sogenannten «Liste der Schande» geführt werden. Liechtenstein initiierte und finanzierte die Entwicklung einer neuen mobilen Applikation zum Thema. Die Ständige Vertretung organisierte zum zweiten Mal ein Benefiz-Fussballspiel für Kinder in bewaffneten Konflikten, an dem auch Generalsekretär Ban Ki-moon teilnahm.

Bereits im Januar führte Liechtenstein einen Workshop in Schaan zur Umsetzung der «Women, Peace and Security»-Agenda (WSP) in Afghanistan durch. Entscheidende Empfehlungen des Workshops wurden ins erneuerte Mandat der UNO-Mission in Afghanistan (UNAMA) aufgenommen. Der Sicherheitsrat diskutierte den ersten Bericht des Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten, der eine Liste von Akteuren enthält, welche sexuelle Gewalt als Mittel der Kriegsführung einsetzen. Die von Liechtenstein und der Schweiz gemeinsam finanzierte zweite Auflage des Handbuchs für Frauen, Frieden und Sicherheit wurde am Rande der Debatte verteilt. Ausserdem wurde eine neue Publikation zu den von Liechtenstein und der Schweiz finanzierten Monthly Actions Points (MAPs) vorgestellt. Eine von der Ständigen Vertretung konzipierte und in Partnerschaft mit dem LISD sowie der NGO PeaceWomen durchgeführte Vorlesungsreihe zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit wurde erfolgreich mit einem Vortrag der ICC-Chefanklägerin Fatou Bensouda lanciert.

Im September wurde Liechtenstein als Neumitglied in die Freundesgruppe «Mediation» aufgenommen. Als eines der vorrangigen Ziele der Freundesgruppe wurde die Stärkung der Teilnahme von Frauen an Mediationsprozessen definiert.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit Priorität werden dabei die EFTA- und WTO-Agenden sowie die Aktivitäten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Genf behandelt.

In Bezug auf die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) lag der Fokus der Tätigkeit hauptsächlich bei den EFTA-Drittlandaktivitäten. Diese haben im Berichtsjahr ein neues Rekordniveau erreicht. Die EFTA-Staaten haben mehr Verhandlungsrunden über Freihandelsabkommen sowie Treffen mit Partnerstaaten durchgeführt als je zuvor. Das Hauptaugenmerk war dabei weiterhin auf Asien gerichtet. Im Wesentlichen geht es bei den EFTA-Drittlandaktivitäten um den weiteren Ausbau des Netzwerkes an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten sowie um die Pflege und Weiterentwicklung bereits abgeschlossener Freihandelsabkommen.

Die Ständige Mission befasste sich im Rahmen der WTO weiterhin mit der laufenden Welthandelsliberalisierungsrunde (Doha-Runde). Da diese jedoch nicht wie vorgesehen innert nützlicher Frist zu Ende geführt werden kann, wurde in Einzelbereichen nach möglichen Alternativen gesucht. So fanden erste Diskussionen über ein plurilaterales Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen statt. Bisher hat sich Liechtenstein diesen Diskussionen noch nicht angeschlossen, verfolgt die Entwicklungen jedoch intensiv.

Im Weiteren beschäftigte sich die Mission hauptsächlich mit den Vorbereitungsarbeiten zur Überprüfung der Handelspolitik (Trade Policy Review) der Schweiz und Liechtensteins, welche im April 2013 abgeschlossen wird.

In Bezug auf die Vereinten Nationen richtete die Ständige Mission ihr Engagement hauptsächlich auf die Weiterentwicklung des internationalen Rechts im Menschenrechtsbereich und die Überprüfung der bestehenden Standards durch die Sondermechanismen des Uno-Menschenrechtsrates.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Die Tätigkeiten im Drittlandbereich in Genf erreichten ein neues Rekordniveau. Nie zuvor wurden so viele Verhandlungsrunden und Treffen mit Drittstaaten durchgeführt. Vor allem die starke Zunahme der Anzahl Verhandlungsrunden und die damit verbundene Reisetätigkeit stellten für die Mission eine Herausforderung dar. Bei den Tätigkeiten der EFTA im Bereich der Beziehungen zu Drittstaaten geht es hauptsächlich darum, das bestehende Netzwerk an Freihandelsabkommen mit Drittstaaten durch den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen auszubauen sowie die bereits bestehenden Freihandelsabkommen zu pflegen und weiterzuentwickeln. In einem von der Wirtschaftskrise und dem starken Schweizerfranken geprägten Umfeld ist das Ziel, für die liechtensteinischen Wirtschaftsakteure gegenüber wichtigen Konkurrenten Benachteiligungen im Zugang zu den Weltmärkten zu vermeiden, von grosser Wichtigkeit. Freihandelsabkommen spielen in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle. Im Berichtsjahr konnten diesbezüglich wiederum einige Erfolge erzielt werden. Die EFTA-Freihandelsabkommen mit der Ukraine (1. Juni 2012), mit Montenegro (1. September 2012) und mit Hongkong (1. Oktober 2012) traten in Kraft. Anlässlich der beiden EFTA-Ministertreffen vom 28. Juni in Gstaad respektive vom 12. November in Genf konnten die EFTA-Minister/innen zudem je eine Zusammenarbeitserklärung mit Georgien beziehungsweise mit Pakistan unterzeichnen. Das EFTA-Netzwerk umfasst per Ende des Berichtsjahrs somit 24 Freihandelsabkommen mit insgesamt 33 Ländern. Damit handelt es sich um eines der weltweit grössten Freihandelsnetzwerke.

Der Fokus der Freihandelspolitik lag im Berichtsjahr weiterhin auf Asien. Mit Indien fanden eine umfassende Verhandlungsrunde in Neu-Delhi, drei Treffen zwischen den Verhandlungsleitern sowie diverse Zwischentreffen auf Expertenebene, z.B. im Bereich Dienstleistungen, statt. Eines der Treffen der Verhandlungsleiter wurde dabei erstmals in Liechtenstein durchgeführt. Ziel bleibt der Abschluss der Verhandlungen mit Indien im 1. Halbjahr 2013, wobei dies stark vom Verlauf der parallel laufenden Verhandlungen zwischen Indien und der EU abhängt, welche Indien gleichzeitig abschliessen will. Mit Indonesien konnten im Berichtsjahr zwei Verhandlungsrunden über ein umfassendes Freihandelsabkommen in Yogyakarta respektive Engelberg abgehalten werden. Im Weiteren fanden diverse Zwischentreffen auf Expertenebene in Indonesien, Genf oder via Videokonferenz statt. Die Verhandlungen mit Indonesien erweisen sich als zeitaufwendig. Es konnten jedoch weiterhin gute Fortschritte erzielt werden. Mit der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan fanden im Berichtsjahr drei Verhandlungsrunden statt, eine in Kazan/Russland, eine in Genf und eine in Alesund/Norwegen. Über das ganze Jahr gesehen konnten gute Fortschritte erzielt werden, doch wurde noch lange nicht in allen wichtigen Bereichen Einigkeit erzielt. Neben den Verhandlungen mit Indien sollen auch diejenigen mit der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan im Jahr 2013 weiterhin prioritär behandelt und zügig vorangetrieben werden. Die seit 2011 laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Bosnien-Herzegowina konnten aufgrund einiger weniger Punkte, bei welchen noch kein Konsens gefunden werden konnte, noch nicht abgeschlossen werden. Ein Abschluss der Verhandlungen Anfang 2013 wird von den EFTA-Staaten angestrebt. Mit den zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, Guatemala, Honduras und Panama fanden in der Berichtsperiode bereits fünf Verhandlungsrunden statt, wovon zwei in Genf und drei in Zentralamerika durchgeführt wurden. Ein baldiger Abschluss dieser Verhandlungen ist in Reichweite. Mit Vietnam wurden die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen lanciert. Es fanden bereits zwei volle Verhandlungsrunden in Hanoi respektive Genf statt. Nach diversen Treffen und Vorverhandlungen konnte die Aufnahme von Verhandlungen mit Malaysia über den Abschluss eines Freihandelsabkommens am 5. November in Kuala Lumpur offiziell lanciert werden. Im Dezember fand bereits ein Treffen auf Ebene der Verhandlungsleiter in Paris statt. Die eigentlichen Verhandlungen werden im Frühjahr 2013 aufgenommen werden. Diskussionen über eine eventuelle Aufnahme von Gesprächen über ein mögliches Freihandelsabkommen mit den Philippinen fanden im Berichtsjahr ebenfalls statt. Die Verhandlungen mit Thailand sind aufgrund der politischen Lage in Thailand weiterhin sistiert, können möglicherweise aber im Laufe des Jahres 2013 wieder aufgenommen werden. Dasselbe gilt für die ebenfalls sistierten Verhandlungen mit Algerien.

Bei fast allen laufenden Verhandlungen finden im Vor- und Nachgang zu den Verhandlungsrunden zahlreiche themenspezifische Expertentreffen oder Videokonferenzen statt. Nicht nur die grosse Anzahl laufender Verhandlungen stellen für die EFTA-Staaten eine neue Herausforderung dar, sondern auch, dass sich diese wesentlich von den in der Vergangenheit geführten unterscheiden. Die neuen Partnerstaaten liegen geografisch weiter entfernt, haben oft einen nicht vergleichbaren Entwicklungsstand oder ungleiche Wirtschaftsstrukturen und Handelstraditionen. Oft handelt es sich um mittlere bis grosse Volkswirtschaften (Schwellenländer), welche selbstbewusst auftreten und ihre Forderungen mit Nachdruck vertreten. Die Interessen dieser Länder un-

terscheiden sich teilweise sehr stark von denjenigen der EFTA-Staaten. Die Verhandlungen werden zunehmend langwierig und kompliziert und verlangen grosses Geschick. Auch die EFTA-interne Koordination der EFTA-Verhandlungspositionen erweist sich oft als zeitintensiv. Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiterentwickelt. Im Berichtsjahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse mit folgenden Freihandelspartnern statt: Korea (in Seoul), Ägypten (Kairo), Kanada (Ottawa), Türkei (Ankara), Palästinensische Autonomiebehörde (Genf) und Serbien (Genf). Mit Chile und Jordanien fand je ein Treffen der Dienstleistungsexperten im Hinblick auf den eventuellen Ausbau der bestehenden Freihandelsabkommen statt. Darüber hinaus wird auch mit Mexiko, Singapur und Kanada der Ausbau der bestehenden Abkommen diskutiert.

Im Jahr 2012 fanden zwei EFTA-Ministertreffen statt: Unter Schweizer Vorsitz am 28. Juni in Gstaad und unter isländischem Vorsitz am 12. November in Genf. Die EFTA-Minister/innen trafen sich dabei auch mit Vertreterinnen und Vertretern des EFTA-Parlamentarier- und des EFTA-Konsultativkomitees.

Im Weiteren fanden die üblichen monatlichen Treffen auf der Ebene der Botschafter und Stellvertreter in Genf statt. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ständigen Mission nahmen jeweils auch an den Treffen des EFTA-Drittlandkomitees, der Gruppe «EFTA-Plattform» (Strategieplanung) und des EFTA-Budgetkomitees teil.

Welthandelsorganisation (WTO)

Neben der Wahrnehmung der üblichen institutionalisierten Sitzungen, wie der des WTO-Generalrats, standen nach wie vor die Verhandlungen im Rahmen der laufenden Doha-Welthandelsrunde im Mittelpunkt der Tätigkeit der Ständigen Mission. Speziell in der Berichtsperiode war die alle vier Jahre anfallende Überprüfung der Handelspolitik der Schweiz und Liechtensteins, welche die Mission periodisch stark beschäftigte.

Die Verhandlungen der Doha-Runde, welche 2001 in Doha/Katar aufgenommen wurden und eine weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks bringen sollen, stecken in einer Sackgasse, obwohl in Einzelbereichen durchaus auch Fortschritte erzielt werden konnten. Grundsätzlich bekennen sich alle WTO-Mitgliedsstaaten zum Ziel, die Runde abzuschliessen. Der Tatsache, dass sich diese in einer Sackgasse befindet und in absehbarer Zeit nicht abgeschlossen werden kann, können sie sich aber nicht mehr verschliessen. Neu sollen nun Teilbereiche definiert werden, welche im Lauf von 2013 entscheidungsreif ausgehandelt und anlässlich des nächsten WTO-Ministertreffens im Dezember 2013 in Bali/Indonesien beschlossen werden können. Weiter haben aufgrund der mangelnden Fortschritte eine Reihe von Mitgliedsstaaten, vor allem Industriestaaten, die Initiative ergriffen und den Vorschlag zur Erarbeitung und zum baldigen Abschluss eines so genannten plurilateralen Abkommens (Teilnahme freiwillig) über den Handel mit Dienstleistungen im Rahmen der WTO lanciert. Liechtenstein hat die Entwicklung von Beginn an aufmerksam verfolgt, hat aber an den Diskussionen selbst bisher nicht teilgenommen. Eine Bilanz der Initiative nach einem Jahr zeigt nun aber, dass sich diese gefestigt hat, eine gewisse Dynamik entwickelt und immer mehr Unterstützung und Neumitglieder erhält. Für Liechtenstein drängt sich somit im kommenden Jahr eine Neubeurteilung auf.

Die alle vier Jahre anfallende Überprüfung der Handelspolitik Liechtensteins (Trade Policy Review, TPR), die aufgrund des Zollvertrags gemeinsam mit der Schweiz vorgenommen wird und sich über rund ein Jahr erstreckt, trat in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs in eine intensivere Phase. Dabei koordinierte die Mission in Genf die liechtensteinischen Reaktionen auf die Textentwürfe des WTO-Sekretariats und organisierte den Besuch der WTO-Experten in Liechtenstein im November. Während des Besuchs wurde versucht, den Wissensstand der beiden Experten in Bezug auf das handelspolitische Umfeld und die Wirtschaftsstruktur Liechtensteins um diverse Aspekte zu erweitern. Dieses Zusatzwissen floss grösstenteils in die revidierte Fassung der Textpassagen über Liechtenstein ein. Das aktuelle TPR-Verfahren für die Schweiz und Liechtenstein wird am 23. und 25. April 2013 mit der Befragung durch die WTO-Mitglieder im WTO-Generalrat abgeschlossen werden.

Vereinte Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bezug auf die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen in Genf stand der UNO-Menschenrechtsrat. Dieser trat im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sessionen, einer Sondersession zur Lage in Syrien und zwei Sessionen im Rahmen der «Universal Periodic Review» (UPR) zusammen. Liechtenstein beteiligte sich gemäss Strategie für den zweiten UPR-Zyklus mit eigenen Interventionen an der Überprüfung von fünf Mitgliedern des Rates in der 14. UPR-Session, darunter an jener der Schweiz und Tschechiens. In länderspezifischer Hinsicht brachte Liechtenstein im Berichtsjahr ausserdem Resolutionen des Menschenrechtsrates zum Iran, zu Nordkorea, Myanmar, Weissrussland, Eritrea, Sri Lanka und Syrien mit ein.

Schwerpunktmässig befasste sich die Mission jedoch mit der Weiterentwicklung der internationalen Standards in thematischen Bereichen. So unterstützte sie aktiv eine Resolution der Schweiz, mit der das Mandat für einen unabhängigen Experten über das Verhältnis zwischen Umwelt- und Menschenrechtsschutz geschaffen wurde. Im Gegensatz zu bisherigen Resolutionen, welche das Thema ausschliesslich unter dem Blickwinkel des Klimawandels angingen, bezieht sich die Präambel der Entschliessung über Umwelt und Menschenrechte

auf alle Prinzipien der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung, d.h. es wird nicht ausschliesslich das Prinzip der «common but differentiated responsibilities» bekräftigt. Dieses Prinzip, welches im internationalen Umweltrecht akzeptiert ist und für Entwicklungsländer im Vergleich zu Industriestaaten einen unterschiedlichen Ansatz erlaubt, schafft im Menschenrechtsbereich Probleme, weil dort der Grundsatz gilt, dass alle Regierungen ohne Unterschied selbst die Hauptverantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte im nationalen Hoheitsgebiet tragen. Der im Konsens gefasste Beschluss des Menschenrechtsrates, einen Sondermechanismus zum Thema Umwelt und Menschenrechte einzurichten, darf angesichts der langen Vorgeschichte als historisch bezeichnet werden. Allerdings wurde von einer Anzahl Delegationen deutlich gemacht, dass sie trotz der Entschliessung auf keinen Fall ein Menschenrecht auf eine saubere Umwelt anerkennen würden. Im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein, der Schweiz, Österreich und Slowenien im Menschenrechtsbereich beteiligte sich die Mission auch an einem Panelgespräch zum Thema «reprisals», d.h. der Behinderung bzw. Bedrohung von Vertretern der Zivilgesellschaft wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Rat und dessen Mechanismen, in der Form eines gemeinsamen Statements. Es war das einzige Statement, das die Länder, welche in dem vom Generalsekretär erstellten Bericht kritisiert werden, namentlich hervorhob und zur Ergreifung von Gegenmassnahmen aufrief. Die Scheu anderer Delegationen, das Thema nicht nur allgemein, sondern ganz konkret in Bezug auf bestimmte Vorkommnisse anzusprechen, deutet darauf hin, wie schwierig die Diskussion ist, aber auch wie wichtig sie für das Funktionieren des Rates ist, der sich in Bezug auf die Interaktion mit der Zivilgesellschaft deutlich von der Uno-Generalversammlung unterscheidet.

Die Mission vertrat Liechtenstein im Berichtsjahr auch an verschiedenen Konferenzen im Abrüstungsbereich und am vierten Treffen der Vertragsstaaten des Zusatzprotokolls zur UNO-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OP-CAT). Sie war ausserdem in die Präsentation des liechtensteinischen Länderberichts über die Umsetzung der UNO-Konvention gegen Rassendiskriminierung involviert.

Zu den Aktivitäten des Ständigen Vertreters und seines Stellvertreters gehörte schliesslich die Teilnahme an diversen gesellschaftlichen Anlässen im Zusammenhang mit der UNO und anderen internationalen Organisationen.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit den UNO-Organisationen in Wien, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) ist in der Berichtsperiode im gewohnten Rahmen verlaufen. Zu den regelmässigen Konferenzen gehörten die jährlichen Sitzungen der Suchtstoffkommission und der Verbrechensverhütungskommission der UNO sowie die Generalkonferenz der IAEO. Zudem nahm die Ständige Vertretung Liechtensteins in Wien jeweils an den Informationssitzungen bezüglich UNO-Angelegenheiten der EU-Präsidentschaft für EWR- und andere Assoziierungs- und Partnerstaaten teil.

CND

Vom 12. bis 16. März fand in Wien die 55. Session der Suchtstoffkommission (CND) des UNODC statt. Liechtenstein war durch das Amt für Soziale Dienste vertreten.

CCPCJ

Das 21. Treffen der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (CCPCJ) des UNODC fand vom 23. bis 27. April mit dem Schwerpunktthema Gewalt gegen Migranten und Migrantenfamilien in Wien statt. Für Liechtenstein nahm daran eine Vertreterin des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten teil.

UNTOC / UNCAC

An der «open-ended intergovernmental working group» zur Überprüfung der Umsetzung der UN-Konvention gegen transnational organisiertes Verbrechen (UNTOC) des UNODC vom 23. bis 27. Mai sowie an der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC) des UNODC vom 18. bis 22. Juni war Liechtenstein durch das Amt für Auswärtige Angelegenheiten vertreten.

IAEO

Vom 17. bis 21. September fand in Wien die 56. Generalkonferenz der IAEO statt. Neben der Resolution zur «Umsetzung des Kontrollabkommens zwischen der IAEO und Nordkorea» wurde die Resolution zur «nuklearen Si-

cherheit» von Liechtenstein mit eingebracht. Zudem unterstütze Liechtenstein die Resolution zur «Anwendung von Sicherungsmassnahmen im Nahen Osten» sowie die Resolution «Strengthening the effectiveness and improving the efficiency of the safeguards system and application of the Model Additional Protocol».

CTBTO
Vom 22. bis 24. Oktober fand die 39. Sitzung der CTBTO statt, anlässlich welcher der neue Exekutivsekretär, Dr. Lassina Zerbo aus Burkina Faso, gewählt wurde. Dieser war auch von Liechtenstein unterstützt worden.

IACA
Am 29. und 30. November fand in Wien die erste Versammlung der Vertragsparteien der Internationalen Anti-Korruptions-Akademie (IACA) statt. An der Versammlung nahmen neben dem leitenden Staatsanwalt Dr. Robert Wallner Vertreter des Ressorts Justiz und des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten für Liechtenstein teil.

Liechtenstein ist Gründungsmitglied der IACA, die Fachleute in der Verhütung und Bekämpfung von Korruption ausbildet und sich der interdisziplinären Forschung in diesem Bereich widmet. Seit 8. März 2012 ist die IACA eine voll funktionierende Internationale Organisation.

Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien nahm an den Beratungen der zahlreichen Gremien der OSZE teil. Das Augenmerk der Liechtensteinischen Delegation lag dabei schwerpunktmässig auf institutionellen Fragen sowie auf dem Schutz der Menschenrechte. Besonders eng war die Zusammenarbeit innerhalb der so genannten Gruppe der «Like-Minded Countries» (Island, Kanada, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein).

In der zweiten Jahreshälfte legte die Ständige Vertretung den Fokus ihrer Arbeiten auf den politisch-militärischen Bereich der OSZE. Im Hinblick auf die Übernahme des Vorsitzes des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) im ersten Trimester 2013 nahm Liechtenstein im September Einsitz in der FSK-Troika und war damit intensiv in den Vorbereitungsprozess seiner Vorsitzübernahme eingebunden.

OSZE-Vorsitz und Ministerrat in Dublin
Am 1. Januar übernahm Irland für ein Jahr den OSZE-Vorsitz von Litauen. Die Prioritäten des irischen Vorsitzes lagen auf der guten Regierungsführung, der Freiheit der digitalen Medien sowie der Konfliktlösung. Der 19. OSZE-Ministerrat fand am 6. und 7. Dezember in Dublin statt. Liechtenstein war am Ministerrat durch Regierungsrätin Dr. Aurelia Frick vertreten. Inhaltliche Schwerpunkte des Ministerrates stellten Helsinki+40, die gute Regierungsführung sowie die Bekämpfung neuer grenzüberschreitender Gefahren dar. Helsinki+40 ist ein Prozess, welcher im Hinblick auf das 40-jährige Jubiläum der Schlussakte von Helsinki im Jahr 2015 aufgenommen wurde und einen koordinierten Ansatz für die Arbeiten der OSZE in den nächsten drei Jahren vorsieht.

Wintertreffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
Zum jährlichen Wintertreffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 23. und 24. Februar in Wien reiste die aus Delegationsleiter Hubert Lampert, Marion Kindle-Kühnis und Sandra Gerber-Leuenberger bestehende Delegation aus Liechtenstein an. Zudem fanden informelle Treffen mit Andorra, Monaco und San Marino statt.

Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension

Das Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension (HDIM) fand vom 24. September bis 5. Oktober in Warschau statt. Das HDIM ist ein jährlich stattfindendes Forum, bei welchem die OSZE-Mitgliedsstaaten, die OSZE-Institutionen sowie andere internationale Organisationen zur Überprüfung der Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zusammenkommen. Liechtenstein war an diesem Treffen durch einen Vertreter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten vertreten und legte den Schwerpunkt auf das Thema Toleranz und Nichtdiskriminierung. Eine Wortmeldung wurde zur Rassismusbekämpfung und Integration der ausländischen Bevölkerung in Liechtenstein abgegeben.

Aufnahme der Mongolei in die OSZE
Die Mongolei, welche von 2004 bis 2012 ein OSZE-Partnerstaat gewesen war, wurde im November als 57. Mitglied in die OSZE aufgenommen.